

# APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

40–41/2008 · 29. September 2008



## Arbeitslosigkeit: Psychosoziale Folgen

*Uwe Blien*

Arbeitslosigkeit als zentrale Dimension sozialer Ungleichheit

*Markus Promberger*

Arbeit, Arbeitslosigkeit und soziale Integration

*Olaf Behrend*

Aktivieren als Form sozialer Kontrolle

*Michael Frese*

Arbeitslosigkeit: Psychologische Perspektive

*Gisela Mohr · Peter Richter*

Psychosoziale Folgen von Erwerbslosigkeit und Intervention

*P. Förster · E. Brähler · Y. Stöbel-Richter · H. Berth*

Die „Wunde Arbeitslosigkeit“: Junge Ostdeutsche, Jg. 1973

*Theo Wehner*

Jenseits der Erwerbsarbeit

## Editorial

Arbeit ist eine zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Integration. Wer seinen Arbeitsplatz (dauerhaft) verliert, läuft Gefahr, an den Rand der Gesellschaft zu geraten oder ganz aus dieser herauszufallen. Arbeitslosigkeit bedeutet für die meisten Menschen mehr, als eine sinnvolle Tätigkeit und den Einkommenserwerb zu verlieren. Sie wird begleitet vom Zerfallen des Beziehungsnetzes jenseits der Familie sowie vom Ausbleiben sozialer Anerkennung. Hinzu kommt der Wegfall der durch Berufstätigkeit bedingten raumzeitlichen Strukturierung des Alltags. Arbeitslosigkeit kann zu psychischen Beeinträchtigungen führen, die es den Betroffenen erschweren, wieder in Arbeit zu kommen.

Ohne Arbeit gibt es keine Freiheit – so die Auffassung arbeitsloser Ostdeutscher, die 1989 16 Jahre alt waren: Teilnehmerinnen und Teilnehmer der seit 1987 laufenden Sächsischen Längsschnittstudie. Sie betrachten sich als Verlierer der deutschen Einheit. Entsprechend kritisch bewerten sie das Gesellschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland. Nicht selten wenden sie sich von den demokratischen Parteien ab, von denen sie sich im Stich gelassen fühlen. Westdeutsche Arbeitslose reagieren ähnlich.

Arbeitsmarktpolitik sollte nicht nur auf kurzfristige ökonomische Effekte gerichtet sein, nicht primär unter dem Gesichtspunkt der Einsparung von Kosten reformiert, sondern auch als gesellschaftlich integrative Politik begriffen und dementsprechend gestaltet werden. Maßnahmen der Reintegration, die zudem in vielen Fällen gar nicht mehr zum gewünschten Erfolg führen, kommen die Gesellschaft möglicherweise teurer zu stehen als eine (präventive) Arbeitsmarktpolitik, die eine sozial integrierende Funktion ausübt.

*Katharina Belwe*

Uwe Blien

# Arbeitslosigkeit als zentrale Dimension sozialer Ungleichheit

## Essay

Soziale Ungleichheit ist ein abstrakter Begriff, der sich auf gesellschaftlich bedingte Unterschiede in der Verteilung begehrter Güter bezieht.<sup>1</sup> Voraussetzung des Zugangs zu vielen dieser Güter ist für einen großen Teil der Bevölkerung die Erwerbsarbeit. Arbeitslosigkeit bedeutet

### Uwe Blien

Dr. rer. pol.; geb. 1954; Professor an der Technischen Universität Kaiserslautern und Leiter des Forschungsbereichs „Regionale Arbeitsmärkte“, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Regensburger Str. 104, 90478 Nürnberg.  
uwe.blien@iab.de  
www.iab.de

eine Störung der Erwerbstätigkeit und stellt damit ein Problem dar. Untersuchungen zur Lebenszufriedenheit zeigen Arbeitslose regelmäßig als „sehr unglücklich“: unglücklicher noch als Personen, die eine Scheidung hinter sich haben.<sup>2</sup> Wer ist von Arbeitslosigkeit betroffen, wie entsteht sie, und wie weitreichend sind ihre Folgen? Es werden Erklärungsansätze diskutiert, die einige grundlegende Einsichten in Struktur und Dynamik der modernen Wirtschaft und Gesellschaft ermöglichen.

Als Einstieg in das Thema bietet sich die Betrachtung der Konsequenzen von Bildungsunterschieden an. Das Arbeitslosigkeitsrisiko einer Person hängt stark von ihrem Bildungs- bzw. Ausbildungsabschluss ab. Im Jahr 2005 betrug die gesamtdeutsche Arbeitslosenquote 11,8 Prozent. Hinter diesem Durchschnittswert verbergen sich enorme Unterschiede in den einzelnen Qualifikationsgruppen: Arbeitskräfte ohne formalen Berufsabschluss haben eine Arbeitslosenquote von 26 Prozent, bei Personen mit

Lehr- oder Fachschulausbildung liegt diese nur bei 9,7 und bei Personen mit Fachhochschul- und Hochschulabschluss sogar nur bei 4,1 Prozent.<sup>3</sup> Personen mit niedrigerer Bildung und Ausbildung haben also schlechtere Erwerbschancen und sind unter anderem auch bei der Einkommenshöhe und beim beruflichen Fortkommen benachteiligt.

Wie lassen sich derartig drastische Unterschiede erklären? Ausgangspunkt dafür ist die Überlegung, dass gering qualifizierte Arbeitskräfte durch die Betriebe leichter zu ersetzen sind. Sie werden daher bei Auftragsmangel als Erste entlassen. Qualifizierte Arbeitskräfte sind hingegen schwerer zu finden. Hinzu kommt, dass sie häufig spezielle Kenntnisse über die Besonderheiten ihres Betriebs besitzen, also neben einer allgemeinen auch eine betriebsspezifische Qualifikation aufweisen. Verliert ein Betrieb Arbeitskräfte mit solchen Kenntnissen, entstehen ihm erhebliche Kosten.

Darüber hinaus ist in jüngerer Zeit eine weitere starke Verschiebung der betrieblichen Nachfrage zugunsten qualifizierter Arbeitskräfte zu verzeichnen. Dafür werden in der wissenschaftlichen Diskussion vor allem drei Ursachen genannt: qualifikationsspezifischer technischer Fortschritt („skill biased technical change“), qualifikationsspezifische organisatorische Maßnahmen („skill biased organizational change“) und eine Verschiebung der internationalen Arbeitsteilung.<sup>4</sup>

Die Veränderungen der internationalen Arbeitsteilung führen dazu, dass in Deutschland technologisch fortgeschrittene Produkte in der Regel von gut qualifizierten Arbeitskräften gefertigt werden. Ist ein Produkt zum Standard geworden, wird die Produktion in ein Land mit niedrigeren Lohnkosten verlegt. Der dadurch entstehende technologische

<sup>1</sup> Vgl. Stefan Hradil, Soziale Ungleichheit in Deutschland, Opladen 2001<sup>8</sup>, S. 30.

<sup>2</sup> Vgl. Andrew Oswald, Four Pieces of the Unemployment Puzzle, 1994 address to the European Association of Labour Economists, in: The Swedish Labour Market and Work Life, 1996.

<sup>3</sup> Vgl. Alexander Reinberg/Markus Hummel, Der Trend bleibt – Geringqualifizierte sind häufiger arbeitslos, IAB-Kurzbericht, (2007) 18, S. 18.

<sup>4</sup> Vgl. Thomas Bauer/Stefan Bender, Technological change, organizational change, and job turnover, in: Labour Economics, 11 (2004) 3.

Wettlauf verlangt zusätzlich nach höchstqualifizierten Arbeitskräften, also nach Konstrukteuren, Wissenschaftlern und Organisatoren.

Qualifikationsspezifische organisatorische Maßnahmen dienen im Allgemeinen der Erhöhung von Flexibilität und Qualität der Produktion. In bestimmtem Ausmaß verringern die Betriebe den bisher praktizierten hohen Grad gesellschaftlicher Arbeitsteilung, um bei Störungen, Umrüstungen und Umstellungen flexibel reagieren zu können. Dies erfordert vielseitig qualifizierte Arbeitskräfte.

Schließlich wird behauptet, dass auch der aktuelle technische Fortschritt höhere Qualifikationen erforderlich mache, dass für den Umgang mit moderner Technologie vor allem qualifizierte Beschäftigte notwendig seien. Unbestreitbar erscheint jedenfalls, dass viele Tätigkeiten, die in der Vergangenheit von gering qualifizierten Beschäftigten ausgeführt wurden, heute kostensparend von Maschinen übernommen werden.

Diese verschiedenen Phänomene führen in der Summe dazu, dass vor allem qualifizierte Arbeitskräfte nachgefragt werden und die Arbeitslosigkeit unter weniger Qualifizierten zunimmt. In ähnlicher Weise könnten wir nun weitere Merkmale untersuchen, um die unterschiedliche Betroffenheit von Arbeitslosigkeit zu erklären.

## Entstehung von Arbeitslosigkeit

Wir werden uns aber im Folgenden dem Problem etwas grundsätzlicher nähern und die globale Entstehung von Arbeitslosigkeit analysieren. Daraus lässt sich einiges über das Verhältnis von sozialen Großgruppen der Gesellschaft ableiten. Als Grundlage wird eine Theorie herangezogen, die unter Volkswirten großes Ansehen genießt und in ihrer wissenschaftlichen Disziplin eine Art „Mainstream“ darstellt.<sup>15</sup> Danach entsteht Arbeitslosigkeit im Zusammenhang der „Ansprüche“ großer gesellschaftlicher Gruppen bei der Aneignung des Sozialprodukts. Es werden die beiden

<sup>15</sup> Gemeint ist jener Theorieansatz, der gegen Ende der 1980er Jahre entstand und von Richard Layard, Stephen Nickell und Richard Jackman (*Unemployment. Macroeconomic Performance and the Labour Market*, Oxford 1991, Neuauflage 2006), seine bekannteste Fassung erhalten hat. Leider hat sich für den Ansatz kein populärer Name verbreitet, so dass im Folgenden von „Konsensus-“ oder „Mainstream“-Ansatz gesprochen wird. Vgl. auch: Wolfgang Franz, *Arbeitslosigkeit*, in: ders. u. a. (Hrsg.), *Mikro- und makroökonomische Aspekte der Arbeitslosigkeit*, Nürnberg 1992; Joachim Möller, *Lohnbildung und Beschäftigung*, in: ebd.; sowie zu einigen Grundlagen Ekkehart Schlicht, *Labor Turnover, Wage Structure, and Natural Unemployment*, in: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft*, 134 (1978) 2.

auf dem Arbeitsmarkt gegenüberstehenden Kategorien von Akteuren betrachtet; ihnen werden bestimmte Interessen zugeordnet: Die erste Gruppe besteht aus den Firmen, die bestrebt sind, ihren Gewinn zu vergrößern, die andere aus den Arbeitskräften, die ein möglichst großes Einkommen bei möglichst angenehmen Arbeitsbedingungen erzielen wollen.

Um den Prozess der Entstehung von Arbeitslosigkeit zu beschreiben – um den es hier geht –, wird zunächst eine Vollbeschäftigungssituation angenommen, das heißt die Arbeitslosenquote ist vernachlässigbar niedrig: Sie geht gegen null. In einer solchen Situation haben Arbeitskräfte eine vergleichsweise starke Position; sie können den Betrieb leicht wechseln. Wenn (nahezu) alle Arbeitskräfte beschäftigt sind, werden Betriebe, die expandieren wollen, tatsächlich „händeringend“ zusätzliche Arbeitskräfte suchen – und kaum finden. Für den Betrieb, den eine Arbeitskraft verlässt, bedeutet dies nicht nur eine Verkleinerung der Produktionskapazität, sondern auch, dass ihm Qualifikationspotential verloren geht, das für die Produktion benötigt wird. Selbst wenn es dem Betrieb gelingen sollte, eine neue Arbeitskraft zu finden, muss er sie erst einarbeiten – dies verursacht Kosten.

Die Vertreter des Mainstream-Ansatzes der ökonomischen Theorie folgern weiterhin, dass in einer Vollbeschäftigungssituation die Betriebe ein Problem haben werden, ein hohes Leistungsniveau ihrer Beschäftigten zu sichern. Typische Arbeitsverträge definieren die Leistung der Beschäftigten nicht exakt. Eine Möglichkeit zur Leistungssteigerung besteht für die Betriebe darin, Lohnanreize zu bieten. Sie können versuchen, mehr zu bezahlen als ihre Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt.<sup>16</sup> Unter dieser Voraussetzung ist es für eine Arbeitskraft ungünstig, den Betrieb zu wechseln. Diese Überlegung gilt für alle Betriebe. Sie werden geneigt sein, sich bei der Lohnhöhe gegenseitig zu überbieten; ein gesamtwirtschaftlich steigendes Lohnniveau wird die Folge sein. Schließlich wird die Situation eintreten, dass ein Teil der Betriebe den gestiegenen Marktlohn nicht mehr bezahlen kann. Diese müssen nun entweder Beschäftigte entlassen oder sogar ganz aus dem Markt ausscheiden. Es entsteht Arbeitslosigkeit. Erreicht diese eine bestimmte Höhe, müssen die Betriebe keine höheren Löhne mehr zahlen, um sich eine leistungsbereite und betriebstreue Belegschaft zu sichern, da bereits der Druck der Erwerbslosigkeit wirkt.

<sup>16</sup> Erkenntnisse der experimentellen Ökonomie weisen daraufhin, dass Arbeitskräfte geneigt sind, bei höherer Bezahlung eine höhere Arbeitsleistung zu bieten. Vgl. Ernst Fehr/Simon Gächter/Georg Kirchsteiger, *Reciprocity as a Contract Enforcement Device*, in: *Econometrica*, 65 (1997) 4.

Der beschriebene Ablauf ist nicht die einzige Erklärung für die Entstehung von Arbeitslosigkeit. Es gibt noch eine andere Variante, die in einer Vollbeschäftigungssituation in Gang kommt und zum gleichen Ergebnis führt. In einer solchen Situation haben die Interessenvertretungen der Arbeitskräfte ein relativ leichtes Spiel. Sie können höhere Löhne fordern und müssen kaum befürchten, dass ihren Mitgliedern Unangenehmes passiert. Sollten die Arbeitskräfte als Folge von Streiks ihren Job verlieren, gibt es in der Vollbeschäftigungsökonomie genug andere Arbeitsplätze. Aber erneut wird die günstige Situation nicht von Dauer sein, da die relativ hohen Löhne dazu führen, dass einzelne Betriebe nicht mehr mithalten können – und Arbeitslosigkeit entsteht. In dem Moment, in dem die Arbeitslosigkeit ein bestimmtes Mindestniveau überschreitet, bricht der Prozess zusammen, weil die Gewerkschaften auf die Beschäftigungschancen der von ihnen vertretenen Arbeitskräfte Rücksicht nehmen müssen.

Warum wird dieser Prozess hier in seinen verschiedenen Varianten ausgebreitet? Nun, hinter den Firmen stehen Menschen: die Eigentümer. Und wir haben mehrere Prozesse diskutiert, über welche die Einkommenschancen der einen gesellschaftlichen Gruppe – der Arbeitskräfte – mit denen der anderen – der Unternehmer – verknüpft sind. Wichtig ist, dass die gezahlten Löhne nicht so hoch steigen, dass die Gewinnaussichten der Unternehmer zerstört werden. Dies ist der relevante Maßstab, der wiederum durch die Produktivität der Firmen bestimmt wird – nicht durch das Niveau der Bedürfnisbefriedigung, das ein bestimmtes Lohnniveau erlaubt. In der vergleichsweise unproduktiven Ökonomie eines Entwicklungslandes kann es durchaus sein, dass nur sehr niedrige Löhne mit niedriger Arbeitslosigkeit kompatibel sind.

Damit haben wir einige zentrale Aspekte des Verhältnisses zwischen zwei sozialen Grundeinheiten der Gesellschaft behandelt – nennen wir sie Klassen. Die eine der beiden Klassen, die der Arbeitskräfte, ist primär von Arbeitslosigkeit betroffen. Die Angehörigen der anderen Klasse können zwar auch arbeitslos werden. Das setzt aber voraus, dass sie ihr Kapital verlieren. Dann verwandeln sie sich in Angehörige der anderen Klasse, sie werden zu Arbeitskräften.

Die Analyse der Arbeitslosigkeit ist also für das Thema „soziale Ungleichheit“ von zentraler Bedeutung. Sie ist unverzichtbar, wenn der soziale Prozess beschrieben werden soll, über den Einkommensauseinandersetzungen zwischen den großen gesellschaftlichen Gruppen ablaufen. Dadurch gewinnt man eine Vorstellung von der sozialen Dynamik, welcher die großen Gruppen unterliegen. Auch die wirtschaftliche Entwicklung selbst hängt eng mit der Arbeitslosigkeit

zusammen, da Zeiten mit niedriger Arbeitslosigkeit in der Regel Wachstumsphasen für die Gesamtwirtschaft sind; hohe Arbeitslosigkeit korreliert demgegenüber mit Stagnation oder sogar Schrumpfung.

Natürlich kann hier kein vollständiges Bild der Arbeitslosigkeit gezeichnet werden, die neben den beschriebenen Prozessen weitere Ursachen hat. In komplizierter Weise sind der Konjunkturzyklus und die technologische Leistungsfähigkeit einer Ökonomie in ihrer Position auf den Weltmärkten mit der nationalen Dynamik der Arbeitslosigkeit verknüpft. All dies hat ebenfalls Auswirkungen auf die relativen Positionen der großen sozialen Gruppen bzw. Klassen.

Wir haben zur Kennzeichnung der sozialen Gliederung den Klassenbegriff verwendet und sind damit der modernen Soziologie gefolgt, welche die Gesellschaft in Klassen oder Schichten unterteilt. Hier wird der Klassenbegriff bevorzugt, da er engeren Bezug zu der jeweiligen Stellung der betreffenden Gruppe im Wirtschaftsprozess hat.<sup>17</sup> In soziologischen Analysen wird in der Regel von einer Pluralität der Klassen ausgegangen, so in den einflussreichen Arbeiten von John H. Goldthorpe.<sup>18</sup> Hier wird ein binäres Schema verwendet, das aber Unterteilungen der Hauptklassen vorsieht. Dies haben wir bereits zu Anfang des Beitrags bei der Diskussion der qualifikationspezifischen Arbeitslosenquoten gezeigt; dort wurde die Klasse der Arbeitskräfte unterteilt.

Im Folgenden soll für weitere Differenzierungen eine regionale Perspektive eingenommen werden. Es wird sich zeigen, dass dies den zusätzlichen Vorteil hat, dass die theoretisch vorgetragenen Überlegungen wenigstens in bestimmtem Grade empirisch erhärtet werden können.

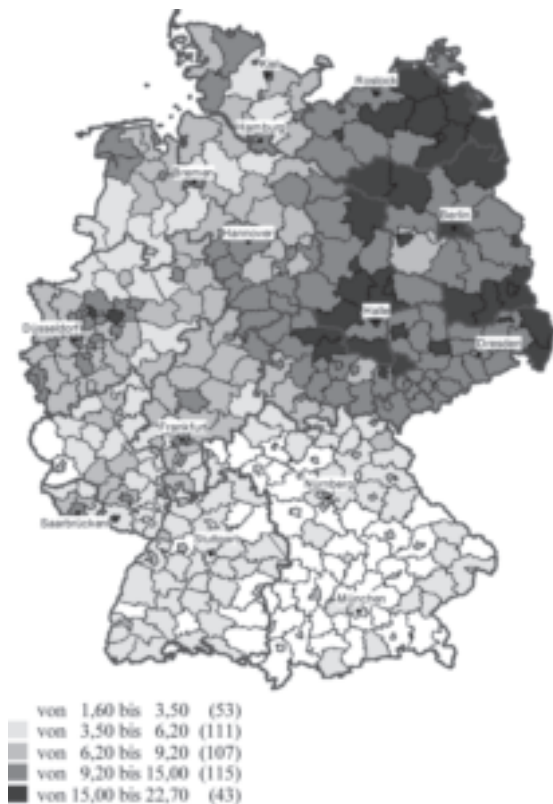
## Regionale Perspektive

Ein Blick auf die Arbeitslosenquoten in den Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland im Juli 2008 zeigt enorme Unterschiede. Die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland ist hoch, in einzelnen Kreisen werden Werte von über 20 Prozent erreicht: Das Maximum in Görlitz beträgt 22,3 Prozent. Auch im Westen gibt es Problemgebiete mit hohen Arbeitslosenquoten von über 15 Prozent und einem absoluten Maximum in Bremerhaven von 18,7 Prozent. Hier treten jedoch

<sup>17</sup> Vgl. Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*, Tübingen 1980<sup>5</sup>, S. 177; S. Hradil (Anm. 1) S. 38; vgl. auch Jutta Allmendinger/Christine Wimbauer, *Leben wir in einer Klassengesellschaft?*, in: *Zeitwissen*, (2006) 3.

<sup>18</sup> Vgl. Robert Erikson/John H. Goldthorpe, *The Constant Flux*, Oxford 1992.

**Karte 1: Arbeitslosenquoten nach Landkreisen und kreisfreien Städten für Juli 2008**



Quelle: Arbeitslosenstatistik der Bundesagentur für Arbeit.

ebenso Kreise mit Werten auf, die so niedrig sind, dass sie noch vor kurzem als unerreichbar gegolten hätten: Der Rekordhalter ist Eichstätt mit einer Quote von nur 1,6 Prozent.<sup>9</sup> Unter den relativ einheitlichen institutionellen Rahmenbedingungen der Bundesrepublik Deutschland existieren sowohl Regionen, die immer noch von einer tiefen Arbeitsmarktkrise gekennzeichnet sind, als auch solche, in denen inzwischen günstige Bedingungen herrschen.

Abstrahiert man von kleinräumigen Unterschieden in der Arbeitslosigkeit, sieht man vor allem ein West-Ost-Gefälle: Ostdeutschland (einschließlich Berlins) weist mit 14,3 Prozent eine fast doppelt so hohe Quote auf wie der Westen mit 7,1 Prozent. Nach der vorgetragenen theoretischen Argumentation müsste das Lohnniveau in Ostdeutschland deutlich niedriger sein – und dies ist auch so. Wenn man berücksichtigt, dass die Arbeitskräfte in Ostdeutschland zum Teil andere Merkmale haben als im Westen, beträgt der Lohn-

<sup>9</sup> Vgl. Uwe Blien/Phan thi Hong Van, Vollbeschäftigung und Arbeitslosigkeit, in: IAB Forum, (2008) 2.

abstand 24 Prozent.<sup>10</sup> Rechnet man also die Unterschiede in der Qualifikation, in den Berufen und vielen anderen Merkmalen (in einer statistischen Analyse) heraus, ergibt sich der genannte Wert. Natürlich gibt es verschiedene Einwände dagegen, den Lohnabstand direkt mit den Unterschieden in der Arbeitslosigkeit in Verbindung zu bringen. Schließlich war das Lohnniveau in Ostdeutschland vor der Vereinigung noch weitaus niedriger. Auf der anderen Seite stellt sich die Frage, welchen Grund die Gewerkschaften und die individuellen Arbeitskräfte in Ostdeutschland denn haben sollten, sich mit weniger Einkommen zu bescheiden, wenn es nicht die Arbeitslosigkeit wäre. In vielen Tarifverträge werden denn auch explizite Unterschiede zwischen den beiden Landesteilen gemacht mit der Folge niedrigerer Löhne in Ostdeutschland.

Dies ist anders *innerhalb* der beiden Landesteile; hier gibt es kaum entsprechende tarifvertragliche Regelungen für die Regionen. Dies hat zur Folge, dass innerhalb Westdeutschlands eine Verdoppelung des Arbeitslosigkeitsniveaus den Lohn nur um rund drei Prozent reduziert, wie eine eingehende statistische Analyse zeigt.<sup>11</sup> Trotzdem können nicht unerhebliche Einkommensunterschiede auf die Differenzierung der Arbeitslosigkeit zurückgeführt werden, da die Arbeitslosigkeitsniveaus in Westdeutschland sehr stark variieren.

Es zeigt sich also, dass durch hohe Arbeitslosigkeit benachteiligte Regionen ein zweites Mal negativ betroffen sind: Dort gilt nicht nur ein höheres Erwerbslosigkeitsrisiko, die aktiven Arbeitskräfte müssen zusätzlich damit leben, dass ihr Lohn niedriger ist als in Gebieten mit hohem Beschäftigungsgrad.

Die regionalen Betrachtungen verdeutlichen, dass das Arbeitslosigkeitsrisiko zu einer Differenzierung sozialer Lagen führt, ohne dass damit persönliche Merkmale verbunden sein müssen. Führt man die regionalen Analysen mit den Untersuchungen zum Bildungsniveau zusammen, so zeigen sich entsprechend Bildungsabschluss und Arbeitsort systematische Vor- oder Nachteile im Erwerbsleben. Wir sehen, dass die Arbeitslosigkeit tatsächlich eine zentrale Dimension sozialer Ungleichheit ist, da sie auf das engste mit weiteren Dimensionen verknüpft ist. Arbeitslosigkeit hat unter anderem Auswirkungen auf das Einkommensniveau auch von Personen, die gar nicht arbeitslos sind, weil sie die Verhandlungsposition in Verteilungskonflikten mit bestimmt.

<sup>10</sup> Vgl. Uwe Blien/Phan thi Hong Van, Arbeitslosigkeit und Entlohnung, IAB-Forschungsbericht, 2008 (i. E.).

<sup>11</sup> Vgl. Badi H. Baltagi/Uwe Blien/Katja Wolf, New evidence on the dynamic wage curve for Western Germany: 1980–2004, in: Labour Economics, 2008 (i. E.).

Markus Promberger

# Arbeit, Arbeitslosigkeit und soziale Integration

Auch heute, inmitten guter Konjunktur, gibt es Arbeitslosigkeit. Besonders sichtbar werden in Prosperitätsphasen die Langzeitarbeitslosen, denen es nur schwer gelingt, eine Stelle zu finden, die zu ihnen passt.

## Markus Promberger

Dr. phil., geb. 1963; Soziologe, Leiter des Forschungsbereichs „Erwerbslosigkeit und Teilhabe“ am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Regensburger Str. 104, 90478 Nürnberg. markus.promberger@iab.de www.iab.de

Von wenigen singulären Ausnahmesituationen abgesehen ist denn auch die Vollbeschäftigung eine Utopie geblieben.<sup>1</sup> Vermutlich müssen wir uns damit abfinden, dass ein gewisses Maß an Arbeitslosigkeit ein unvermeidliches Übel auch der sozialen Marktwirtschaft ist.<sup>2</sup> Eine Grundaufgabe im Selbstverständnis wohlfahrtsstaatlicher Politik ist daher, einen angemessenen Umgang mit diesem Problem zu finden, denn in Wohlfahrtsstaaten erschöpft sich soziale Integration nicht in funktionierenden Märkten und einem Staat als Rechtsgarant und Hüter der wirtschaftlichen Freiheit. Vielmehr gehört dazu die wirtschaftliche, rechtliche, politische, soziale und kulturelle Teilhabe aller seiner Bürgerinnen und Bürger.<sup>3</sup>

In traditionellen Konzepten des versorgenden Wohlfahrtsstaats wird meist davon ausgegangen, dass die wirtschaftliche Teilhabe – durch Erwerbsarbeit – das für die anderen Dimensionen von Teilhabe nötige Geldeinkommen sicherstellt. Ersetzt der Wohlfahrtsstaat nun im Falle der Arbeitslosigkeit oder Hilfebedürftigkeit das ausgefallene Erwerbseinkommen durch eine Transferzahlung, so soll dadurch ebenfalls ein Grundmaß an Teilhabe sichergestellt werden. Ob und wie auch

andere Dimensionen von Teilhabe auf dieser Basis realisiert werden, war nur selten Gegenstand der Politik des „versorgenden“ Wohlfahrtsstaates.

In den folgenden Ausführungen wird die These vertreten, dass die Inklusionskraft oder integrierende Wirkung der Erwerbsarbeit in Arbeitsgesellschaften weit über die Erzielung von Geldeinkommen hinausgeht. Denn Arbeit hat an sich, unabhängig von Geld und Konsummöglichkeiten, starke Inklusionswirkungen, von denen Menschen in Arbeitslosigkeit ausgeschlossen sind, wenn sie Transfer Einkommen beziehen. Nach einer kurzen Einführung in den Arbeitsbegriff werden diese sozialen Inklusionswirkungen von Arbeit dargestellt. Die Effekte ihres Fehlens sind der Gegenstand des darauffolgenden Kapitels. Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen erscheinen geförderte Arbeitsmärkte in einem anderen Licht. Dies hat Konsequenzen für die Politik eines „aktivierenden“ Wohlfahrtsstaats.

<sup>1</sup> Vgl. Burkart Lutz, *Der kurze Traum immerwährender Prosperität*, Frankfurt/M. 1984.

<sup>2</sup> Zur Geschichte der Arbeitslosigkeit vgl. Markus Promberger, *Eine kurze Geschichte der Arbeitslosigkeit*. Teil I: Vom Mittelalter bis zur Industrialisierung; Teil II: Von der Gründerzeit bis zum Ende des zweiten Weltkrieges, Teil III: Von der Ära des Wirtschaftswunders bis zum Jahr 2000, in: *Arbeit und Beruf*, 56 (2005) 1, 2 u. 3, S. 1–2, 33–34, 65–67 und [http://doku.iab.de/grauempap/2005/Promberger\\_2005\\_GeschichteAlo.pdf](http://doku.iab.de/grauempap/2005/Promberger_2005_GeschichteAlo.pdf) (Stand 29. 7. 2008); John A. Garraty, *Unemployment in History. Economic Thought and Public Policy*, New York 1978 und Frank Niess, *Geschichte der Arbeitslosigkeit*, Köln 1979.

<sup>3</sup> Die vier Begriffe Teilhabe, Inklusion, Exklusion und Integration werden im Folgenden mit stark übergreifender, jedoch nicht identischer Bedeutung gebraucht. Teilhabe meint die Mitwirkung von Personen oder Gruppen in einem weiteren sozialen Zusammenhang und dessen Reziprozitätsnormen, Inklusion die Erzeugung von Teilhabe durch Handlungen, Strukturen oder Effekte, die nicht ausschließlich im Gestaltungsbereich der inkludierten Subjekte liegen. Exklusion meint vice versa den Ausschluss oder die Beschränkung von Teilhabe. Beide letztgenannten Begriffe beziehen sich auf längerdauernde Prozesse oder Zustände, nicht auf eine einzelne Handlung. Integration meint einen aus gesamtgesellschaftlicher Perspektive beschriebenen Zustand der stabilen Beziehungen und Handlungszusammenhänge zwischen allen sozialen Gruppen einer Gesellschaft. Dieser Sprachgebrauch unterscheidet sich z. T. von in der Literatur üblichen Verwendungen derselben Begriffe.

## Was ist Arbeit?

Arbeit lässt sich zunächst definieren als zweckgerichtete, verstandesgeleitete<sup>14</sup> menschliche Tätigkeit, die vorrangig der Sicherung des Lebensunterhaltes dient.<sup>15</sup> Doch reicht das aus? Ein Blick in die Literatur belehrt uns eines Besseren: Begriffsgeschichtlich ist Arbeit vor allem mit Mühsal und Plage verbunden,<sup>16</sup> jedoch tritt bei näherem Betrachten oder in neuerer Zeit immer mehr und anderes hinzu. Schon früh kommt die Idee auf, dass Arbeit auch Sinn vermittele, und sei es der mönchische Gedanke, dass man sich das Himmelreich durch Arbeit und Gebet verdiene.<sup>17</sup> Verschiedentlich und meist in neuerer Zeit begegnet uns die Auffassung, Arbeit sei ein kreativer Akt,<sup>18</sup> der es dem Menschen ermögliche, sich vom Tier zu unterscheiden,<sup>19</sup> Ordnung erzeuge und Gemeinschaft herstelle,<sup>10</sup> und dabei nicht nur Nützliches, sondern auch Großartiges tue.<sup>11</sup> Selbst Karl Marx,<sup>12</sup> der die Arbeit der Proletarier und die Aneignung des von ihnen produzierten Mehrwertes als Kernelement eines gesellschaftlichen Ausbeutungsverhältnisses begriff, hebt deren anthropologische Ambivalenz hervor: Menschen arbeiten, um zu überleben, um ihre Subsistenz mit Hilfe nutzbar gemachter Natur zu sichern. Historisch führen jedoch politisch-wirtschaftliche Prozesse dazu, dass die Arbeitsergebnisse von

<sup>14</sup> Vgl. Pierre-Joseph Proudhon, *Philosophie der Staatsökonomie oder Nothwendigkeit des Elends*, Darmstadt 1847.

<sup>15</sup> Vgl. z. B. Hannah Arendt, *Vita Activa oder Vom tätigen Leben*, München 1981.

<sup>16</sup> Vgl. Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck, *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Stuttgart 1997.

<sup>17</sup> Vgl. das 48. Kapitel der Regel des heiligen Benedikt.

<sup>18</sup> Vgl. Birger Priddat, *Arbeit an der Arbeit: Verschiedene Zukünfte der Arbeit*, Marburg 2000 und Pierre-Michel Menger, *Kunst und Brot. Die Metamorphosen des Arbeitnehmers*, Konstanz 2006.

<sup>19</sup> Vgl. P. Proudhon (Anm. 4) und Friedrich Engels, *Der Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen*, Berlin 1962.

<sup>10</sup> Vgl. Emile Durkheim, *Über die Teilung der sozialen Arbeit*, Frankfurt/M. 1977.

<sup>11</sup> Vgl. die um 1260 entstandene Eingangsstrophe der Fassung C des Nibelungenlieds „... von helden lobebaren, von grozer arebeit. . .“ (Nibelungenlied 2005), Übertragung des Begriffs ‚arebeit‘ nach Rudolf Schützeichel, *Althochdeutsches Wörterbuch*, 5., überarbeitete und erweiterte Auflage, Tübingen 1995.

<sup>12</sup> Vgl. Karl Marx, *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*, Berlin 1962 (orig. 1867).

anderen als den Produzenten angeeignet werden können. Nicht die Arbeit selbst, sondern ihre jeweiligen historisch-sozialen Bedingungen stehen daher für Marx zur Kritik, obschon auch im Mainstream der kritischen, auch von Marx inspirierten Sozialwissenschaften die Kritik an der Arbeit deren positive, ja system- und ideologiesprengende Momente wie Eigensinn, Autonomie und Produzentenstolz überwog. Erst angesichts der anhaltenden Arbeitslosigkeit im ausgehenden 20. Jahrhundert geriet die Frage ins wissenschaftliche Blickfeld, weshalb Arbeitslosigkeit trotz wohlfahrtsstaatlicher Kompensationen ein soziales Problem bleibt, wie Arbeitslosen am besten zu helfen sei – und welche Rolle Arbeit und arbeitsähnliche Verhältnisse dabei spielen.

Sehen wir uns die Arbeit also näher an: Menschen erzeugen mit ihrer Arbeit nützliche Güter und Dienstleistungen für den Markt. Der Lohn, den die Arbeitenden dafür erhalten, sichert ihren Lebensunterhalt und ermöglicht ihnen den Kauf der hierfür nötigen Mittel. Dies betrifft in der Arbeitsgesellschaft einen großen Teil der Bevölkerung, und zwar all diejenigen, deren Vermögen, sofern vorhanden, nicht ausreicht, um ihnen und ihren Familien ein arbeitsfreies Einkommen zu sichern.

Doch mit individuellem Broterwerb und der Produktion von materiellem Wohlstand ist es nicht getan. Arbeit erzeugt darüber hinaus räumlich-zeitliche und soziale Strukturen und soziale Beziehungen.

## Soziale Funktionen von Arbeit jenseits von Produktion und Konsum

So wirkt Arbeit als zweckgerichtete, meist kooperativ vorgenommene Auseinandersetzung mit natürlichen oder sozialen Arbeitsgegenständen räumlich und zeitlich strukturierend. Man arbeitet dann, wenn andere auch arbeiten, um mit ihnen zusammenzuarbeiten; man arbeitet, wo andere arbeiten. Seit der industriellen Revolution geschieht Erwerbsarbeit außerhalb des häuslichen Umfeldes. Man arbeitet vor anderen oder nach anderen, wenn die anderen auf das eigene Arbeitsergebnis angewiesen sind – oder man selbst auf das der anderen. Bestimmte Stunden des Tages oder Zeiten des Jahres sind aufgrund natürlicher Bedingungen zum Arbeiten geeig-



neter als andere. Bestimmte Zeiten sind aufgrund gemeinschaftlicher oder gesellschaftlicher Normen anderem als der Arbeit vorbehalten; psychophysischer Ruhebedarf, Freizeitbedürfnisse, Familien- und Freundschaftsbeziehungen und Reproduktionsarbeiten erfordern eigene Zeiten. Arbeit und Familie sind es insbesondere, die den erwerbstätigen Menschen zur Strukturierung der Zeit veranlassen.

Der systematische Beginn der sozialen Funktionen von Arbeit sind Arbeitsteilung und die damit zwangsläufig verbundene Kooperation – Karl Marx wie auch Emile Durkheim haben darauf hingewiesen.<sup>13</sup> Kooperation und die dafür nötige Kommunikation sind Interaktion und erzeugen oder verweisen auf nähräumliche unmittelbare Beziehungen zwischen Menschen. Dies kann als Gemeinschaftsbildung, in Anlehnung an Ferdinand Tönnies auch als Vergemeinschaftung bezeichnet werden.<sup>14</sup> Solche Gemeinschaften können zunächst Familien, Großhaushalte, Hofhaltungen oder Dorfverbände sein, in denen arbeitsteilig-kooperativ produziert und nach mehr oder weniger hierarchisch differenzierten Mustern konsumiert wird. Mit der industriellen Revolution kam es zur räumlichen Trennung von Produktion und Konsumtion/Reproduktion, zur Trennung von Betrieb und Haushalt – und dies ist für die meisten Erwerbstätigen trotz neuer Informationstechnologien immer noch so. Dementsprechend sind die meisten außerhalb erwerbstätigen Menschen in zwei Beziehungsgeflechte im sozialen Nahbereich integriert: in den Betrieb mit Arbeitskollegen und Vorgesetzten und in die außerbetriebliche Lebenswelt mit Familie, Nachbarschaft, Freundschafts- und Verwandtschaftsbeziehungen. Diese Integration bringt auch nähräumliche soziale Anerkennung mit sich: Indem jemand arbeitet und in die entsprechenden Beziehungsgeflechte integriert ist, gilt er (oder sie) als wertvolles, normales, seine Aufgaben, Rollen und Funktionen erfüllendes Subjekt. Arbeit und die damit normalerweise verbundene Kooperation, Kommunikation und Beziehungsbildung erzeugen damit nicht nur unmittelbare soziale

<sup>13</sup> Vgl. E. Durkheim (Anm. 10) und K. Marx (Anm. 12).

<sup>14</sup> Vgl. Ferdinand Tönnies, *Gemeinschaft und Gesellschaft*, Darmstadt 1963.

Integration, sondern auch soziale Anerkennung.<sup>15</sup> Damit nicht genug. Auch die gesellschaftliche Anerkennung jenseits der Gemeinschaftsbeziehungen im sozialen Nahbereich basieren in Arbeitsgesellschaften schlichtweg auf der Tatsache, dass jemand arbeitet – sich selbst und seine oder ihre Angehörigen ernährt, Steuern und Sozialbeiträge bezahlt und an den wirtschaftlichen Kreisläufen eigenständig teilnimmt. Die soziale Anerkennung durch Erwerbsteilhabe ist (neben dem Produzentenstolz) ein wesentlicher Nährboden des Selbstwertgefühles von Arbeitnehmern in Arbeitsgesellschaften (vgl. die *Übersicht*).

### Strukturierungsleistungen von Arbeit:<sup>16</sup>

#### *Physisch/Materiell:*

Metamorphose/Verwandlung von Natur in Gebrauchswert (Produkt und Arbeitsmittel), Formung von Psyche und Physis des Arbeitenden, beruflicher Habitus, Berufskrankheit;

#### *Räumlich:*

Beitrag zur Strukturierung des Raumes: Innenräume für andere Arbeiten als Außenräume, Jagdraum, Weideraum, verschiedene Ackerbauareale, Hofraum, Hausraum, Extraktionsräume (Meer, Berg), Ortsfestigkeit/Mobilität, Anlagen, Wildnis, Stadt, Betrieb, Wohnviertel;

#### *Zeitlich:*

sozial, natürlich und menschlich/gemeinschaftlich geeignete und ungeeignete, gewählte und umstrittene, aufgeherrschte und normierte Zeiten am Tag, in der Woche, im Jahr;

#### *Sozial:*

Arbeitsteilung, Kooperation, Kommunikation, Interaktion, Beziehungen, Gemeinschaft, Märkte, Gesellschaft, Teilhabe und soziale Anerkennung, Verteilung, Machtasymmetrien, soziale Ungleichheit, Arbeitspolitik, Konflikt und Integration;

#### *Wirtschaftlich:*

Warenerzeugung, Einkommen, Konsum, Reichtum und Wohlfahrt.

Arbeit trägt also – auch wenn sie unbestritten und immer noch Mühsal, Ausbeutung und Konflikt bedeuten kann – in Arbeitsgesellschaften zur sozialen Integration der Individuen bei. Dies überschreitet auch das Theorem von der „Arbeit als zentralem Vergesellschaft-

<sup>15</sup> Zur Theorie der sozialen Anerkennung vgl. Axel Honneth, *Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte*, Frankfurt/M. 1994.

<sup>16</sup> Ähnlich das Dimensionenschema von Alois Wacker, *Arbeit als Zwiespalt – Technik als Lösung?*, in: Dietmar Becker (Hrsg.), *Zeitbilder der Technik*, Bonn 1989.

tungsmodus“,<sup>17</sup> der vor allem über den wirtschaftlichen Inklusionszusammenhang „Arbeits-Warenproduktion-Markt-Gesellschaft-Politik-Verteilung-Konsum“ und davon abgeleitete wohlfahrtsstaatliche Ansprüche gedacht wird. Die Inklusionseffekte von Arbeit erschöpfen sich auch nicht im symbolischen Konsum<sup>18</sup> und dem dadurch erworbenen oder reproduzierten Status. Auch wenn die Handlungssphären Freizeit und Konsum in den Perspektiven der Menschen mittlerweile mehr Platz einnehmen als vor ein bis zwei Generationen,<sup>19</sup> ist Arbeit doch die Schlüsselkategorie für die soziale Integration von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Arbeitsgesellschaft geblieben. Das bekannte Bonmot „Arbeit ist nicht alles, aber ohne Arbeit ist alles nichts“ bringt dies zum Ausdruck und führt uns zur nächsten Frage.

## Arbeitslosigkeit und ihre Teilhabedefizite – „was fehlt, wenn Arbeit fehlt?“

Streng genommen müssen wir hier zunächst unterscheiden zwischen Arbeitslosigkeit als (nicht freiwillig zustande gekommenem) Fehlen eines formalen Beschäftigungsverhältnisses, und dem Fehlen von Arbeit im weiteren Sinne.<sup>20</sup> Das folgende Interviewzitat macht den Unterschied deutlich.

<sup>17</sup> Vgl. Reinhard Kreckel, Politische Soziologie und soziale Ungleichheit, Frankfurt/M. 1992.

<sup>18</sup> Vgl. Lucia A. Reisch, Symbols for Sale: Funktionen des symbolischen Konsums, in: Christoph Deutschmann (Hrsg.), Die gesellschaftliche Macht des Geldes, Wiesbaden 2002.

<sup>19</sup> Vgl. Gerhard Schulze, Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart, Frankfurt a. Main 1992 und Horst Opaschowski, Freizeit, Konsum und Lebensstil, Köln 1977.

<sup>20</sup> Der Untertitel dieses Abschnitts – „was fehlt, wenn Arbeit fehlt“ – ist fast gleichlautend mit dem Titel einer Publikation von Alois Wacker (A. Wacker, Was fehlt, wenn die Arbeit fehlt? Arbeitslosigkeit aus sozialpsychologischer Perspektive, in: Uwe Becker/Franz Segbers/Michael Wiedemeyer (Hrsg.), Logik der Ökonomie – Krise der Arbeit, Mainz 2001), der sich seit Jahrzehnten mit den sozialpsychologischen Folgen von Arbeitslosigkeit befasst. Auch Olaf Behrend hat sich in seinem gleichnamigen Vortrag auf der Herbsttagung 2007 der Sektion Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie mit den Inklusionseffekten von Arbeit auseinandergesetzt. Für die vorliegenden Ausführungen, insbesondere den arbeitssoziologischen Systematisierungsversuch und den Bezug auf die Aktivierungspolitik ist der Verfasser dieses Beitrags selbst verant-

„Arbeitslos werden kann heutzutage jedem passieren. Aber nix arbeiten, des is net recht“ (Herr B., 55 Jahre, Elektriker, Maschinist und Landwirt, 2007, arbeitslos 1999–2001).<sup>21</sup>

Mit „arbeitslos werden“ meint unser Interviewpartner den Verlust einer vertraglich geregelten Erwerbsarbeit in einem richtigen Betrieb, etwa im Rahmen eines Personalabbaus oder einer Betriebsschließung. Nach den in Herrn B.'s Wohnort üblichen Vorstellungen ist die extern verursachte Arbeitslosigkeit nicht das Problem, sondern die Tatsache, dass manche Betroffene darauf mit Untätigkeit reagieren. So wird im ländlichen Umfeld von Herrn B. erwartet, dass Arbeitslose tätig sind. Sei es im eigenen Haus und Garten oder in der weitgefächerten informellen Ökonomie des dörflichen Umfeldes, die von bezahlter und unbezahlter Nachbarschafts- und Verwandtschaftshilfe über Minijobs in örtlichen Läden oder Betrieben bis hin zu ehrenamtlichen Tätigkeiten in Kirchengemeinde, Feuerwehr und Vereinsleben reicht. Eine gewisse Ambivalenz aus sozialer Kontrolle und der Aufrechterhaltung wirtschaftlicher und sozial-nahräumlicher Integration, sowie ein Arbeitsbegriff, der Arbeit nicht vollständig in vertragsförmige organisierte Lohnarbeit auflöst, ist charakteristisch für manche Kontexte der ländlichen Arbeitslosigkeit.

„Was fehlt, wenn (...) Arbeit fehlt“?<sup>22</sup> Dies ist die klassische Frage der sozialpsychologischen Arbeitslosenforschung seit der Marienthal-Studie.<sup>23</sup> Damals, Anfang der 1930er Jahre, untersuchten Sozialforscher der Universität Wien die Arbeitslosigkeit in einem österreichischen Dorf, das vorher fast komplett von der Arbeit in einer infolge der Weltwirtschaftskrise geschlossenen Textilfabrik gelebt hatte. Sie fanden bei den Arbeitslosen Verluste der räumlichen und zeitlichen Orientierungsfähigkeit, vermehrte Suchterkrankungen, Perspektivlosigkeit, zunehmende familiäre, soziale, psychische und gesundheitliche Probleme und Vereinzelung,

wortlich. *Anmerkung der Redaktion:* Siehe auch den Beitrag von O. Behrend in dieser Ausgabe von APuZ.

<sup>21</sup> Das Zitat entstammt einer qualitativen Befragung des IAB, näheres weiter unten.

<sup>22</sup> A. Wacker (Anm. 20).

<sup>23</sup> Vgl. Marie Jahoda/Paul Lazarsfeld/Hans Zeisel, Die Arbeitslosen von Marienthal, Frankfurt/M. 1975 (erstmalig 1933).

Verlust der „Selbstwirksamkeit“, also der Empfindung, selbst sein Leben und seine Situation beeinflussen zu können. Marie Jahoda führt dies auf die latenten Funktionen der Erwerbsarbeit zurück,<sup>124</sup> die neben dem Gelderwerb zu positiven Effekten auf Wohlbefinden und Gesundheit führen. Dazu zählen eine feste Zeitstruktur, soziale Kontakte außerhalb des engeren sozialen Netzes, die Verfolgung gemeinsamer Ziele, die über die individuellen Ziele hinausgehen und regelmäßige Aktivitäten. In der Arbeitslosigkeit fallen diese Funktionen, wenn nicht vollständig, so doch in relevanten Teilen weg.

Über den Zusammenhang von Einschränkungen der Gesundheit und Arbeitslosigkeit erfahren wir etliches aus der sozialpsychologischen und -medizinischen Forschung, auch wenn nicht abschließend geklärt ist, wie die entsprechende Entwicklung vonstatten geht und welche Faktoren dabei relevant sind. Es liegen Hinweise darauf vor, dass Arbeitslosigkeit Krankheit verursachen kann, dass Kranke aber auch eher arbeitslos werden.<sup>125</sup> Arbeitslosigkeit und gesundheitliche Einschränkungen können mit weiteren Belastungen einhergehen, etwa mit schlechtem Wohnumfeld. Arbeitslosigkeit kann als einzelner Stressor bereits bestehende Belastungen verstärken. Die psychische Verletzlichkeit von Menschen mit gesundheitlichen Problemen wird durch Arbeitslosigkeit erhöht. Es wird vermutet, dass eine Kombination von Faktoren ursächlich für diese Zusammenhänge ist. Großes Gewicht kommt dabei dem Gesundheitsverhalten zu.<sup>126</sup> David Fryer und Roy Payne haben in einer nicht unumstrittenen Studie gezeigt,<sup>127</sup> dass besonders proaktive Arbeitslose trotz andauernder Arbeitslosigkeit psychisch stabil blieben. Dies nimmt nicht wunder: Wir wissen, dass legitime Alternativen zur Erwerbsarbeit – beispielsweise Familienarbeit

für Frauen, ehrenamtliche Tätigkeiten, Verrentung – die negativen Folgen von Erwerbslosigkeit kompensieren können.<sup>128</sup> Gleiches gilt für Eigenarbeit in dafür tauglichen Kontexten. Dabei darf jedoch nicht vergessen werden, dass nicht-formale Arbeitszusammenhänge, zu denen auch Familien- und Hausarbeit zählen, nicht allen Menschen unter allen Umständen zugänglich sind, weil sie beispielsweise Kleineigentum, oder taugliche Gemeinschaftsbeziehungen voraussetzen oder mit einem gesellschaftlich einigermaßen akzeptierten Rollenbild konform sein müssen – etwa dem der nicht erwerbstätigen, wohl aber arbeitenden Hausfrau. Neuerdings gibt es Indizien dafür, dass eine in der Adoleszenz erworbene feste Berufsrolle die Erosion von erwerbsbezogenen Kompetenzen in Phasen der Arbeitslosigkeit verhindern oder verlangsamen kann.<sup>129</sup> Neu ist auch, dass die These von der Verfestigung arbeitsmarktferner Verhaltensweisen bei zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit bei weitem nicht pauschal auf alle Arbeitslosen zutrifft. In diesem Zusammenhang ist wichtig, dass zwischen dem „Draußen“ einer lebenslangen Erwerbstätigkeit und dem „Draußen“ einer dauerhaften Arbeitslosigkeit eine breite Zone der so genannten „prekären Inklusion“ liegt.<sup>130</sup> Zwar ist dies nicht mehr ganz neu, doch in der öffentlichen Diskussion immer noch nicht richtig angekommen. Diese Zone der Prekarität zeichnet sich durch riskante, kurzfristige oder nicht existenzsichernde Beschäftigungsver-

<sup>124</sup> Vgl. dies., *Wieviel Arbeit braucht der Mensch?*, Weinheim 1983.

<sup>125</sup> Vgl. Thomas Kieselbach/Gert Beelmann, *Arbeitslosigkeit und Gesundheit. Stand der Forschung*, in: Alfons Holleder/Helmut Brand (Hrsg.), *Arbeitslosigkeit, Gesundheit und Krankheit*, Bern 2006.

<sup>126</sup> Vgl. z. B. Klaus Hurrelmann, *Gesundheitssoziologie*, Weinheim-München 2006. *Anmerkung der Redaktion*: Siehe zu diesem Abschnitt auch die Beiträge von Michael Frese sowie von Gisela Mohr und Peter Richter in dieser Ausgabe von APuZ:

<sup>127</sup> Vgl. David Fryer/Roy Payne, *Proactive behaviour in unemployment: Findings and Implications*, in: *Leisure Studies*, 3 (1984) 3, S. 273–295.

<sup>128</sup> Vgl. Claus Offe/Karl Hinrichs, *Sozialökonomie des Arbeitsmarktes und die Lage „benachteiligter“ Gruppen von Arbeitnehmern*, in: Projektgruppe Arbeitsmarktpolitik/Claus Offe, *Opfer des Arbeitsmarktes. Zur Theorie der strukturierten Arbeitslosigkeit*, Neuwied–Darmstadt 1977.

<sup>129</sup> Vgl. Andreas Hirsland/Markus Promberger/Ulrich Wenzel/Natalie Grimm/Marco Sigmann/Berthold Vogel/Anne Hackett/Sabine Pfeiffer/Tobias Ritter/Petra Schütt, *Armutsdynamik und Arbeitsmarkt. Entstehung, Verfestigung und Überwindung von Hilfebedürftigkeit bei Erwerbsfähigen*, IAB-Projekt 896, Erster Zwischenbericht, Nürnberg 2007.

<sup>130</sup> Vgl. Martin Kronauer, *Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus*, Frankfurt 2002; Heinz Bude, *Das Problem der Exklusion*, Hamburg 2006; Pierre Bourdieu, *Die zwei Gesichter der Arbeit*, Konstanz 2000; Robert Castel, *Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit*, Frankfurt 2000 und Serge Paugam, *Die elementaren Formen der Armut*, Hamburg 2008. *Anmerkung der Redaktion*: Siehe hierzu auch das Themenheft „Abstieg – Prekarität – Ausgrenzung“ dieser Zeitschrift: APuZ, (2008) 33–34 vom 11. August 2008.

hältnisse aus, die sich abwechseln mit Perioden von Arbeitslosigkeit und Hilfebezug, Teilnahme an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und – selten – Berührungen mit dem informellen Sektor. Und, diese Risiken beschränken sich nicht auf Randgruppen oder Unterschichten, was immer darunter zu verstehen sein mag, sondern sie reichen bis weit in die Mittelschichten hinein. Die Bremer Armutforschung der 1990er Jahre hat angesichts der Sozialhilfebezieher erstmals auf dieses Phänomen der „perforierten Biografien“ aufmerksam gemacht,<sup>131</sup> Untersuchungen mit Arbeitslosen indizieren Ähnliches.<sup>132</sup> Auch wenn der Umfang dieses Problems bisher mangels geeigneter Daten nicht abschließend geklärt werden konnte, zeigt sich zweierlei:

*Erstens* sind Arbeitslosigkeit und ihre Folgephänomene dynamischer als gedacht, sowohl in zeitlicher als auch in sozialer Hinsicht. Viele Menschen sind im Laufe ihrer Biographie einmal oder mehrmals arbeitslos, und die wenigsten Langzeitarbeitslosen sind dies für ihr ganzes Leben. „Einmal arbeitslos – immer arbeitslos“: Dieser Spruch gilt nicht. Die Arbeitslosen sind kein stummes, latent drohendes Heer von auf ewig Ausgeschlossenen, auch wenn es eine relevante Gruppe gibt, der die Rückkehr ins Erwerbsleben nicht gelingt. Forschung, Arbeitsmarktpolitik und Armutsbekämpfung müssen sich auf diese dynamischen Verhältnisse einstellen.

*Zweitens* ist Arbeitslosigkeit für die Betroffenen eine biographische Phase. Sie konstituiert sich in der Biographie in einer je spezifischen Form und wird dort beendet. Demzufolge sind auch die Folgeerscheinungen von Arbeitslosigkeit biographisch, als Entwicklungsprozess, konstituiert und geformt.

Versuchen wir also, dem näher und vollständiger auf die Spur zu kommen, was eigentlich fehlt, wenn Menschen arbeitslos sind. Was ist das Bindeglied zwischen der beobachtbaren Arbeitslosigkeit und ihren psychosozialen Folgen? Wenden wir uns noch-

mals den eingangs spezifizierten sozialen Strukturierungsleistungen von Arbeit jenseits des Erwirtschaftens eines Lebensunterhalts zu. Erfolgreiches, sinnvolles Tätigsein setzt den Menschen in eine sinnvolle Beziehung zu seiner materiellen und sozialen Umwelt. Die naturbezogenen und sozialen Prozesse der Arbeit erfordern ein bewusstes Strukturieren von Raum und Zeit, indem sie den Menschen veranlassen, sich zu den sozialen und natürlichen Strukturen von Raum und Zeit im Alltag in Beziehung zu setzen – etwa pünktlich aufzustehen, den Weg zur Arbeit aufzunehmen, nach angemessener Zeit die Arbeit zu beenden. Kooperation, ohne die menschliche Arbeit nicht funktioniert, möglicherweise nie funktioniert hat, bedingt Interaktion mit Anderen, dadurch entstehen Kommunikation und Beziehungen. Diese gehen idealerweise mit Anerkennung im sozialen Nahbereich einher. Die Tatsache, dass ein Subjekt formal arbeitet, Steuern und Sozialbeiträge zahlt und konsumiert, erzeugt gesellschaftliche Anerkennung als wirtschaftendes und konsumierendes Subjekt, das auch für die Gesellschaft Leistungen erbringt.

Das Fehlen von Arbeit – hier als nutzbringende Tätigkeit unabhängig von ihrer Formalisierung – entlässt den Menschen aus der durch die Arbeit generierten raumzeitlichen Strukturierung des Alltags in die Strukturlosigkeit, beendet die Sinnproduktion, die mit der Arbeit einhergeht, bedingt einen Verlust zumindest der aus der Arbeitswelt herrührenden Kooperations-, Kommunikations- und Beziehungsstrukturen und der damit verbundenen nähräumlichen Anerkennung. Das Abweichen von den eigenen Rollenerwartungen und denen des nähräumlichen Umfelds – die wirtschaftlich eigenständige Existenz ist gefährdet, die Funktionsbeziehung zu Betrieb, Familie und Gesellschaft ist eingeschränkt – und letzten Endes die eigene Funktionslosigkeit des Betroffenen gefährden (auch bei Abwesenheit von starker materieller Armut) Familienbeziehungen. Denn Anerkennung, Selbstwertgefühl, Nützlichkeitsempfindung sind Münzen, die auch in anderen Lebensbereichen gelten, als in dem, in dem sie geprägt wurden. Durch Arbeitslosigkeit verursachte soziale Defizite können zu psychischen und in der Folge zu somatischen Defiziten werden: Arbeitslosigkeit kann krank machen. Wir sehen also, ein wichtiger Schlüssel zur Erklärung der psychosozialen und gesund-

<sup>131</sup> Stefan Leibfried/Lutz Leisering/Petra Buhr/Monika Ludwig/Eva Mädje/Thomas Olk/Wolfgang Voges/Michael Zwick, *Zeit der Armut: Lebensläufe im Sozialstaat*, Frankfurt/M. 1995.

<sup>132</sup> Vgl. Gerd Mutz/Wolfgang Ludwig-Mayerhofer/Elmar J. Koenen/Klaus Eder/Wolfgang Bonß, *Diskontinuierliche Erwerbsverläufe*, Opladen 1995.

heitlichen Folgeprobleme von Arbeitslosigkeit liegt in den sozialen Effekten der Erwerbsarbeit in der Arbeitsgesellschaft – in deren „naturwüchsiger“ Sinnstiftungs-, Teilhabe- und Inklusionswirkung, bzw. deren Fehlen bei Arbeitslosigkeit.<sup>133</sup>

## Geförderte Arbeit

Nicht nur wegen der leeren Kassen des nachindustriellen Wohlfahrtsstaates, sondern auch wegen der vielgestaltigen naturwüchsigen Inklusionseffekte von Arbeit liegt es daher nahe, Arbeitslosigkeit mit Arbeit zu bekämpfen. In den Aktivierungskonzepten von Tony Blairs Drittem Weg ebenso wie in Gerhard Schröders Agenda 2010 waren die weiteren sozialen Inklusionseffekte jedoch etwas aus dem Blickfeld geraten. Arbeitslosigkeit erschien in den Jahren der Aktivierungseuphorie vor allem als fiskalisches Problem, das in einem verschlankten, das heißt kostengünstigeren und weniger inflationsträchtigen Staat nicht mehr tragbar sei. Arbeitslosigkeit wird in diesen Konzepten zumindest implizit als individuelle Fehlanpassung an den Arbeitsmarkt begriffen, die durch Training, Verhaltenskontrolle und beschleunigte Arbeitsvermittlung behoben werden kann. Jedoch entsteht Arbeitslosigkeit in größerem Umfang, wie die Praktiker in den Arbeitsämtern und Sozialbehörden wissen, meist dadurch, dass unter den gegebenen bzw. sich wandelnden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen nicht mehr genug passende Arbeitsmöglichkeiten für alle diejenigen vorhanden sind, die arbeiten müssen, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Nur ein kleiner Teil der Arbeitslosigkeit ist auf mangelnde Erwerbsneigung oder -fähigkeit zurückzuführen. Neueste Untersuchungen bestätigen dies.<sup>134</sup> Insofern ist es folgerichtig und Ausweis der Lernfähigkeit der Politik, dass in jüngster Zeit wieder vermehrt über geförderte

<sup>133</sup> Hierbei darf natürlich nicht vergessen werden, dass Arbeit nicht gleich Arbeit ist. Für eine volle Entfaltung der Inklusionseffekte von Arbeit sind existenzsichernde Löhne und humane Arbeitsbedingungen essentiell, die jedoch historisch erst mit den sozialen und politischen Erfolgen der Arbeiterbewegung Wirklichkeit wurden. Die Armut der frühindustriellen Arbeiter, Sprech- und Organisationsverbote, Arbeitszerlegung und Leistungsdruck sind Beispiele dafür, dass Arbeit nicht per se alle ihre Inklusionspotentiale in Reinform entfaltet.

<sup>134</sup> Vgl. A. Hirsland u. a. (Anm. 29).

Arbeit im Sinne dauerhafter Ersatzarbeitsmärkte debattiert wird, die eingesetzt werden sollen, wenn trotz intensiver Bemühungen keine reguläre Erwerbsintegration möglich ist.<sup>135</sup>

Geförderte Arbeit<sup>136</sup> steht nach wie vor im Spannungsfeld zwischen ihrem Beitrag zur öffentlichen Infrastruktur und den unter dem Begriff der „Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit“ versteckten Stabilisierungs- und Integrationsleistungen auf der einen sowie ihren fiskalischen Kosten und geringen unmittelbaren Arbeitsmarktwirkungen auf der anderen Seite. Die sozialen Teilhabe- bzw. Inklusionseffekte der geförderten Arbeit sind bis heute nicht hinreichend untersucht. Sie könnten aber weitere sozialpolitisch wichtige Dimensionen geförderter Arbeit darstellen, umso mehr dann, wenn man die zentrale inklusionsstiftende Wirkung von Arbeit in der Arbeitsgesellschaft reflektiert.

Erste qualitative Evidenz liegt mittlerweile vor, die uns zumindest Spuren liefert, die bei der Aufklärung der Inklusionseffekte geförderter Arbeit weiterhelfen. Die folgenden Zitate stammen aus der ersten Welle eines qualitativen Panels von 100 Langzeitarbeitslosen und anderen Personen in prekären Erwerbslagen, die 2007 mittels narrativer Interviews zu ihren Erfahrungen und ihrer Lebenssituation befragt wurden. Die Interviewauszüge beziehen sich alle auf die mit dem Sozialgesetzbuch (SGB) II flächendeckend eingeführten Arbeitsgelegenheiten, die der Arbeitsmarktreintegration und der Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit dienen sollen, implizit oder in der täglichen Praxis auch zur Verhaltenskontrolle, der Arbeitstherapie, für so-

<sup>135</sup> Der neu geschaffene Beschäftigungszuschuss nach § 16 a SGB II verdankt sich solchen Überlegungen.

<sup>136</sup> Formen geförderter Arbeit sind im weiteren Sinne auch Kurzarbeit, die verschiedenen Lohnkostenzuschüsse, Kombilöhne und Eingliederungszuschüsse und der neue Beschäftigungszuschuss, im engeren Sinne Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und ihre Verwandten, die Arbeitsgelegenheiten („Ein-Euro-Jobs“) in den Varianten von Mehraufwandsentschädigung bzw. Arbeitsentgelt. Die Formenvielfalt auf den Förderarbeitsmärkten ist erheblich. Einen kurzen Einblick in die Geschichte der geförderten Arbeit geben Lutz Bellmann/Christian Hohendanner/Markus Promberger, Welche Arbeitgeber nutzen Ein-Euro-Jobs? Verbreitung und Einsatzkontexte der SGB II-Arbeitsgelegenheiten in deutschen Betrieben, in: Sozialer Fortschritt, 55 (2006) 8, S. 201–207.

ziale Dienstleistungsinfrastruktur und zur sozialen Stabilisierung eingesetzt werden.<sup>137</sup>

„... habe noch ein bisschen Glück gehabt, mit Ein-Euro-Jobs oder so, kannst du auch hier ein bisschen auf die Beine, hat dich ermuntert so sich wieder zu bewegen (...) Nun, ich meine, den (einen Euro pro Stunde) nimmt man auch gerne mit, aber das Wichtigste ist, wieder draußen sein, wieder Beschäftigung haben, morgens aufstehen, mit der Frau Frühstück machen (...) dieser geregelte Tagesablauf, nicht das hier noch eine Zigarette, dort nimm noch einen Kaffee, du hast ja nix vor“ (Herr C., 44 Jahre, Baufacharbeiter, seit 10 Jahren arbeitslos)

„... für mich war wichtig, dass ich raus komme, eine geregelte Arbeitszeit, da ist mir nichts zu fein“ (Herr D., 48, Angestellter, seit 5 Jahren arbeitslos)

„... da ist mir der Unterkiefer runtergefallen weil ich dachte Schneeschippen oder so, aber (...) das war ein ziemlich interessantes Angebot so im künstlerischen Bereich, da kann ich Dinge machen, ich mache Kunst (ein Theaterprojekt für und mit Arbeitslosen) und kriege noch Geld dafür (...) zwar ein schwieriger Bereich (...) aber für mich selber, habe ich das Gefühl es geht einfach bergauf“ (Frau E., 37, Erzieherin, seit 3 Jahren arbeitslos)

Die Beispiele belegen, dass die Betroffenen den Arbeitsgelegenheiten deutliche soziale Stabilisierungs- und Integrationseffekte zuschreiben. Es handelt sich dabei nicht um Einzelfälle; die Beispiele sind typisch für nahezu alle befragten Teilnehmer. Ein geregelter Tagesablauf, der sich an den sozialen Rhythmen der Erwerbsarbeit orientiert, eine Erweiterung des persönlichen Interaktions- und Beziehungsnetzes und eine sinnvolle Tätigkeit werden als positiv, stabilisierend und integrierend empfunden. Wie qualitative Untersuchungen zur Zuweisungspraxis von arbeits-

<sup>137</sup> Vgl. ebd.; außerdem: Christian Hohendanner/Lutz Bellmann/Markus Promberger, Ein-Euro-Jobs in deutschen Betrieben. Mehr als „alter Wein in neuen Schläuchen“? in: Sozialer Fortschritt, 56 (2007) 12, S. 300–309; Katrin Hohmeyer/Joachim Wolff, A fistful of Euros. Does One-Euro-Job participation lead means-tested benefit recipients into regular jobs and out of unemployment benefit II receipt?, IAB-Forschungsbericht 22/2006, Nürnberg 2006.

marktpolitischen Maßnahmen zeigen, ist dies auch den Fallmanagern und Betreuern auf der institutionellen Seite bekannt.<sup>138</sup> Geförderte Beschäftigung kann also, auch wenn sie nicht zu einer Integration in den ersten Arbeitsmarkt führt, den Ausfall nichtmonetärer Integrationseffekte „normaler“ Erwerbsarbeit ausgleichen. Im Übrigen gibt es Indizien dafür, dass vom Arbeitgeber entlohnte geförderte Beschäftigungsverhältnisse den Reziprozitätsstrukturen normaler Erwerbsarbeit näher kommen und deshalb als „gerechter“ empfunden werden, als diejenigen Arbeitsgelegenheiten, die eine Mehraufwandsentschädigung des Grundsicherungsträgers vorsehen. Wo geförderte Arbeit Inklusionseffekte erzeugt, wie, und wo nicht, ist gegenwärtig noch eine offene Forschungsfrage. Stabilisierung, Teilhabe und Integration sind damit als wichtige Dimensionen sowohl für die Evaluationsforschung als auch für die sozialpolitische Maßnahmegestaltung zu sehen. Und dies gilt nicht nur, um die von Langzeitarbeitslosigkeit betroffenen Menschen aufzufangen, sondern auch unter dem Gesichtspunkt gesellschaftspolitischer Stabilität, wie der nächste Abschnitt zeigen wird.

## Ausblick – für ein erweitertes Verständnis von Aktivierungspolitik

Wenn wir davon ausgehen können, dass Arbeit nicht nur Broterwerb, sondern auch ein Schlüsselfaktor sozialer Teilhabe in der Arbeitsgesellschaft ist, dann folgt daraus, dass ihre Abwesenheit nicht nur auf individueller Ebene weitere Verluste oder andere Teilhabedefizite auslöst oder verstärkt. Denn alle, insbesondere jedoch demokratische, an den Menschenrechten orientierte Gesellschaften erfordern ein Mindestmaß an sozialer Inklusion, um politisch und sozial stabil zu sein. Wo dies nicht gelang oder gelingt, drohen auch heute Desintegration, Anomie, Kriminalität und politische Spannungen.

In Deutschland gelang dies jedoch: Von der Bismarck'schen Sozialgesetzgebung über die Anfänge der Mitbestimmung im Kaiserreich

<sup>138</sup> Vgl. z. B. Wolfgang Ludwig-Mayerhofer/Olaf Behrend/Ariadne Sondermann, Projekt „Organisationsreform der Arbeitsämter und neue Maßnahmen für Arbeitssuchende: Soziale Ungleichheit und Partizipationschancen Betroffener“ Abschlussbericht, Siegen 2008.

bis zur Anerkennung der Gewerkschaften und der wohlfahrtsstaatlichen Verfasstheit der Bundesrepublik zeigt sich historisch eine allmähliche Inklusion der vorher als „außenstehend“ empfundenen Arbeiter, also der Menschen, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben müssen. Der Wohlfahrtsstaat ist, dies sollte man nicht vergessen, eine im politischen Konflikt geborene Konstruktion, die dem sozialen Frieden dadurch dient, dass die Risiken der Arbeitnehmerexistenz anerkannt und partiell vergesellschaftet und dadurch abgemildert werden. Soziale Integration ist für weitgehend besitzlose Menschen nicht nur eine Frage von Demokratie und politischer Teilhabe, sondern immer auch eine Frage der wirtschaftlichen und sozialen Teilhabe, welche die Spezifik der jeweiligen Existenz berücksichtigt und eine subsidiäre Risikoversicherung bereithält.

Die „Verallgemeinerung des Lohnarbeitsverhältnisses“ und die damit verbundenen politischen und sozialen Bewegungen haben die Existenzrisiken der Arbeitnehmer zu denen der ganzen Gesellschaft gemacht – und dabei die Institutionen des Wohlfahrtsstaates hervorgebracht.<sup>139</sup> Dabei hatte der Wohlfahrtsstaat gute Erfolge, vor allem auf dem Feld der materiellen Versorgung im Rahmen von Arbeitslosen-, Kranken- und Sozialversicherung, sowie der Sozial- und der Arbeitslosenhilfe und der neuen Grundversicherung zu verzeichnen. Dadurch wurde existenzielle Armut stark eingeschränkt; die Betroffenen blieben zumindest versorgt und auf niedrigem Niveau in den Konsumkreislauf integriert. Doch dieses Modell geriet aus fiskalischen Gründen in die Krise; seine Teilhabedefizite blieben jedoch meist eine Angelegenheit für Armutsexperten, man vermutete sie auf Randgruppenprobleme oder die neuerdings wieder breiter diskutierte Bildungsthematik beschränkt.

Die hier vorgetragene These von den zu wenig beachteten, jedoch zentralen Inklusionseffekten von Arbeit spricht dafür, die Politik des aktivierenden Wohlfahrtsstaats, wie sie sich mit Hartz IV auch in Deutschland entwickelt hat, in einem etwas anderen Licht zu betrachten. Aktivierung im engeren Ver-

ständnis, Menschen so schnell wie möglich aus Arbeitslosigkeit in „echte“ Erwerbsarbeit zu bringen, hat Grenzen. Diese betreffen sowohl die Verfügbarkeit geeigneter Arbeitsplätze als auch die Menschen, für die es keine geeignete Arbeit gibt. Aktivierungspolitik in einem weiteren Verständnis könnte die Förder- und Ersatzarbeitsmärkte, die sich ohnehin entwickelt haben, nicht nur im Sinne von Übergängen in „richtige“ Erwerbsarbeit,<sup>140</sup> sondern auch im Sinne von sozialer Integration und Teilhabe bei fehlender regulärer Erwerbsintegration betrachten.

Es sei angemerkt, dass nicht staatlich geförderte Arbeitsmarktteilhabe auf Basis einer regulären existenzsichernden Beschäftigung auch unter Teilhabe- und Integrationsperspektive den Ersatzarbeitsmärkten vorzuziehen ist, geht sie doch mit einer vollständigen Inklusion in die Arbeitsgesellschaft einher. Übergangs- und Ersatzarbeitsmärkte, dies ist ein alter Hut, müssen daher so beschaffen sein, dass sie mögliche Übergänge in ungeforderte existenzsichernde Beschäftigung nicht verhindern oder erschweren. „Echte“ Teilhabe an ungeforderter existenzsichernder Erwerbsarbeit in wohlfahrtsstaatlich verfassten Gesellschaften löst mehrere Probleme mit einem Schlag: Inklusion in die Wirtschaftskreisläufe von Produktion und Konsum, sinnvolles Tätigsein, Strukturierung des Alltags, Kommunikation und Schaffung eines nähräumlichen Beziehungsgeflechts jenseits der Familie, soziale Anerkennung. Doch – dies sollten die vorangegangenen Ausführungen zeigen – geförderte Arbeit kann Inklusionseffekte erzeugen, wo „echte“ Arbeit fehlt und vorübergehend oder dauerhaft nicht erreicht werden kann. Arbeitslose zu aktivieren, kann auch heißen, sie an persönlich und gesellschaftlich sinnvollen Dingen zu beteiligen, etwa um Vereinzelung und den Verlust von Strukturen im Alltag und sozialer Anerkennung zu verhindern – auch, wenn nicht gleich der Übergang in den ersten Arbeitsmarkt am Horizont winkt. Die Betroffenen, aber auch das Gemeinwesen werden es danken.

<sup>139</sup> Vgl. Thomas H. Marshall, Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaats, Frankfurt/M.–New York 1992.

<sup>140</sup> Vgl. Günther Schmid, Wege in eine neue Vollbeschäftigung. Übergangsarbeitsmärkte und aktivierende Arbeitsmarktpolitik, Frankfurt/M.–New York 2002.

# Aktivieren als Form sozialer Kontrolle

Dieser Beitrag hat die Handlungskonstellation zwischen Arbeitnehmervermittlern (bzw. persönlichen Ansprechpartnern), denen die Beratung bzw. Betreuung der arbeitslosen Leistungsempfänger obliegt (und nicht die Dienstleistung der eigentlichen Stellenvermittlung, das erledigen die Arbeitgebervermittler), und Arbeitslosen zum Gegen-

## Olaf Behrend

Dr. phil, geb. 1970; Soziologe, seit Oktober 2007 wiss. Mitarbeiter bei Alfons Bora am Institut für Wissenschafts- und Technikforschung der Universität Bielefeld, zuvor wiss. Mitarbeiter am Lehrstuhl von Wolfgang Ludwig-Mayerhofer, Universität Siegen. olaf.behrend@uni-bielefeld.de

stand, und zwar im Hinblick auf die Realisierung der rechtlichen Neuregelungen der so genannten „Hartz-Reformen“ sowie deren Folgen. Dafür wird auf Daten und Ergebnisse eines soziologischen, vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) und der Universität Siegen

zwischen 2005 und 2008 durchgeführten Forschungsprojektes zurückgegriffen. Im Zentrum der Untersuchung standen Beschreibungen der Interaktionen in der Arbeitsverwaltung und Deutungsmuster, die in kaum standardisierten Einzelinterviews mit Arbeitsvermittlern und Arbeitslosen erhoben wurden.<sup>1</sup>

## Arbeitsverwaltungen und soziale Kontrolle

Wenn man einen Gegenstand soziologisch erforschen möchte, so ist es geboten, dessen Handlungstypik vorderhand zu bestimmen. Bei der Konstellation in den Arbeitsverwaltungen handelt es sich um den Handlungstyp der sozialen Kontrolle. Für diese ist spezifisch, Handeln in Hinblick auf das Verletzen von gesellschaftlich geteilten oder vorgeschriebenen normativen Grenzen zu kontrol-

lieren und die handelnde Person ggf. – bei Abweichung bzw. Überschreitung der Grenze – zu sanktionieren. Im Falle herrschaftlich organisierter sozialer Kontrolle durch öffentliche Sozialverwaltungen wird außerdem die Einhaltung des Allgemeinwohls (dessen formale Ausgestaltung in Gesetzen fixiert ist, die im Volkssouverän gegebenenfalls strittig sein kann) kontrolliert und ggf. sanktioniert. Das geschieht etwa dann, wenn aus dem temporären Bezug von Solidarleistungen ein dauerhafter zu werden scheint, was nicht dem aktuell wohl gültigen Verständnis von Solidarität entspricht, die sich Bürgerinnen und Bürger im Volkssouverän wechselseitig gewähren. Allerdings stellen sich hier schwierige Fragen: Wann ist dies der Fall? Wann wird der Bezug ungerechtfertigter Weise dauerhaft? Wer könnte sich selbst ökonomisch versorgen? Wann liegen Missbrauch und Sozialbetrug vor? Dies sind Fragen, die auch von Gesetzen, vor allem aber von den aktuell gesellschaftlich geteilten bzw. als geteilt angenommenen Normen abhängen und die Arbeitsvermittler als Repräsentanten herrschaftlich organisierter sozialer Kontrolle beantworten und in entsprechenden Entscheidungen umsetzen müssen. Für die Durchsetzung dieser normativ gültigen kulturellen Standards gegenüber den Bürgern benötigen die Akteure der sozialen Kontrolle notwendigerweise Handlungsspielräume, worauf Pierre Bourdieu und Jean-Claude Passeron aufmerksam gemacht haben.<sup>2</sup>

Soziale Kontrolle erfolgt in unserem Fall heutzutage nicht, wie es dem Klischee entspräche, primär autoritär. Sie erfolgt vielmehr kooperativ zugewandt oder auch pädagogisierend, dabei nicht selten subtil übergriffig,

<sup>1</sup> Datenbasis dieses Beitrages sind 107 Interviews, die zwischen Juli 2005 und Dezember 2007 mit Arbeitsvermittlern und einigen leitenden Mitarbeitern vor allem aus Agenturen und ARGEn sowie zwei zugelassenen kommunalen Trägern (den so genannten „Optionskommunen“) geführt wurden. Für die Durchführung der Mehrzahl der Interviews danken wir den Forschungsmitarbeitern des IAB (den „Pro-IABs“). Für ausführlichere Ergebnispublikationen aus dem Projekt siehe: [www.fb1.uni-siegen.de/soziologie/forschung/arbeitsagenturen.htm](http://www.fb1.uni-siegen.de/soziologie/forschung/arbeitsagenturen.htm) und das im kommenden Jahr erscheinende Buch: Wolfgang Ludwig-Mayerhofer/Ariadna Sondermann/Olaf Behrend, Auf der Suche nach der verlorenen Arbeit, Konstanz 2009.

<sup>2</sup> Vgl. Pierre Bourdieu/Jean-Claude Passeron, Grundlagen einer Theorie der symbolischen Gewalt, Frankfurt/M. 1973.



ggf. zynisch, manchmal latent verachtend und nur hier und da noch in Resten paternalistisch oder offen autoritär. Dies hängt von der Persönlichkeit der Arbeitsvermittler, von ihren subjektiven Dispositionen und den von ihnen geteilten gesellschaftlichen Deutungsmustern ab. Insofern ist die genaue Bestimmung der Art und Weise der sozialen Kontrolle abhängig von der Rekonstruktion sowohl der jeweiligen Zuwendung der Arbeitsvermittler als auch der Gesetzesvorgaben.

## Gesetzesvorgaben

Im reformierten Sozialgesetzbuch (SGB) III (welches den Umgang mit Empfängern des Arbeitslosengeldes regelt) wird festgelegt, dass die Leistungen der Arbeitsförderung „insbesondere darauf auszurichten (sind), das Entstehen von Arbeitslosigkeit zu vermeiden oder die Dauer der Arbeitslosigkeit zu verkürzen“ (§ 1 Abs. 1 Satz 2 SGB III). Und in § 5 SGB III ist festgelegt: „Die Leistungen der aktiven Arbeitsförderung sind (. . .) einzusetzen, um sonst erforderliche Leistungen zum Ersatz des Arbeitsentgelts bei Arbeitslosigkeit nicht nur vorübergehend zu vermeiden und dem Entstehen von Langzeitarbeitslosigkeit vorzubeugen.“ Das heißt, primär wird die Aktivierung des Klienten mit dem Ziel der schnellen Reintegration in den Arbeitsmarkt angestrebt. Gleiches gilt auch für den Rechtskreis des SGB II. Die Grundsicherung für Arbeitssuchende (ALG II) soll die „Eigenverantwortung“ der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen stärken (§ 1 Abs. 1 Satz 1 SGB II). § 1 Abs. 1 Satz 2 SGB II nennt als erstes die Unterstützung bei Aufnahme oder Beibehaltung einer Erwerbstätigkeit und *erst dann* die Sicherung des Lebensunterhalts als Ziel. § 1 Abs. 1 Satz 4 SGB II führt weiterhin explizit an, die Leistungen der Grundsicherung seien insbesondere darauf auszurichten, „dass 1. durch eine Erwerbstätigkeit Hilfebedürftigkeit vermieden oder beseitigt, die Dauer der Hilfebedürftigkeit verkürzt oder der Umfang der Hilfebedürftigkeit verringert wird, 2. die Erwerbsfähigkeit des Hilfebedürftigen erhalten, verbessert oder wiederhergestellt wird“.

Ohne die Gesetzestexte hier extensiv deuten zu können, ist festzuhalten, dass es darin um eine Neuausrichtung auf Erwerbsfähigkeit und Integration in Arbeit durch Aktivierung geht (und die Abkehr vom autonomen

Subjekt und dessen Bildungsprozess). Diese Neuausrichtung wird durch zahlreiche weitere gesetzliche Regelungen unterstützt, etwa durch die Lockerung bzw. (im SGB II) fast völlige Abschaffung der Zumutbarkeitsregelungen bezüglich der anzunehmenden Arbeit (§ 10 Abs. 1 und 2 SGB II), die Förderung bzw. Forcierung von Mini- und Midi-Jobs sowie die weitgehende Abschaffung längerer Weiterbildungen, die dem alten Prinzip der Berufsbiographie folgten. An deren Stelle werden kurze, eher punktuelle Trainings forciert vergeben, welche die Arbeitslosen möglichst schnell in den (ersten) Arbeitsmarkt zurückbringen sollen, im Zweifelsfall – bei geringem Lohn – unter dauerhaftem Bezug des aufstockenden ALG II.

Wie werden diese Gesetzesvorgaben nun von den Arbeitsvermittlern gegenüber Arbeitslosen realisiert? Wie füllen sie ihre Handlungsspielräume? Dem wird nachfolgend nachgegangen.

## Zur Vermittlungskonstellation

Arbeitslose müssen, wenn sie Solidarleistungen (sei es als so genannte Versicherungsleistung im Fall des ALG I, sei es als steuerfinanzierte Transferleistung im Fall des ALG II) erhalten wollen, diese in den Arbeitsverwaltungen beantragen. Danach erscheinen die Arbeitslosen bei „ihren“ Arbeitsvermittlern zum Erstgespräch. Alle befragten Arbeitsvermittler konstatieren, dass die große Mehrheit der von ihnen betreuten „Kunden“ (so die neue Sprachregelung der Bundesagentur für Arbeit, die auch nachfolgend durchaus wegen ihrer Unangemessenheit verwendet wird) bereit und willig sei, zu arbeiten. Soziologisch kann man dies so ausdrücken, dass die große Mehrheit der Arbeitslosen das (wohl letzte kollektiv geteilte) Deutungsmuster „vollwertige gesellschaftliche Teilhabe qua Erwerbsarbeit“ wie selbstverständlich teilt. Nur ein recht kleiner Anteil der Arbeitslosen (genannt werden meist zehn bis 20 Prozent) sei unwillig bzw. hinsichtlich einzelner Aktivierungsansinnen nicht kooperativ. Die dritte, ebenfalls kleine und stets genannte Gruppe ist diejenige der „Willigen“, aber „Unfähigen“ bzw. „zu Alten“. Die befragten Arbeitsvermittler teilen das in der Medienöffentlichkeit immer wieder von interessierter Seite mobilisierte Klischee der „faulen Arbeitslosen“

weitgehend nicht, weil die Realität dem Resentiment grundsätzlich nicht entspricht.<sup>13</sup>

Von der Triage der „Willigen“, „Unwilligen“ und „Unfähigen“ bzw. „zu alten“ stehen nun naheliegenderweise nicht die gut qualifizierten und mobilen „Kunden“ im Fokus der Bemühungen der Arbeitsvermittler, weil diese sich, vor allem in Regionen mit geringer Arbeitslosenquote, „quasi selbst vermitteln“, wie es immer wieder in Interviews geschildert wird, sondern Fälle der zweiten Kategorie. Das sind jene, die in ihrer alten Tätigkeit nicht relativ schnell wieder eine Stelle finden und drohende Einkommens-, statusmäßige oder räumliche (Abwärts-)Mobilität nicht hinnehmen wollen, oder aber jene, die grundsätzlich nicht arbeiten wollen und damit gegen das zentrale Deutungsmuster verstoßen. Damit sind zugleich die zentralen Interventionsfelder der Arbeitsvermittler benannt: grundsätzlich Unwillige zu sanktionieren und Zögerliche bzw. Immobilität zu aktivieren. Sozialpsychologisch betrachtet dürfte ein Hauptantrieb dafür seitens der Arbeitsvermittler auch das Deutungsmuster „vollwertige gesellschaftliche Teilhabe qua Erwerbsarbeit“ sein, das *alle* befragten Arbeitsvermittler teilen.

## Aktivierende Gespräche

Aus Sicht der meisten Arbeitslosen ist Stellenvermitteln die zentrale Aufgabe der Arbeitsverwaltungen und zugleich deren Legitimation. Diese naheliegende Praxis tritt allerdings empirisch vor allem in den wirtschaftlich schwächeren Regionen mit hohen Arbeitslosenquoten – aber eben nicht nur dort – in den Hintergrund.

So schildert Herr Bracht,<sup>14</sup> ein ARGE-Vermittler aus dem Rheinland: es „... kommen halt sehr viele Leute mit der ganz naiven Frage ‚Haben Sie ’nen Job für mich?‘ auf mich zu“ (2\_ARGE\_10, 557).<sup>15</sup>

<sup>13</sup> Am Rande sei angemerkt: Nach weiteren Gesprächen mit Dienstleistern besteht wirklicher Interventionsbedarf in Gebieten mit sehr guter Arbeitsmarktlage bei solchen Leistungsempfängern, die sich politisch nicht als Teil des Volkssouveräns verstehen und dementsprechend das ALG *von sich aus nicht* als Solidarleistungen interpretieren, was auf ein politisches und nicht ein arbeitsmarktlisches Integrationsproblem verweist.

<sup>14</sup> Es handelt sich hier und nachfolgend um fiktive Namen; Entsprechungen mit der Realität sind zufällig.

<sup>15</sup> Die wiedergegebenen Interviewpassagen sind unseren Forschungsinterviews entnommen. Sie werden in

Logisch betrachtet stellt sich die Frage, was denn in den Arbeitsverwaltungen stattdessen passiert. Die einfache und weitreichende Antwort lautet: Aktivierung. Aktiviert wird in den Gesprächen zwischen Arbeitsvermittler und „Kunde“. Die Gespräche erfolgen im Normalfall nur noch nach einer Terminierung. Dadurch stehen die Verwaltungsmitarbeiter nicht mehr unter dem Zeitdruck „voller Flure“. Die Gespräche fallen entsprechend deutlich länger und intensiver aus. Die befragten Arbeitsvermittler und Arbeitslosen schätzen die neuen Gespräche weitgehend als angenehm und persönlich ein.

Für die richtige Haltung der „Kunden“ in den Gesprächen – gerade auch angesichts der oben erwähnten „naiven Frage“ – bedürfte es seitens der „Kunden“ folgender fundamentaler Einsicht, wie sie Herr Lamberti, Arbeitsvermittler aus einer ARGE in Süddeutschland, formuliert:

„Ich denke, das ist nicht nur bei uns so, sondern das ist ja immer so, wenn Sie sich vorstellen, wenn Sie nicht selber etwas wollen, dann passiert gar nichts. Also wenn ich nicht selbst in mir den Willen habe, hier von uns weg zu kommen, zu sagen: ‚Also am liebsten möchte ich mit denen hier nichts zu tun haben‘, wenn das nicht in mir ist, dann will ich das einfach nicht klappen, und ich will ihnen helfen eigentlich sozusagen das Drumherum zu schaffen damit sie das eben alles haben, aber den Willen den kann ich ihnen nicht einbläuen.“ (2006 6ARGE\_3, 335–345)

Die Beschäftigung wird hier zu einer vom Willen der Arbeitslosen abhängigen Leistung. Die Arbeitsverwaltung könne dafür nur günstige oder weniger günstige Rahmenbedingungen (Stellenangebote, Mobilitätshilfe, Zuschüsse für Arbeitgeber) bereitstellen, es seien die Arbeitslosen selbst, die aus diesen etwas machen müssten. Gelingt ihnen das, kann sich Herr Lamberti mit ihnen freuen („das ist so, wie wenn ich eigentlich ein’ Sektorkorken dann aufmachen könnte“ [359 f.]). Schaffen sie es nicht, dann war vermutlich der

diesem Beitrag zur besseren Lesbarkeit ‚geglättet‘, um kurze Einwürfe der Interviewer („mhm“, „ja“) bereinigt und mit einem Identitätscode und Zeilenangaben beendet. Der Raum ist hier freilich zu begrenzt, um Sequenzanalysen durchführen und darstellen zu können.

Wille nicht groß genug. Was bis hierher als Binsenweisheit der ökonomischen Eigenständigkeit daherkommt, gibt sich nur bei genauerer Lektüre als etwas ganz anderes zu erkennen. Denn die objektive Situation auf dem Arbeitsmarkt spielt hier keine Rolle mehr: Arbeit zu finden wird *subjektiviert*.<sup>16</sup> Vergleichbare Aussagen finden wir in fast allen Interviews mit Arbeitsvermittlern.

Im Kontext des gesetzlichen Ziels Aktivierung bekommen die Gespräche eine latente aber doch deutlich rekonstruierbare Funktion: Die Arbeitsvermittler erarbeiten in den Gesprächen nach und nach eine rationale, teilweise empathische, meist pädagogisch inspirierte Kooperation mit den „Kunden“, die dazu dient, Arbeit, ein objektives gesellschaftliches Verhältnis, primär zu subjektivieren (was die Verantwortung für die Arbeitslosigkeit einschließt), den „Kunden“ zur Übernahme dieser Verantwortung und zu entsprechenden Gegenmaßnahmen zu aktivieren und daraufhin weit reichende Veränderungen der Leben der „Kunden“, möglichst im Konsens mit ihnen, durchzusetzen.

Herr Schadow aus einer ARGE in Sachsen-Anhalt berichtet exemplarisch, welche aktiven Veränderungen er von seinen „Kunden“ im Gespräch fordert: „Sie müssen mal die Sichtweise (. . .) in andere Richtungen lenken, nicht nur in Ihrem eigentlich erlernten Beruf, das ist zu speziell, auch mal nach rechts und links schauen, was man noch mit nutzen könnte. Was würden Sie sich denn zutrauen, wo Sie noch arbeiten können zum Beispiel.“ (9\_ARGE\_1, 1447–1456)

Herr Schadow fordert damit – ganz im Sinne des Gesetzes – seine „Kunden“ auf, ihre Berufsbiographie aufzugeben bzw. den neuen Bedingungen anzupassen.

Neben dieser biographischen Mobilität (und der offenkundigen, hier aus Platzgründen nicht erläuterten räumlichen Mobilität<sup>17</sup>)

<sup>16</sup> Zu Subjektivierung siehe: William Walters, *Unemployment and Government. Genealogies of the Social*, Cambridge 2000, S. 127.

<sup>17</sup> Vgl. Ariadne Sondermann/Wolfgang Ludwig-Mayerhofer/Olaf Behrend, „Willst du deine Freunde oder willst du Geld verdienen?“ Räumliche Mobilität in den Deutungen von Arbeitsvermittlern und Arbeitslosen, in: *Sozialer Fortschritt*, 56 (2007), S. 173–180.

fordern Arbeitsvermittler gemäß der Gesetzeslage von ihren „Kunden“ oft auch die Bereitschaft zur Abwärtsmobilität bezüglich des Einkommens, wie Frau Auerbach aus einer süddeutschen ARGE schildert:

„Oft habe ich das Gefühl, dass die Gehaltsforderungen des Arbeitgebers und die des Arbeitslosen nicht übereinstimmen. Hab ich sehr oft, dass ich an Rücklauf hab, wo drauf steht, ich habe dem Kunden so und soviel Euro pro Stunde geboten, der Kunde will aber für mich nur für zehn Euro die Stunde arbeiten, weil sonst reicht ihm das nicht, sonst kommt er nicht klar. Und da hat der Kunde ein Arbeitsangebot aus dem Grund abgelehnt. Das ist genau der gleiche Sanktionstatbestand, wie wenn er gar nicht hingeht, weil die Begründung: ‚ich verdiene zu wenig‘ zählt bei uns in der ARGE nicht. Weil man kann weiterhin Arbeitslosengeld zwei aufstockend bekommen, wenn der Bedarf nicht abgedeckt ist durch ein geringes Einkommen. Und jeder Kunde soll auf seinen Füßen stehen und wenn er nur zu hundert Euro auf seinen eigenen Füßen steht und wir den Rest bezahlen müssen. Aber er tut was und er kann beweisen, dass es ihm ernst ist.“ (1\_ARGE\_2, 1089–1103)

Hier ist nun, ebenfalls exemplarisch, der materielle Kern der Reformen abgreifbar, nämlich die Abschaffung der alten statuserhaltenden Arbeitslosenhilfe durch das ALG II, das politisch primär eine Sicherung des Lebensunterhaltes darstellt. Die Aktivierung beschränkt sich dabei nicht auf die Annahme des Arbeitsangebotes. Es geht zentral um die innere Haltung des „Kunden“, die maßgeblich dafür ist, sich das Angebot zu Eigen zu machen („ . . . und er kann beweisen, dass es ihm ernst ist“). Man muss sich vor Augen führen: Diese Fokussierung auf die Haltung geht nicht zwingend mit der Durchsetzung einer neuen Gesetzesnorm einher, da man die Einhaltung von Gesetzen allein anhand der konkreten *Handlungen* kontrollieren und ggf. Verstöße sanktionieren kann. Diese Fokussierung auf die Haltung entspricht nicht mehr der althergebrachten Durchsetzung eines Gesetzes, gemäß der Verstöße sanktioniert wurden. Diese Neuerung macht im Kern die Aktivierung der Bürger gemäß der neuen Sozialgesetzgebung aus. Rechtssoziologisch kann man diesen massiven Wandel dahingehend charakterisieren, dass an Stelle der

Definition von Grenzen positive Normbestimmungen der richtigen Haltung und Handlung der Bürger getreten sind. Die Überprüfung der richtigen Haltung der „Kunden“ gegenüber Arbeit erfolgt dann vor allem anhand von Maßnahmen.

## Maßnahmen

Grundsätzlich kann jede Maßnahme ein Instrument zur Aktivierung sein, wie an folgender Passage deutlich wird. Frau Exter legt dar, wie sie mit einem „Kunden“ umgeht, der eine – vermeintlich – begehrte Trainingsmaßnahme kritisiert:

„Ich habe hier einen Kraftfahrer, Führerscheinklasse zwei, da denke ich immer: ‚wenn die fahren wollen, können die fahren‘, und, angeblich ganz motiviert, hat sich beworben, hat Kontakte zum Arbeitgeber gehabt, und der sollte eine Trainingsmaßnahme machen und wäre danach eingestellt worden, und dann hat er dem Arbeitgeber gesagt: ‚er wäre doch nicht bescheuert und würde doch nicht zwei Wochen lang für nichts arbeiten‘, tja, was ist davon dann halt zu halten? Da fragt man sich dann: ‚hat er das nicht nötig? Oder warum macht er das nicht? Ist der überhaupt daran interessiert, eine Arbeit aufzunehmen?‘ (2006\_4\_ARGE\_12, 1181–1193)

In dieser Passage bringt Frau Exner ihr Unverständnis darüber zum Ausdruck, dass einer nicht einsichtig und bereit ist, eine Trainingsmaßnahme anzutreten, ihres Erachtens die größtmögliche Chance für ihn, „nach drei Jahren in Arbeit zu kommen“. Sein Einwand, der ja nicht per se absurd ist, scheint ihr offenbar unbotmäßig zu sein. Entscheidend ist dann die Frage nach seinem Willen („Ist der überhaupt daran interessiert, eine Arbeit aufzunehmen?“). Wie beantwortet Frau Exner sich diese Frage?

„Fazit: als Nächstes bekommt der jetzt eine Gemeinwohlarbeit zugewiesen, denn also eine größere Chance nach drei Jahren in Arbeit zu kommen kann ich eigentlich nicht kriegen, als eine Trainingsmaßnahme machen zu können, gut, wenn ich dann vierzehn Tage nicht bezahlt werde, aber ich kriege Arbeitslosengeld zwei weiter, ich kriege die Sozialkosten, hab’ eigentlich schon fast einen Arbeitsplatz in der Tasche . . .“ (1193–1002)

Er bekommt eine Arbeitsgelegenheit als Chance, seine Motiviertheit zu beweisen. Dieser Einsatz eines „Ein-Euro-Jobs“ als aktivierendes Instrument ist weit verbreitet und – neben dem Einsatz als Belohnung für „unfähige Willige“ – die zentrale Verwendung dieses Instrumentes.

An diesem Beispiel wird der die „Kunden“ bedrängende Charakter des Aktivierens und damit der neuen Arbeitsmarktpolitik erkennbar: Entscheidungen von Arbeitslosen werden nicht einfach mehr als Handlungen von autonomen Bürgern hingenommen, die, wenn sie gegen Gesetze verstoßen, sanktioniert werden (im vorliegenden Fall: Verweigerung der Aufnahme einer Arbeit bzw. einer Maßnahme als Äquivalent). *Darum* geht es heute nicht mehr: Es geht vielmehr um Einsicht und Kooperation. Damit einher geht eine Revision des alten Modells der Realisierung von Solidarität. Gewährte der moderne demokratische Volkssouverän seinen Angehörigen bisher die abstrakte Solidarität bedingungslos, weil sie als politische Reziprozität begründet war, so scheint dies nun nicht mehr der Fall zu sein.

## Postpolitische Reziprozität

Frau Noack, eine junge Arbeitsvermittlerin aus Ostdeutschland, erläutert das Prinzip der Aktivierung von *allen*, also auch von denjenigen, wo gar nichts geht, die können wir dann in diese gemeinnützige Tätigkeit stecken, die bekommen Leistung vom Staat und leisten zusätzlich ein bisschen was, für den Staat, ich bin der Meinung, dass jeder arbeiten kann und in seinem Restleistungsvermögen zumindest, egal wie’s nun ausgestattet ist, immer noch wenigstens einen Teil Arbeit leistet für den Staat (. . .) also ich finde, jeder sollte was für den Staat leisten wenn er auch vom Staat Geld bekommt . . .“ (7\_ARGE\_3, Z. 974–987).

In ihrer Rede bringt sie zum Ausdruck, dass der Staat für sie kein politisches Gebilde mehr, nicht mehr ein Organ des Volkssouveräns ist. Er ist vielmehr eine formale Organisation, die Tauschhandlungen organisiert, in denen Leute gemäß ihres „Restarbeitsvermögens“ für die Organisation „Staat“ arbeiten. Frau Noack, eine idealtypische Vertreterin dieser neuen Reziprozität, kann sich mit diesem Denken die reformierte Gesetzeslage an-

eigenen. Diese Denkweise wird von der Mehrheit der befragten Arbeitsvermittler innerlich geteilt. Es löst die politische Verbindung von Bürger, Volkssouverän und Herrschaftsinstitution, die ja nur solange als politische existiert, wie sie von den Bürgerinnen und Bürgern geteilt wird, in die einfachere und effizientere ökonomische Reziprozität des Tausches mit „Kunden“, in unserem Falle Zwangskunden, auf.

Im Gegensatz dazu halten sozialstaatskonservative bzw. paternalistisch denkende Arbeitsvermittler am alten politischen Modell fest.<sup>18</sup> So etwa Frau Pellar aus dem Südwesten, an deren Rede deutlich wird, dass sie sich das Prinzip des Subjektivierens nicht zu Eigen gemacht hat und entsprechend an der Arbeitsmarktlage als objektiver Tatsache festhält:

„Langzeitarbeitslose härteres Regiment? Greift man 'nem nackigen Mann in den Sack. Der Mensch selbst, es gibt, da ist eine Quote die sind selbst Schuld dran. Aber es sind sehr viele, das liegt ganz einfach am Markt, ja? Jetzt, was soll ich denn da für ein härteres Regiment führen, wenn die Leut' nichts finden? Was soll ich denn da machen, soll ich sie erschießen?“ (8\_ARGE\_2, 2187–2195)

Vergleichbare Positionen, mit denen Arbeitsvermittler letztlich habituell an der politischen Autonomieprämisse des bürgerlichen Subjekts auch im Kontext der reformierten Sozialverwaltungen festzuhalten suchen, sind empirischen Erhebungen zufolge deutlich in der Minderzahl.

## Fazit

Arbeitsvermittler strukturieren mit ihren Denkweisen und Deutungsmustern die erwähnten Handlungsspielräume und setzen auf diese Weise Gesetze um. Aus soziologischer Sicht ist wichtig, dass ohne die innere Aneignung von Subjektivierung und Aktivierung auf der Grundlage des Denkens neuer nachsolidarischer Reziprozitäten die Umset-

<sup>18</sup> Zu den erwähnten Deutungsmustern siehe ausführlicher: Olaf Behrend/Wolfgang Ludwig-Mayerhofer, Sisyphos motivieren, oder: Der Umgang von Arbeitsvermittlern mit Chancenlosigkeit, in: Zeitschrift für Sozialreform, 54 (2008) 1, S. 37–55.

zung der Reformen wohl schleppender verlaufen wäre. Insofern sollte auch klar geworden sein, dass die Arbeitsvermittler, welche die neue Reziprozität teilen, hier keineswegs kritisiert werden. Hier spiegelt sich nur wider, welche Veränderungen hinsichtlich der Vorstellungen von Solidarität gesellschaftlich im Gange sind.

Die zentrale Differenz zu den alten paternalistischen oder sozialstaatskonservativen Denkweisen und Deutungsmustern (und der zugehörigen alten sozialen Kontrolle) besteht darin, dass die normative Kontrolle und Integration früher auf der negativen Bestimmung von Grenzen (Gesetzen) fußte, innerhalb derer man tun konnte, was man wollte. Wer die Gesetze brach, wurde sanktioniert. Die neue soziale Kontrolle funktioniert hingegen über die positiv affirmative Bestimmung richtigen Handelns und, wohl noch wichtiger, über die Kontrolle der richtigen *Haltung*. Das kann man als *Remoralisierung des Öffentlichen* bezeichnen und in diesen allgemeineren gesellschaftlichen Trend einordnen.

Was bedeutet dies für Menschen, die arbeitslos sind bzw. werden? Aktivieren als soziale Kontrolle zielt heute primär direkt auf die Einstellungen und Haltungen. Arbeitslose, die mit einer solchen, nach alten Begriffen der Autonomie des Subjekts, offenkundig übergriffigen Adressierung keine Probleme haben und den Zwang zum ökonomischen Abstieg hinnehmen, können – je nach Arbeitsmarktlage – von der Aktivierung zur Eigenaktivität durchaus profitieren: Sie werden bei der „normativ richtigen“ Arbeitssuche unterstützt. Anders jene arbeitslosen Bürger, die an ihrer Berufsbiographie festhalten wollen oder die beschriebene Form der Übergriffigkeit registrieren und diese – kaum strategisch denkend – skandalisierend zum Gegenstand ihrer Gespräche machen. Sie laufen Gefahr, in das Visier der Arbeitsvermittler (was natürlich stark vom Denken des einzelnen Arbeitsvermittlers abhängt) zu geraten. Sie bekommen dann als Abweichler vom Ziel einer a priori normativ konsensuellen Aktivierung zusätzliche Probleme, da gerade bei ihnen die Haltung und nicht die Vermittlung in Arbeit in den Fokus des Arbeitsvermittlers gerät.

Michael Frese

# Arbeitslosigkeit: Was wir aus psychologischer Perspektive wissen und was wir tun können

Essay

Arbeitslos zu werden, ist für die meisten Menschen eine der einschneidendsten negativen Erfahrungen mit einer Vielzahl von

## Michael Frese

Dr. phil.; Professor an der Universität Gießen, Fachgebiet Arbeits- und Organisationspsychologie, Ludwigstraße 23, 35390 Gießen.  
www.frese.org

Folgen für das subjektive Wohlbefinden. In der Arbeits- und Organisationspsychologie wurde dieses Phänomen intensiv untersucht; wir kennen die Folgen von Arbeitslosigkeit vergleichsweise genau.<sup>1</sup> Dessen ungeachtet sind die psychischen Kosten der Arbeitslosigkeit in der Politik kein Thema; die Arbeitsmarktpolitik nimmt die psychologischen Methoden zur Dämpfung der Folgen der Arbeitslosigkeit kaum zur Kenntnis.

Dies ist umso befremdlicher, als Arbeitslosigkeit aufgrund der erhöhten Elastizität der Arbeit im Zuge der Globalisierung mit zunehmender Häufigkeit immer größere Teile der Gesellschaft treffen wird. Die meisten jungen Menschen müssen sich heute darauf einstellen, irgendwann in ihrem Leben einmal oder mehrere Male arbeitslos zu werden.

## Effekte der Arbeitslosigkeit

Warum wirkt sich Arbeitslosigkeit so negativ aus? Die Arbeit hat viele Funktionen für den

Menschen. Sie verleiht der Zeit – dem Tag, der Woche, den Monaten und Jahren – eine klare Struktur, lässt Menschen sinnvoll am gesellschaftlichen Leben teilnehmen und erlaubt es ihnen, produktive Bedürfnisse zu befriedigen. Die Arbeit vermittelt berufliche wie außerberufliche Perspektiven, auch soziale Kontakte; durch Arbeit gelangen die Menschen in den Besitz finanzieller Mittel, um ihr Leben zu gestalten. Mit dem Verlust des Arbeitsplatzes fällt nicht nur all dies weg, sondern es kommen auch noch andere negative Aspekte hinzu: die frustrierende Suche nach einer Arbeitsstelle, die schwierigen Gespräche mit dem Partner oder der Partnerin und vor allem mit den Kindern, denen man den Schulausflug nicht mehr finanzieren oder das gewünschte Geschenk nicht mehr kaufen kann; der Verlust sozialer Kontakte, der auch dann auftreten kann, wenn die ehemaligen Arbeitskollegen alles tun, um die betroffene Person aufzufangen. Arbeitslosigkeit ist also ein einschneidendes negatives Erlebnis, und es ist kein Wunder, dass sie Depressionen und psychosomatische Beschwerden verursacht.

Aber es lässt sich auch Positives berichten. Ein wichtiges, durch Längsschnittuntersuchungen eindeutig belegtes Forschungsergebnis lautet: Die negativen Effekte der Arbeitslosigkeit verschwinden (zumindest weitgehend), sobald eine neue – gesellschaftlich anerkannte – Arbeit gefunden ist. Arbeit, mit der keine wirkliche oder dauerhafte Teilhabe an den positiven Aspekten von Arbeit einhergeht (wie das etwa bei ABM-Stellen der Fall ist), hat tendenziell dieselben negativen Auswirkungen wie Arbeitslosigkeit; zumindest stellen sich diese nach Auslaufen entsprechender Maßnahmen rasch wieder ein.

Worin bestehen die Folgen der Arbeitslosigkeit? Die Forschungslage ist eindeutig: Langanhaltende Arbeitslosigkeit führt zu Depressionen, zu psychosomatischen Beschwerden, zu Störungen des Wohlbefindens; sie hat insgesamt negativen Einfluss auf die Psyche. An Depressionen zu leiden, bedeutet von erhöhter Niedergeschlagenheit befallen zu sein; nicht selten steigen die Depressionen bei vorher unauffälligen Individuen sogar so stark

<sup>1</sup> Die wissenschaftlichen Literaturhinweise zu diesem Text können unter [www.frese.org](http://www.frese.org) heruntergeladen werden. *Anmerkung der Redaktion:* Siehe auch den Beitrag von Gisela Mohr/Peter Richter in dieser Ausgabe.

an, dass diese psychiatrisch auffällig werden; oft werden sie sogar so groß, dass die Betroffenen an Selbstmord denken. Niedergeschlagenheit äußert sich in langsameren Bewegungen, langsamerer Gehgeschwindigkeit, verringertem Interesse am Leben usw. Die psychosomatischen Beschwerden schlagen sich häufig in Schmerzen (Kopfschmerzen, Rückenschmerzen oder andere Schmerzsyndrome), aber auch in der erhöhten Wahrscheinlichkeit, einen Herzinfarkt oder Schlaganfall zu erleiden, nieder. Es ist auch erwiesen, dass das Immunsystem des Menschen in Stresssituationen leidet, womit eine erhöhte Anfälligkeit für alle möglichen Infektionen verbunden ist. Arbeitslosigkeit verringert zudem die mit dem Wohlbefinden in Arbeit einhergehende längere Lebenserwartung, und sie führt dazu, dass sich negative Gewohnheiten, wie beispielsweise ein erhöhter Alkoholkonsum oder Tablettengebrauch, verstärken. Und wenn es in der Ehe eines Arbeitslosen ohnehin schon kriselte, ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass sich die Krise in der Zeit der Arbeitslosigkeit verstärken, die Ehe zu Bruch gehen wird.

Arbeitslosigkeit führt allerdings nicht unweigerlich zu den beschriebenen negativen Effekten. Diese treten dann nicht ein, wenn Menschen davon ausgehen (können), dass sie bald wieder eine Arbeitsstelle finden werden. Auch sind die negativen Effekte in den ersten Monaten der Arbeitslosigkeit oft eher gering. Mitunter kommt es sogar zu paradoxen Effekten. So erleben manche Menschen die ersten Woche der Arbeitslosigkeit geradezu als Urlaub. Erst mit der Zunahme der Dauer der Arbeitslosigkeit kommt es zu den beschriebenen psychisch verheerenden Folgen. Bei Langzeitarbeitslosigkeit verdoppeln sich die negativen Effekte.

Die negativen Effekte der Arbeitslosigkeit verringern sich auch dann, wenn ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. Eine paradoxe Folge dürfte in diesem Zusammenhang sein, dass etwa Arbeitslose, die gesetzswidrig in der Schattenwirtschaft (Schwarzarbeit) „anheuern“, wohl durchschnittlich gesünder sind als diejenigen, die sich gesetzestreu verhalten. Das gilt auch für jene, die unbezahlte Tätigkeiten übernehmen, etwa ehrenamtliche Tätigkeiten wie die Arbeit in Vereinen oder in einer Arbeitsloseninitiative. Je mehr arbeitsähnliche Aufgaben

übernommen werden, desto geringer dürften die negativen Effekte des Verlustes des Arbeitsplatzes sein. Auch Menschen, denen es leicht fällt, eine andere gesellschaftlich wichtige Rolle einzunehmen, sei es weil diese in ihrer Umgebung geschätzt wird oder weil die Person eine solche Rolle als positiv empfindet, leiden weniger: Das gilt beispielsweise für Frauen, die gerne wieder als Hausfrau und Mutter agieren. Für Frauen, die diese Rolle nicht einnehmen können, etwa Alleinstehende mit Kindern, oder wollen, trifft dies nicht zu. Natürlich gilt auch, dass heute mehr Frauen eine Arbeitsstelle wünschen und sich nicht als Hausfrau definieren lassen wollen.

Ein andere paradoxe Wirkung der Arbeitslosigkeit besteht darin, dass gerade diejenigen, die besonders motiviert sind, wieder eine Arbeitsstelle zu finden, für die die Arbeit einen zentralen Stellenwert hat, am stärksten unter der Arbeitslosigkeit leiden. Das ist zunächst einmal nicht überraschend, denn was man sehr schätzt, fehlt einem auch mehr, wenn es nicht zur Verfügung steht. Es ist aber insofern ein paradoxes Resultat, als die Gesellschaft von Arbeitslosen verlangt, motiviert nach einer Arbeit zu suchen. Diejenigen, die sich an diese „gesellschaftliche Vorschrift“ halten, leiden besonders stark.

Problematisch ist, dass das Interesse an einer Arbeitsstelle mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit abnimmt – die zentrale Bedeutung Arbeit reduziert sich (notgedrungen). Dies ist nur einer der vielen Gründe dafür, der Langzeitarbeitslosigkeit entgegenzuwirken.

Je weniger Geld Arbeitslosen zur Verfügung steht und je belastender sich dieser Mangel auswirkt, desto negativer sind die Wirkungen der Arbeitslosigkeit. Auch hier gibt es wieder einen paradoxen Effekt: Einerseits führen finanzielle Probleme dazu, dass aktiver nach einer Arbeit gesucht wird. Andererseits sind diejenigen, die unter finanziellen Problemen leiden, psychisch oft besonders gefährdet. Die finanzielle Situation ist vielfach auch als vermittelndes Glied zu Depressivität und zu psychosomatischen Beschwerden genannt worden. Der Mangel an Geld führt also einerseits zu erhöhter Aktivität bei der Suche nach einer Arbeitsstelle, andererseits tragen finanzielle Probleme zu den oben beschriebenen negativen Effekten auf das Wohlbefinden bei. In diesem Zusammenhang

ist es wichtig, den Zeitrahmen zu betrachten: Kurzfristig erhöht Geldmangel die Motivation, eine Stelle zu suchen; langfristig tragen finanzielle Probleme allerdings dazu bei, dass sich die negativen Effekte der Arbeitslosigkeit erhöhen. Die psychologischen Forschungsergebnisse legen folglich eine Änderung der Konfiguration des bestehenden Systems der Unterstützung von Arbeitslosen nahe: Unmittelbar nach dem Verlust der Arbeitsstelle erhalten Arbeitslose in der Regel eine relativ hohe Arbeitslosenunterstützung; mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit wird das Einkommen im Rahmen der Hartz-IV-Gesetzgebung finanziell abgesenkt. Aus psychologischer Sicht wäre möglicherweise das Gegenteil vorzuschlagen. (Hier ist es allerdings notwendig, Alternativmodelle auch sorgfältig empirisch zu überprüfen.) Die vergleichsweise hohe finanzielle Unterstützung, die Arbeitslose in Staaten wie Deutschland erhalten, führt nur marginal zu geringeren psychischen Beschwerden, wenn man dies mit Staaten vergleicht (wie den USA), die den Arbeitslosen nur eine geringere finanzielle Unterstützung gewähren.

Ein weiteres Paradoxon der Arbeitslosigkeit besteht in der Frage der Hoffnung. Es hat zwar einen positiven Effekt auf die psychische Gesundheit, wenn Arbeitslose hoffen, schnell wieder eine Arbeit zu finden. Dieser verkehrt sich aber in das genaue Gegenteil, wenn die Arbeitslosigkeit dann doch länger anhält als erwartet. Arbeitslose, die Hoffnungen auf eine Wiedereinstellung haben, werden durch die sich wiederholende Ablehnung ihrer Bewerbungen noch mehr geschädigt als jene, die von vornherein eher geringe Hoffnungen auf eine Wiederanstellung haben. Dies ist insofern wichtig, als die meisten Menschen dazu tendieren, Arbeitslosen „Mut zu machen“, indem sie ihnen etwa sagen: „Das wird schon wieder. Du findest doch sicher einen Job mit deinen Qualifikationen.“ Dies kann sich kontraproduktiv auswirken, wenn dann doch keine Arbeit gefunden wird.

## Implikationen für die Politik

Erstens: Eine dringliche Aufgabe der Politik besteht darin, die Langzeitarbeitslosigkeit zu verringern. Dies ist in Deutschland, das im Vergleich zu manchen Nachbarländern einen höheren Sockel an Langzeitarbeitslosen vor

sich herschiebt, ein besonderes Problem. Hier ist mit allen gesellschaftlich akzeptablen Mitteln zu versuchen, die Dauer der Arbeitslosigkeit zu verringern, weil gerade durch lange Arbeitslosigkeit negative Effekte entstehen.

Zweitens: Bei den Kosten der Arbeitslosigkeit ist mit zu bedenken, welche Kostenteile durch die negativen gesundheitlichen Effekte der Arbeitslosigkeit entstehen. Hinzuzufügen ist, dass sich durch die Arbeitslosigkeit die Lebenserwartung der Arbeitslosen verringern kann.

Drittens: Alternative Rollen, die Arbeitslose einnehmen können, haben positive Effekte. Deshalb ist es sinnvoll, entsprechende Unterstützung zu gewähren. In diesem Zusammenhang ist es besonders beschämend, dass manchen Menschen die Möglichkeit der Arbeit und sogar die Möglichkeit ehrenamtlicher Tätigkeit versagt bleibt, etwa Asylsuchenden. Diesen Menschen, die bereits aufgrund der teils schrecklichen Erlebnisse in ihrem Heimatland und der oft belastenden Reise nach Europa traumatisiert sind, sollte nicht noch zusätzlich Schaden zugefügt werden, indem ihnen per Gesetz jede Form der Arbeit verwehrt wird. Hinzu kommt, dass das Arbeitsverbot auch zu einer Erhöhung der gesellschaftlichen Kosten für die Asylbewerber führt, die oft sehr stark motiviert sind, eine Arbeit zu finden.

Viertens: Jede alternativ zu einer Arbeit im ersten Arbeitsmarkt übernommene Arbeit, einschließlich der Schwarzarbeit, erfüllt eine psychohygienisch positive Funktion. Andererseits muss natürlich sichergestellt werden, dass Arbeitslose motiviert werden, eine Arbeitsstelle im ersten Arbeitsmarkt zu übernehmen.

Fünftens: Da negative Effekte der Langzeitarbeitslosigkeit bei finanziellen Problemen verstärkt werden, ist zu überlegen, die Arbeitslosen selbst darüber entscheiden zu lassen, ob sie zu Beginn ihrer Arbeitslosigkeit eine geringere Arbeitslosenunterstützung zugunsten einer später – bei länger anhaltender Arbeitslosigkeit – erhöhten Unterstützung wählen möchten.

Sowohl für die Arbeitslosen als auch für die Gesellschaft ist es in der Regel sinnvoll, Menschen wieder in Arbeit zu bringen. Deshalb sollte der Druck, dies durch Maßnahmen des „Förderns und Forderns“ zu realisieren,



aufrecht erhalten bleiben. Die Betroffenen benötigen dabei allerdings die entsprechende psychologische Unterstützung.

## Psychologische Unterstützung

Abschließend soll die Frage beantwortet werden, ob psychologisches Training eine positive Rolle spielen kann. Psychologisch ausgereifte Trainings haben zweifellos einen positiven Effekt. Die Effektivität entsprechender Maßnahmen ist dann gut, wenn sie die Selbstwirksamkeit der Teilnehmer erhöhen, wenn diese also die notwendigen Handlungen selbst gut durchführen können. Es besteht kein Zweifel daran, dass die aktive Suche nach einer neuen Arbeitsstelle für die Betroffenen von Vorteil ist, weshalb es sinnvoll ist, Arbeitslose dabei gezielt zu unterstützen. Häufig wirkt sich die Arbeitslosigkeit lähmend auf die Betroffenen aus. Diejenigen aber, die es fertig bringen, eigeninitiativ nach einer neuen Arbeitsstelle zu suchen, werden leichter eine Arbeit finden. Es ist zwar wissenschaftlich nicht bewiesen, aber gut vorstellbar, dass eine kontinuierliche Unterstützung im Sinne eines Coaching Arbeitslosen dabei helfen könnte. Psychologische Maßnahme sollten zugleich damit verbunden werden, die Qualifikation Arbeitssuchender zu erhöhen, um deren Chancen, eine Arbeit zu finden, zu verbessern. Allerdings ist davor zu warnen, dem Arbeitsmarkt mit entsprechenden Maßnahmen hinterherzuhinken. Es sollte vielmehr darum gehen, Arbeitslosen zukunftssträchtige Qualifikationsmaßnahmen für neue Berufe anzubieten.

In der öffentlichen Meinung haben psychologische Trainings keinen guten Ruf. Tatsächlich gibt es gute und schlechte Trainings. Daher sollte nur einem gut evaluierten Trainingsprogramm finanzielle Unterstützung gewährt werden. Ganz auf effektive psychologische Trainingsprogramme und Coachings zu verzichten, bedeutet jedoch, die Anzahl der Arbeitslosen zu erhöhen und deren Leiden zu verschlimmern.

Insgesamt haben psychologische Untersuchungen die empirische Evidenz für einen besseren Umgang mit der Arbeitslosigkeit und für ein verbessertes Verständnis von Arbeitslosigkeit geschaffen. Es ist Zeit, diese Erkenntnis auch politisch umzusetzen.

Gisela Mohr · Peter Richter

# Psychosoziale Folgen von Erwerbslosigkeit – Interventionsmöglichkeiten

Im Mai 2008 waren laut offizieller Statistik 3 413 921 Personen in der Bundesrepublik Deutschland erwerbslos. Der Direktor des

Forschungsinstitutes der Bundesagentur für Arbeit weist darauf hin, dass sich diese Zahl auf fünf Millionen erhöht, wenn man jene Menschen mit berücksichtigt, die gern arbeiten würden, aber nicht als arbeitsuchend gemeldet sind. Die Hälfte aller registrierten Erwerbslosen sind Langzeiterwerbslose, das heißt, sie sind seit mindestens einem Jahr erwerbslos. Damit liegt die Bundesrepublik an der Spitze der Alt-EU-Länder.

### Gisela Mohr

Prof. Dr. rer. nat. habil., geb. 1950; Universität Leipzig, Institut für Psychologie II; Arbeits- und Organisationspsychologie, Seeburgstr. 14 – 20, 04103 Leipzig. mohr@uni-leipzig.de

### Peter Richter

Prof. em. Dr. rer. nat. habil., geb. 1943; Technische Universität Dresden, Fachrichtung Psychologie, Arbeits- und Organisationspsychologie, Zellescher Weg 19, 01062 Dresden. richter@psychologie.tu-dresden.de

Im öffentlichen Sprachgebrauch ist der Begriff Arbeitslosigkeit etabliert. Richtig ist es jedoch, von Erwerbslosigkeit zu sprechen. Es existieren weitere Formen unbezahlter Arbeit wie Eigenarbeit, Familienarbeit und ehrenamtliche Tätigkeit, deren Ausbau als Lösungsansatz der gegenwärtigen Erwerbslosigkeit diskutiert wird.

## Auswirkungen der Erwerbslosigkeit: Gesicherte Befunde

Inzwischen liegt eine Vielzahl von Längsschnittstudien und Metaanalysen vor. Letztere geben einen Überblick über zahlreiche Einzeluntersuchungen.<sup>1</sup> Damit kann die grundsätzliche Frage, ob Erwerbslose aufgrund ihrer psychischen Labilität erwerbslos werden und bleiben (Selektionsthese) oder die psychische Labilität der Erwerbslosen eine Folge der Erwerbslosigkeit ist (Verursachungsthese), inzwischen folgendermaßen beantwortet werden: Es lassen sich sowohl Selektions- als auch Verursachungseffekte feststellen. Es kann also belegt werden, dass Erwerbslosigkeit eine Verschlechterung des Befindens bewirkt, dass aber bei einigen Menschen eine bereits vorhandene psychische Labilität die Erwerbslosigkeit begünstigt. Zentral ist dabei folgende Aussage auf der Grundlage von Daten aus insgesamt 223 Studien aus unterschiedlichen westlichen Ländern: Der Verursachungseffekt ist deutlich stärker ausgeprägt als der Selektionseffekt. Unter den Erwerbslosen ist der Anteil psychisch beeinträchtigter Personen doppelt so hoch wie in der Gruppe der Erwerbstätigen. Depressivität, Angstsymptome, psychosomatische Beschwerden und die Auswirkungen auf das Selbstwertgefühl sind als psychische Folgen der Erwerbslosigkeit nachgewiesen. Im Gesundheitsreport einer deutschen Krankenversicherung wird auf der Grundlage der Daten von 2,4 Millionen Versicherten festgestellt, dass die Behandlungsquote mit Antidepressiva bei Erwerbslosen um 77 Prozent höher liegt als bei Erwerbstätigen.

Als zwei zentrale Bedingungen zur Erklärung von Unterschieden im Erleben und Bewältigen der Erwerbslosigkeit haben sich die Dauer der Erwerbslosigkeit und die finanzielle Lage erwiesen.

<sup>1</sup> Vgl. Frances McKee-Ryan/Zhadi Song/Connie Wanberg/Angelo Kinicki, Psychological and physical well-being during unemployment: A meta-analytic study, in: *Journal of Applied Psychology*, 90 (2005) S. 53–76; Gregory Murphy/James Athanasou, The effect of unemployment on mental health, in: *Journal of Occupational and Organizational Psychology*, 72 (1999) S. 83–99; Karsten Paul/Anke Hassell/Klaus Moser, Die Auswirkung von Arbeitslosigkeit auf die psychische Gesundheit, in: Alfons Holleder/Helmut Brand (Hrsg.), *Arbeitslosigkeit, Gesundheit und Krankheit*, Bern 2006.

Negative physiologische Stressreaktionen treten bereits in der Phase der Arbeitsplatzunsicherheit auf, und zwar auch für jene, die nach einem Prozess des Personalabbaus zu den weiterhin Beschäftigten gehören (so genannte „survivors“).

Auch Kinder erwerbsloser Eltern haben ein höheres Risiko, selbst erwerbslos zu werden.<sup>2</sup> Erwerbslosigkeit im frühen Erwachsenenalter hat nachhaltigen negativen Einfluss auf die Gesundheit im späteren Erwachsenenalter.<sup>3</sup>

Bei Wiederbeschäftigung gehen die psychischen Beeinträchtigungen deutlich zurück. Ausgenommen sind jene Personen, die in so genannten „bad jobs“ landen. Damit sind einfache Tätigkeiten in gering bezahlten ungesicherten Beschäftigungsverhältnissen gemeint, meist mit einem geringen Arbeitszeitvolumen („underemployment“).

## Auswirkungen der Erwerbslosigkeit: Unerwartete, widersprüchliche oder wenig abgesicherte Befunde

Einige immer wieder vermutete, aber durch die Forschung bisher nicht bestätigte, wenig untersuchte oder widersprüchliche Befunde zeigt die nachfolgende Tabelle.

**Tabelle 1: Auswirkungen der Erwerbslosigkeit – unerwartet, widersprüchlich, wenig abgesichert**

*Politische Radikalisierung, Fremdenfeindlichkeit und Kriminalität (wenig abgesichert):*

- politische Radikalisierung (in beide Richtungen) bei arbeitslosen Jugendlichen in Abhängigkeit vom politischen Umfeld, eigenständiger Einfluss der Erwerbslosigkeit nicht abgesichert;
- Begünstigung einer Radikalisierung durch sozio-emotionale Defizite im Elternhaus;

<sup>2</sup> Vgl. Sara Ström, Unemployment and families. A review of research, in: *Social Service Review*, 77 (2003) 3, S. 399–430.

<sup>3</sup> Vgl. Anne Hammarström/Urban Janlert, Early unemployment can contribute to adult health problems: Results from a longitudinal study of school leavers, in: *Journal of Epidemiology and Community Health*, 56 (2002) 8, S. 624–630.

- Fremdenfeindlichkeit nicht durch Erwerbslosigkeit allein erklärbar.

*Auswirkungen auf die Familie (wenig abgesichert und widersprüchlich):*

- negativer Einfluss der Arbeitsplatzunsicherheit von Vätern auf schulische Entwicklung und Werthaltung der Kinder, ggf. positive Wirkung, da mehr Zeit für Zuwendung vorhanden ist;
- verminderte Arbeitsidentifikation und Leistungsmotivation der Kinder erwerbsloser Eltern.

*Suizid (unerwartet):*

- statistische Zusammenhänge in Deutschland nicht zu sichern, soziale Isolation und/oder emotionale Labilität als Zusatzbedingungen.

*Alkoholmissbrauch (wenig abgesichert):*

- verstärktes Auftreten von Alkoholerkrankungen bei Arbeitslosen (Verursachungseffekt);
- Anstieg des Alkoholkonsums mit der Dauer der Arbeitslosigkeit (Intensivierungseffekt);
- Umsteigen auf andere (preiswertere) Drogen (evtl. nur in nördlichen Ländern?) (Expansionseffekt);
- erhöhtes Rückfall-Risiko nach Entzug bei Arbeitslosen.

*Somatische Erkrankungen (widersprüchlich und wenig abgesichert):*

- somatische Störungen: widersprüchliche Befunde, Erholungseffekte nicht ausgeschlossen, vermutlich abhängig von früherer Tätigkeit;
- erhöhtes kardiovaskuläres Risiko in Meta-Analysen nicht zu sichern.

*Geschlechterunterschiede (wenig abgesichert und widersprüchlich):*

- positive „Alternativrolle Hausfrau“ für Frauen nicht bestätigt (bisher geringe Datenbasis);
- Geschlechterunterschiede vermutlich meist konfundiert mit Merkmalen der vorherigen Erwerbsarbeit, Qualifikationsniveau sowie der Dauer der Erwerbslosigkeit, etwa im Hinblick auf das Arbeitssuchverhalten (mehr Arbeitssuchverhalten und Optimismus bei Männern, diese jedoch höher qualifiziert und kürzer erwerbslos).

*Zeitgestaltung (wenig abgesichert):*

- positives Erleben der freien Zeit nur bei absehbarer befristeten und kurzfristigen

Erwerbslosigkeit; Aktivitäten wirken nicht per se positiv auf die Gesundheit, müssen als nützlich erlebt werden („purposeful use of time“).

*Arbeitsorientierung (unerwartet):*

- eine mittlere Arbeitsorientierung ist positiver (für die psychische Befindlichkeit und die Wiedervermittlungschancen) als eine hohe.

## Bedingungen für die Bewältigung der Erwerbslosigkeit

Um Interventionsprogramme zu gestalten, ist es hilfreich festzustellen, welche Bedingungen positiv, welche negativ für die Bewältigung der Erwerbslosigkeit sind. *Tabelle 2* enthält dazu die wesentlichen Forschungsergebnisse.

**Tabelle 2: Einflussfaktoren auf die Bewältigung der Erwerbslosigkeit**

*Dauer der Erwerbslosigkeit:*

- Zunahme von Gesundheitseinschränkungen, je länger die Erwerbslosigkeit dauert;
- nach mehr als 12 Monaten bei Älteren Rückzugs- und Distanzierungsprozesse.

*Finanzielle Lage:*

- schlechte finanzielle Lage geht mit eingeschränkter Gesundheit einher;
- geringe Mittel für Freizeitaktivitäten verschlechtern das Selbstwertgefühl;
- widersprüchliche Zusammenhänge zwischen finanzieller Lage und Suchaktivitäten.

*Soziale Unterstützung:*

- emotionale Unterstützung stabilisiert Selbstwert, fördert Arbeitssuchverhalten;
- Unterstützung durch andere Erwerbslose wird als hilfreicher erlebt als die von Familie und Freunden;
- fehlende soziale Unterstützung wirkt bei Frauen negativer als bei Männern;
- unterstützende soziale Netzwerke werden mit Dauer der Erwerbslosigkeit kleiner.

*Diskriminierung:*

- der Anteil der Personen, der im sozialen Umfeld die eigene Erwerbslosigkeit

nicht bekannt werden lassen möchte, hat zwischen 1986 und 2003 deutlich von 13 Prozent auf 25 Prozent zugenommen;<sup>4</sup>

- 49,3 Prozent der Teilnehmer an einer aktuellen bundesdeutschen repräsentativen Befragung stimmten dem Vorurteil zu, dass Langzeiterwerbslose nicht wirklich daran interessiert seien, eine Arbeit aufzunehmen;<sup>5</sup>
- ein hohes Maß an Scham in Verbindung mit einer schlechten ökonomischen Lage geht mit eingeschränkter Gesundheit einher (Studie mit Jugendlichen).

*Vorherige Arbeitssituation:*

- Anforderungsreichtum der vorangegangenen Tätigkeit (Ganzheitlichkeit, Tätigkeitsspielräume, soziale Kooperation) begünstigt Lernaktivitäten während der Erwerbslosigkeit und unterstützt den Wiedereinstieg;
- gesundheitliche Beeinträchtigungen bei gering Qualifizierten stärker ausgeprägt als bei höher Qualifizierten.

## Förderliche und hinderliche psychologische Bedingungen für die Wiedervermittlung

In mehreren Studien konnte kein Zusammenhang zwischen der Häufigkeit der Bewerbungen und der Aufnahme einer Erwerbsarbeit nachgewiesen werden. Zu vermuten ist, dass weniger die Quantität als vielmehr die Art und die Qualität des Arbeitssuchverhaltens für die Wiedervermittlung entscheidend ist. Bewerbungsaktivitäten, die nicht zum Erfolg führen, implizieren selbstwertbedrohende Erfahrungen.

Eine hohe Konzessionsbereitschaft scheint zwar den Wiedereinstieg zu beschleunigen, nicht aber die psychische Befindlichkeit zu verbessern. Erklärt wird dies damit, dass die Anpassungsleistung an ein unbefriedigendes Beschäftigungsverhältnis höhere „psychische

<sup>4</sup> Vgl. Elisabeth Noelle, *Der Arbeitslose als Pechvogel. Die geplanten Einschränkungen wirken schon. Die ‚Ich-AG‘ als Medizin gegen Depression.* Bericht des Instituts für Demoskopie Allensbach. Inventarnr. 6519, 2003.

<sup>5</sup> Vgl. Wilhelm Heitmeyer, *Deutsche Zustände*, 6. Folge, Frankfurt/M. 2008.

Kosten“ verursacht als die Bewältigung der Erwerbslosigkeit. Hohe Konzessionsbereitschaft birgt das Risiko, eine Abwärtsspirale einzuleiten, wenn inhaltliche Konzessionen an die Qualität der Arbeit oder den qualifikationsgerechten Einsatz gemacht werden.

Die nachfolgend dargestellten psychologischen Konzepte sind im Kontext der Bewältigung der Erwerbslosigkeit von besonderer Bedeutung.

### Kontrolle

In der Psychologie wird zwischen internaler und externaler Kontrolle unterschieden. Gemeint ist damit die Einschätzung, selbst Einfluss auf sein Leben zu haben (internal) oder aber ohnmächtig den Bedingungen ausgeliefert zu sein (external). Erwerbslose zeichnen sich im Vergleich zu Erwerbstätigen durch eine höhere externe Kontrolle aus. Diese nimmt mit der Dauer der Erwerbslosigkeit zu. Personen, denen der Wiedereinstieg in eine zufriedenstellende Erwerbsarbeit gelungen ist, gehörten zu jenen, die am Anfang der Erwerbslosigkeit mehr interne Kontrolle angaben. Eine hohe interne Kontrolle zu Beginn der Erwerbslosigkeit kann jedoch depressionsförderlich wirken, wenn sie sich bei andauernder Erwerbslosigkeit als unrealistisch herausstellt (enttäuschte Kontrollhoffnung).<sup>6</sup>

### Bewältigungsverhalten, kognitive Fähigkeiten und Eigeninitiative

Problembezogenes Bewältigungsverhalten (zum Beispiel, einen Handlungsplan aufstellen und diesen umsetzen) und kognitive Restrukturierung (zum Beispiel der Versuch, die positiven Aspekte zu sehen) sind bei Erwerbslosen mit geringerer Ängstlichkeit und Depressivität verbunden. Problembezogener Umgang mit einem bedeutsamen, schwierig zu bewältigenden Ereignis (*Coping*) begünstigt einen erfolgreichen Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt. Weniger günstig sind emotionsbezogenes Coping und Vermeidungsstrategien.

<sup>6</sup> Vgl. Michael Frese/Gisela Mohr, *Prolonged unemployment and depression in older workers: A longitudinal study of intervening variables*, in: *Social Science and Medicine*, 25 (1987), S. 173–178. *Anmerkung der Redaktion:* Siehe auch den Essay von Michael Frese in diesem Heft.

Gute kognitive Fähigkeiten und Initiative erwiesen sich in einer Längsschnittstudie als Prädiktoren für eine kürzere Dauer der Erwerbslosigkeit. Das Konzept der Initiative beinhaltet – ähnlich dem des problembezogenen Copings – Aspekte des aktiven Handelns, ist allerdings zusätzlich dadurch gekennzeichnet, dass die Handlung umgehend und aufgrund eigener Initiative eingeleitet wird.<sup>17</sup>

## Auswege

### Intervention aus psychologischer Sicht

Wenn Erwerbslose erfolgreich vermittelt werden sollen, muss eine erste Aufgabe darin bestehen, deren psychische Stabilität zu sichern. Depressiven Personen gelingt es nicht, ihre Fähigkeiten und Fertigkeiten in einer Bewerbungssituation positiv darzustellen. Labile Personen haben keine ausreichenden Ressourcen, Misserfolge durch erfolgreiche Bewerbungen ohne Selbstwertschädigungen zu bewältigen. Maßnahmen sollten so früh wie möglich einsetzen, nicht erst nach der Chronifizierung von misslingenden Bewältigungsstrategien, möglichst sogar vor der eigentlichen Entlassung, da es auch gilt, Schädigungen durch Arbeitsplatzunsicherheit zu vermeiden.

Präventionsorientiert sind so genannte Outplacementprogramme. Dabei geht es um betriebliche Unterstützung bei der Arbeitssuche für Beschäftigte, die entlassen werden, so dass diese die Chance haben, erst gar nicht in die Erwerbslosigkeit zu geraten. Doch selbst wenn es zur Erwerbslosigkeit kommt, scheinen Outplacementprogramme – das heißt die erfahrene Fürsorge des Betriebs – einen positiven Effekt für die psychische Gesundheit zu haben.<sup>18</sup> Gelingt dies nicht, dann geraten Er-

werbslose mit zunehmender Dauer der Erwerbslosigkeit in einen gefährlichen Zirkel: Je länger die Erwerbslosigkeit andauert, je größer die finanziellen Einschränkungen sind, desto größer wird die Bedrohung gerade jener Ressource, welche die Person für den Wiedereinstieg benötigt: die personale Ressource (psychische) Gesundheit. Primärprävention ist auch die Gestaltung persönlichkeitsförderlicher Arbeitsgestaltung, die den Menschen hilft, psychische Ressourcen zu entwickeln, mit denen sie auch Zeiten ohne Erwerbsarbeit gestalten können.

Der Kontakt zu anderen Erwerbslosen stellt eine Hilfe bei der Bewältigung dar und spricht für Konzepte der Erwerbsloseninitiativen. Vorhandene Maßnahmen lassen sich grob einteilen in solche mit stärker psychologischem Gehalt (kognitive Umstrukturierung, soziales Kompetenztraining, Stressbewältigung), solche, die sich mehr auf den Aufbau der Bewerbungskompetenz fokussieren, und solche, in der eine Kombination enthalten ist.<sup>19</sup>

Es stellt sich die Frage, was das Erfolgskriterium einer Maßnahme sein kann. Das zentrale Kriterium der *Wiedervermittlungsquote* in einer Region mit einer Erwerbslosenquote von 5 Prozent ist sicherlich anders zu bewerten als in einer Region der ostdeutschen Bundesländer mit über 20 Prozent. Insofern erscheint es konsequent, dass ein großer Teil der Interventionsstudien in der Regel zwei Kriterien zur Erfolgsüberprüfung benennt: die Wiedervermittlungsrate, aber auch die *Verbesserung der psychischen Befindlichkeit*, da diese – wie erwähnt – auch langfristig eine Voraussetzung für die Wiedervermittelbarkeit darstellt. Die Vermittlungsrate verschiedenster Maßnahmen mit verschiedenen Gruppen schwankt zwischen 20 und 30 Prozent.<sup>10</sup> Dabei sind zwei Dinge zu beachten: Das Kriterium für die Wiedervermittlung wird in den Studien

<sup>17</sup> Vgl. Jeanette Zempel/Michael Frese, Prädiktoren der Erwerbslosigkeit und Wiederbeschäftigung, in: Verhaltenstherapie & Psychosoziale Praxis, 32 (2000), S. 379–390.

<sup>18</sup> Vgl. Kerstin Isaksson/Gunn Johansson/Katalin Bellaagh/Anders Sjöberg, Work values among the unemployed: Changes over time and some gender differences, in: Scandinavian Journal of Psychology, 45 (2004), S. 207–214; Mika Kivimäki/Jussi Vahtera/Jaana Pentti/Jane Ferrie, Factors underlying the effect of organisational downsizing on health of employees: longitudinal cohort study, in: British Medical Journal, 320 (2000), S. 971–975; Thomas Kieselbach/Gert Beelmann, Unternehmensverantwortung bei Entlassungen: Berufliche Transitionsberatung zur Sicherung von Beschäftigungsfähigkeit, in: Bernhard Badu-

ra/Henner Schellschmidt/Christian Vetter (Hrsg.), Fehlzeiten-Report 2005, Berlin 2005.

<sup>19</sup> Vgl. Gisela Mohr/Kathleen Otto, Langzeiterwerbslosigkeit: Welche Interventionen machen aus psychologischer Sicht Sinn?, in: Zeitschrift für Psychotraumatologie und Psychologische Medizin, 3 (2005), S. 45–63.

<sup>10</sup> Vgl. Thomas Kieselbach/Frauke Klink/Günther Scharf, Ich wäre sonst ja nie wieder an Arbeit rangekommen! Evaluation einer Reintegrationsmaßnahme für Langzeiterwerbslose, Weinheim 1998.

unterschiedlich gesetzt. In manchen Studien wird die Vermittlung auf den „zweiten Arbeitsmarkt“, also in Arbeitsbeschaffungs-, Hartz-IV-, Qualifizierungsmaßnahmen, Praktika etc. mit gewertet. Betrachtet man nur die Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt, dann sind die Vermittlungsquoten wesentlich geringer. Die Autorinnen einer Studie des Forschungsinstitutes der Bundesagentur für Arbeit<sup>11</sup> kommen zu dem kritischen Ergebnis, dass nur zwei Prozent der in sozialen Arbeitsgelegenheiten Beschäftigten in ein reguläres Arbeitsverhältnis übernommen werden. Bessere Erfolge seien wahrscheinlich mit gezielten psychologischen Qualifizierungsmaßnahmen zu erreichen.

Hinsichtlich des zweiten Kriteriums, der psychischen Befindlichkeit, belegen die meisten Studien, dass es während der Maßnahme positive Effekte auf die Gesundheit gibt. Nach Ende der Maßnahme verschlechtert sich die psychische Gesundheit der weiterhin Erwerbslosen wieder. Sehr langfristige Nachuntersuchungen (zwei Jahre nach Auslaufen der Maßnahmen) haben allerdings ergeben, dass die weiterhin Erwerbslosen offenbar nach einer Intervention stabiler geworden sind<sup>12</sup> und Misserfolgserfahrungen bei Bewerbungen besser bewältigen.

## Interventionsbeispiele

In jüngster Zeit haben sich mehrere überprüfte Projekte zur Entwicklung sozialer und kognitiver Kompetenz und zur Verbesserung der Gesundheit in der Bundesrepublik als hoffnungsvolle Ansätze erwiesen.

Das AmigA-Projekt für chronisch kranke Langzeitarbeitslose, die an intensiven arbeits- und gesundheitsfördernden Kursen teilgenommen haben, konnte 15 Prozent der Teilnehmer in Beschäftigungen vermitteln.<sup>13</sup>

<sup>11</sup> Vgl. Anja Kettner/Matina Rebien, Soziale Arbeitsgelegenheiten. Einsatz aus betrieblicher und arbeitsmarktpolitischer Perspektive, IAB-Forschungsbericht Nr. 2, 2007.

<sup>12</sup> Vgl. Jukka Vuori/Jussi Silvonen, The benefits of a preventive job search program on re-employment and mental health at 2-year-follow-up, in: *Journal of Occupational and Organizational Psychology*, 78 (2005) 1, S. 43–52.

<sup>13</sup> Vgl. Wolf Kirchner, Evaluation des JobFit Regional- und des AmigA-Projektes, in: [www.gesunde.sachsen.de](http://www.gesunde.sachsen.de) (30. 7. 2008).

Job FIT ist ein von den Betriebskrankenkassen (BKK) entwickeltes Programm, das auf die Förderung von Gesundheitskompetenz zur Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit von Arbeitslosen zielt. Angesetzt wird an der Trägerstruktur der Beschäftigungsmaßnahmen als *setting*-Ansatz. Dabei handelt es sich um eine Kombination von individuellen motivierenden Gesundheitsgesprächen mit zielgruppenspezifischen Gruppenangeboten aus den Bereichen Ernährung, Stressbewältigung und Suchtmittelkonsum. Einen Schwerpunkt stellen Beratungen zu Problemen der Verschuldung, Demotivation und Selbstwertverlust dar. Erste Evaluationsergebnisse zeigen, dass die Gesundheitsorientierung, das Ausmaß sportlicher Aktivitäten, freudvolle Zielorientierungen sowie eine ausgewogene Ernährung signifikant nach dem Training zugenommen haben. Allerdings steht eine Langzeitevaluation noch aus.<sup>14</sup> Dieses niederschwellige Programm eignet sich durch seine Kooperationsstruktur von gesetzlichen Krankenversicherern, Qualifizierungs- und Bildungsträgern sowie Arbeitsagenturen (ARGE) und Kommunen mit eigenverantwortlicher Zuständigkeit für die Vermittlung von Langzeiterwerbslosen (Optionskreise) für eine landesweite Umsetzung.

AktivA (Aktive Bewältigung von Arbeitslosigkeit) ist an der TU Dresden entwickelt worden. Dieses Programm hat zum Ziel, die psychosozialen Kompetenzen von Langzeitarbeitslosen zu stärken und damit ihre Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten. Ausgangspunkt war, dass trotz starker gesundheitlicher Risiken von Langzeitarbeitslosen herkömmliche Präventionsangebote zur Gesundheitsförderung von ihnen nur wenig wahrgenommen werden, zumal bei ihnen der Betrieb als *setting* wegfällt. AktivA ist mit Hilfe kognitiv-behavioraler Techniken (Aktivitätsplanung, konstruktives Denken, soziale Kompetenz, systematisches Problemlösen) auf eine Stärkung von Selbstwirksamkeitserwartungen und Handlungskompetenz gerichtet. Um dem AktivA-Training eine größere Breitenwirksamkeit zu geben, ist damit begonnen worden, Multiplikatoren bei Bildungs- und Beschäftigungsträgern im Rahmen von Wo-

<sup>14</sup> Vgl. Michael Bellwinkel (Hrsg.), *JobFit Regional – ein Modellprojekt zur Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit von Arbeitslosen durch Gesundheitsförderung*, Bremerhaven 2007.

chenkursen auszubilden und deren Trainingsdurchführung im Rahmen einer Supervision zu begleiten. Das Training durch Multiplikatoren hat sich als realisierbar und effektiv erwiesen. Im Vergleich zu Kontrollgruppen, die kein Training erhielten, ließ sich für die Trainingsgruppen eine statistisch gesicherte stärkere Verringerung der körperlichen, psychischen und sozialen Beschwerden feststellen sowie eine deutliche Zunahme der Selbstwirksamkeitserwartung und des Selbstvertrauens. Sogar nach sechs Monaten ließen sich noch gesicherte Effekte nachweisen. 74 Prozent der ausgebildeten Multiplikatoren wendeten das Programm erfolgreich im Rahmen ihrer Tätigkeit an.<sup>15</sup> Gesundheitsämter in Optionskreisen berichten über erste positive Anwendungen von AktivA.

„Bridges – Brücken in Arbeit“ wurde als Modellprojekt zur Senkung der Jugendarbeitslosigkeit im Niederschlesischen Oberlausitzkreis entwickelt.<sup>16</sup> Dabei konnten erfolgreich „Senior-Coaches“ (ehemalige Arbeitslose mit Beratungskompetenz) eingesetzt werden. Diese Coaches begleiten die Jugendlichen bei deren Arbeitssuche. Trainingsmodule zum Lernen im Prozess der Arbeit wurden entwickelt und eingesetzt. Nach sechs Monaten Training erreichten die Projektteilnehmerinnen und -teilnehmer im Vergleich zu einer Kontrollgruppe eine signifikant erhöhte Selbstwirksamkeits- und interne Kontrolliererwartung, eine verbesserte seelische Gesundheit, insbesondere weniger Depressionen. 70 Prozent der Jugendlichen (229) konnten erfolgreich auf den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden.

Die Maßnahme TAURIS (Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit) ist angesichts neuer Maßnahmen wie etwa der Einführung der so genannten Ein-Euro-Jobs (die Zuweisung von Tätigkeiten an Erwerbslose, die nicht im Rahmen normaler Arbeitsverhält-

<sup>15</sup> Vgl. Susan Mühlpfordt/Katrin Rothländer, Gesundheitsförderung für Arbeitslose bei Bildungs- und Beschäftigungsträgern, in: Bärbel Bergmann/Ulrike Pietrzyk/Joachim Klose (Hrsg.), Beschäftigungsfähigkeit entwickeln. Innovationsfähigkeit und Kompetenz fördern, Dresden 2008.

<sup>16</sup> Vgl. Mathias Schmidt, Das Bridge Projekt – Inhalt und Wirkung in: Bärbel Bergmann/Ulrike Pietrzyk/Joachim Klose (Hrsg.), Beschäftigungsfähigkeit entwickeln. Innovationsfähigkeit und Kompetenz fördern, Dresden 2008.

nisse abgedeckt sind, also zumeist gemeinnützige Arbeit gegen eine geringe Vergütung) von besonderem Interesse.<sup>17</sup> Hier werden ältere Langzeiterwerbslose (auf freiwilliger Basis) gegen eine geringe Aufwandsentschädigung in gemeinnützige Arbeit vermittelt. Mittels dieser seit fast zehn Jahren durchgeführten Maßnahme konnten 16,2 (2002) bzw. 21,0 Prozent (2006) der teilnehmenden Langzeitarbeitslosen im Alter von über 50 Jahren auf den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden. Die Evaluation zeigte, dass gemeinnützige Arbeit eine Hilfe beim Übergang in den ersten Arbeitsmarkt darstellen kann. Zudem tritt während der Maßnahme eine gesundheitliche Stabilisierung ein. Hervorzuheben ist, dass besonders gute Gesundheitswerte bei gemeinnützigen Beschäftigungen zu finden waren, die den bekannten arbeitswissenschaftlichen Kriterien gesundheitsförderlicher Arbeit entsprechen: Ganzheitlichkeit der Aufgaben, Handlungsspielräume, Lernpotentiale der Aufgaben, Eigenverantwortlichkeit und Kooperationsmöglichkeiten. Die gesundheitliche Verbesserung hält allerdings nicht länger als sechs Monate an. Nach Ende der Maßnahme verschlechtert sich bei den weiterhin Erwerbslosen der Gesundheitszustand wieder und erreicht nach etwa einem Jahr den Anfangswert. Als kritische Bedingung erweist sich die unzureichende materielle Absicherung.

## Zusammenfassung und Resümee

Auf der Grundlage von Metaanalysen und Längsschnittstudien kann heute als gesichert gelten, dass Erwerbslosigkeit zu psychischen Beeinträchtigungen, insbesondere Depressionen, führt, die den Wiedereinstieg in die Erwerbsarbeit behindern. Gelingt der Wiedereinstieg, ist eine deutliche Verbesserung der seelischen Gesundheit nachzuweisen.

Die bisher aufgeführten Forschungsergebnisse verdeutlichen, dass es geradezu als Behandlungsfehler betrachtet werden muss, eine überhöhte Arbeitsorientierung zu forcieren, unrealistische Hoffnungen zu wecken, Erwerbslose zu vielen, nicht Erfolg versprechenden Bewerbungsaktivitäten zu zwingen und Konzessionsbereitschaft in Bezug auf

<sup>17</sup> Vgl. Ines Nitsche/Peter Richter, Peter, Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit. Evaluation des TAURIS-Projektes, Münster 2003.

jede Art von Arbeit zu fordern. Das bereinigt zwar die Statistiken, reduziert jedoch die psychischen Ressourcen der Erwerbslosen – sofern solche noch vorhanden sind – und führt zu gesellschaftlichen Kosten an anderer Stelle, insbesondere im Gesundheitswesen.

Kritische Bedingungen, wie die anhaltende Dauer der Erwerbslosigkeit und eine schlechte finanzielle Lage, verweisen auf die zentralen Ansatzpunkte für die Intervention: Langzeiterwerbslosigkeit sollte vermieden werden. Maßnahmen müssen so früh wie möglich einsetzen. Die Reduzierung finanzieller Mittel mag zwar den Druck erhöhen, stärkt jedoch nicht die psychischen Ressourcen. Wenig Beachtung bei den Interventionsmaßnahmen hat der soziale Kontext der Erwerbslosen gefunden, indem zum Beispiel mögliche Folgen für die Kinder thematisiert werden oder gefragt wird, ob die Partner Unterstützung bei einer notwendigen neuen Aufteilung familiärer Rollen erhalten.

Maßnahmen zur Verbesserung der Bewerbungsqualität haben sich als effektiver erwiesen als eine – meist aufwändigere – allgemeine fachliche Qualifizierung oder Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Die vorliegenden evaluierten Interventionsstudien machen deutlich, dass eine Kombination aus Verhaltens- und Verhältnisprävention der beste Weg ist, sowohl jugendlichen Arbeitslosen wie auch älteren Langzeitarbeitslosen und solchen mit eingeschränktem Gesundheitszustand die nötige Handlungskompetenz zur Bewältigung herausfordernder Tätigkeiten zu vermitteln. Dabei ist deutlich geworden, dass die Gestaltung von Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit (zweiter Arbeitsmarkt, Freiwilligenarbeit) den gleichen arbeitswissenschaftlichen Gestaltungsforderungen genügen muss, wie produktive Erwerbstätigkeiten des ersten Arbeitsmarktes.

Alternative Formen der Arbeit – auch wenn sie den Kriterien gesundheits- und persönlichkeitsförderlicher Arbeit entsprechen und als sinnvoll erlebte Aufgaben enthalten – können nicht als ein Ausweg aus der fehlenden Erwerbsarbeit betrachtet werden, solange die materielle Absicherung nicht auf einem Niveau liegt, das die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht.

Ferner gilt, dass nicht jede Art der Arbeit besser ist als keine Erwerbsarbeit, da Perso-

nen mit den oben erwähnten so genannten „bad jobs“ eine schlechtere psychische Befindlichkeit aufweisen als Erwerbslose. Es wäre also fatal, angesichts der bestehenden Erwerbslosigkeit die Bedingungen, unter denen Erwerbsarbeit geleistet wird, aus dem Auge zu verlieren.

Ein dritter Zugang zur Primärprävention liegt daher zukünftig in der Arbeitszeitgestaltung, insbesondere in der Entwicklung von Modellen zur Verteilung des vorhandenen Volumens bezahlter Arbeit und der Entwicklung von neuen gesellschaftlichen Modellen von Misch Tätigkeiten aus Erwerbsarbeit und Formen bürgerschaftlichen Engagements.

Auch wenn die (Arbeits-)Psychologie einiges zur Bewältigung der Erwerbslosigkeit beitragen kann, so sollte darüber nicht vergessen werden, dass Erwerbslosigkeit kein psychologisches, sondern ein gesellschaftliches Problem ist, das seine Fortsetzung derzeit in der zunehmenden Zahl von prekär Beschäftigten findet.<sup>18</sup> Dies wird ersichtlich aus der Abnahme der versicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse um 1,33 Millionen von 1995 bis 2007 bei gleichzeitiger Zunahme nicht sozialversicherungspflichtiger Minijobs um 2,78 Millionen, größtenteils Frauenarbeitsplätze.

<i>Adressen von erfolgreichen Projekten:</i>	
AktivA	TU Dresden, www.gesunde.sachsen.de, www.aktiva.tu-dresden
AmigA	Modellprojekt Brandenburg, E-Mail: katrin.urban@arbeitsagentur.de
Bridges	Lausitz Matrix e.V. Görlitz, www.projekt-bridges.de
JobFit Regional	www.bkk.de/mehr-gesundheit-fuer-alle
TAURIS	www.tauris-stiftung.de/pdf/TAURIS-Traegerinformation.pdf
Aktiv-Office	www.lvb.de/index.php?page=984

<sup>18</sup> *Anmerkung der Redaktion:* Siehe hierzu auch die Themenausgabe „Abstieg – Prekarität – Ausgrenzung“ dieser Zeitschrift: APuZ, (2008) 33–34.



Peter Förster · Elmar Brähler ·  
Yve Stöbel-Richter · Hendrik Berth

# Die „Wunde Arbeitslosigkeit“: Junge Ostdeutsche, Jg. 1973

## Peter Förster

Prof. Dr. sc. paed., geb. 1932; 1966 bis 1990 Abteilungsleiter am Zentralinstitut für Jugendforschung (ZIJ) Leipzig, Forschungsstelle Sozialanalysen Leipzig, Schweizerbogen 11, 04289 Leipzig. prof.foerster@gmx.de www.wiedervereinigung.de/sls

## Elmar Brähler

Prof. Dr. rer. biol. hum. habil., geb. 1946; Leiter der Abteilung für Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie der Universität Leipzig, Philipp-Rosenthal-Straße 55, 04103 Leipzig. elmar.braehler@medizin.uni-leipzig.de www.medpsy.uniklinikum-leipzig.de

## Yve Stöbel-Richter

PD Dr. phil. habil., Dipl.-Soz., geb. 1968; Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Leipzig, Philipp-Rosenthal-Straße 55, 04103 Leipzig. yve.stoebel-richter@medizin.uni-leipzig.de www.medpsy.uniklinikum-leipzig.de

## Hendrik Berth

Dr. rer. medic., Dipl.-Psych., geb. 1970; Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Seelische Gesundheit, Universitätsklinikum Carl Gustav Carus, Fetscherstr. 74, 01307 Dresden. berth@wiedervereinigung.de www.medpsy.de

Die „Arbeitslosigkeit“ ist die größte Wunde der Gesellschaft. Wie viel Hoffnungen, wie viel Lebensmut werden hier zerstört! Wie viel guter Wille, wie viel Leistungsbereitschaft bleiben hier ungenutzt! Wie groß und wie weitverbreitet ist das Gefühl, nicht gebraucht zu werden, ja wertlos zu sein! Keine Aussicht auf Arbeit und Beschäftigung zu haben: Das kann jedes Vertrauen in die Zukunft zerstören – in die eigene und in die der Gesellschaft.“ (Bundespräsident Johannes Rau, 12. 5. 2004) <sup>1</sup>

Die Bundesanstalt für Arbeit berichtete in den vergangenen Monaten stets über eine deutliche Abnahme der Arbeitslosenzahlen in Deutschland. Aktuell (August 2008) sind immer noch 3 195 740 Menschen arbeitslos (8,6 %). In Westdeutschland ist die Arbeitslosenquote (7,1 %, 2 108 898 Personen) jedoch deut-

lich niedriger als in den ostdeutschen Bundesländern (14,2 %, 1 086 842 Personen).<sup>2</sup> Die eindeutig negativen sozialen, psychischen und anderen Folgen von Arbeitslosigkeit sind gut untersucht.<sup>3</sup> Nahezu alle Studien belegen, dass Zeiten von Arbeitslosigkeit die körperliche und vor allem die seelische Gesundheit nachhaltig negativ beeinflussen. Die psychischen Folgen nehmen mit der Dauer der Arbeitslosigkeit zu, das heißt Langzeitarbeitslose sind meist stärker belastet. Männer, jüngere Personen oder Personen mit niedrigerem sozialen und beruflichen Status leiden meist mehr unter den Folgen von Arbeitslosigkeit.<sup>4</sup>

Trotz der Fülle vorliegender Forschungsergebnisse zum Thema Arbeitslosigkeit ist es – nicht zuletzt aufgrund der immer noch sehr vielen betroffenen Personen – nach wie vor relevant, die Folgen von Arbeitslosigkeit zu untersuchen, insbesondere im Längsschnitt. Im Folgenden soll daher an einer Stichprobe junger ostdeutscher Erwachsener über einen längeren Zeitraum veranschaulicht werden, welche Auswirkungen Arbeitslosigkeit auf verschiedene Lebensbereiche, Einstellungen

*Wir danken der Otto-Brenner-Stiftung und der Rosa-Luxemburg-Stiftung für die freundliche Unterstützung der Sächsischen Längsschnittstudie.*

<sup>1</sup> Johannes Rau, Vertrauen in Deutschland – eine Ermutigung. Berliner Rede von Bundespräsident Johannes Rau im Schloss Bellevue in Berlin am 12. Mai 2004, in: <http://www.bundespraesident.de/dokumente/-,2.621940/Artikel/dokument.htm> (31. 7. 2008).

<sup>2</sup> Vgl. Bundesagentur für Arbeit, Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland August 2008. Monatsbericht, <http://www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/000000/html/start/monat/aktuell.pdf> (29. 8. 2008).

<sup>3</sup> Vgl. Alfons Holleederer/Helmut Brand (Hrsg.), Arbeitslosigkeit, Gesundheit und Krankheit, Bern 2006; Michael Kastner/Tim Hagemann/Gesa Kliesch (Hrsg.), Arbeitslosigkeit und Gesundheit. Arbeitsmarktintegrierte Gesundheitsförderung, Lengerich 2005; Frances M. McKee-Ryan/Zhaoli Song/Connie R. Wanberg/Angelo J. Kinicki, Psychological and physical well-being during unemployment: A meta-analytic study, in: Journal of Applied Psychology, 90 (2005) 1, S. 53–76; Thomas Kieselsbach/Anthony H. Winefield/Carolyn Boyd/Sarah Anderson (eds.), Unemployment and Health. International and interdisciplinary perspectives, Bowen Hills, Australia 2006.

<sup>4</sup> Vgl. Karsten I. Paul/Alice Hassel/Klaus Moser, Die Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf die psychische Gesundheit: Befunde einer quantitativen Forschungsintegration, in: Alfons Holleederer/Helmut Brand (Hrsg.), Arbeitslosigkeit, Gesundheit und Krankheit, Bern 2006.

usw. hat. Die vorliegenden, detaillierten statistischen Berechnungen werden dabei zugunsten der grafischen Veranschaulichung nicht berichtet.

## Die Sächsische Längsschnittstudie

Die Sächsische Längsschnittstudie<sup>5</sup> begleitet seit nunmehr 21 Jahren (1987 – 2008) eine identische Population von rund 400 jungen Leuten des Geburtsjahrgangs 1973 der DDR. Vor der deutschen Wiedervereinigung dokumentierte sie in den Jahren 1987 bis 1989 zunächst, wie diese als Schülerinnen und Schüler die DDR und den Sozialismus reflektierten, wie sich ihre persönliche Zukunftsvorsicht und ihre Lebensorientierungen entwickelten. Nach der Wende in der DDR wurde die einmalige Chance empirischer Forschung genutzt, langfristig dieselben Jugendlichen bzw. später dann jungen Erwachsenen auf ihrem Weg in ein völlig anderes Gesellschaftssystem zu begleiten.<sup>6</sup>

Die Erhebungen der Sächsischen Längsschnittstudie finden jährlich auf dem Wege postalischer Befragungen statt. Im Jahr 2007 wurde die 21. Erhebungswelle durchgeführt. Die 1987 erstmalig Befragten waren 14-jährige Schülerinnen und Schüler aus den Bezirken Leipzig und Karl-Marx-Stadt (heute Chemnitz), die repräsentativ für den DDR-Geburtsjahrgang 1973 ausgewählt worden waren. Es handelt sich um eine altershomogene Stichprobe. Im Frühjahr 1989 erklärten sich 587 der ursprünglich 1281 Schülerinnen

<sup>5</sup> Vgl. Peter Förster, *Junge Ostdeutsche auf der Suche nach der Freiheit. Eine systemübergreifende Längsschnittstudie zum politischen Mentalitätswandel vor und nach der Wende*, Opladen 2002; Hendrik Berth/Peter Förster/Elmar Brähler/Yve Stöbel-Richter, *Einheitslust und Einheitsfrust. Junge Ostdeutsche auf dem Weg vom DDR- zum Bundesbürger. Eine sozialwissenschaftliche Langzeitstudie von 1987–2006*, Gießen 2007; <http://www.wiedervereinigung.de/sls/> (31. 7. 2008).

<sup>6</sup> Vgl. Peter Förster/Walter Friedrich, *Jugendliche in den neuen Bundesländern. Ergebnisse einer empirischen Studie zum Wandel der Meinungen, Einstellungen und Werte von Jugendlichen in Sachsen 1990 bis 1994*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*, (1996) 19, S. 18–29; ders., *Die 25jährigen auf dem langen Weg in das vereinte Deutschland. Ergebnisse einer seit 1987 laufenden Längsschnittstudie*, in: *APuZ*, (1999) 43–44, S. 20–31; ders., *Junge Ostdeutsche heute: doppelt enttäuscht. Ergebnisse einer Längsschnittstudie zum Mentalitätswandel zwischen 1987 und 2002*, in: *APuZ*, (2003) 15, S. 6–17.

und Schüler bereit, auch weiterhin an der Studie teilzunehmen.

Die 383 Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Jahres 2007 (65,2 % der ursprünglichen Stichprobe) waren im mittleren Alter von 34,2 Jahren; N = 207 (54,2 %) waren Frauen. Die meisten der Befragten haben inzwischen ihre berufliche Ausbildung abgeschlossen. 49,3 % besitzen einen Facharbeiterabschluss, 21,4 % einen Fachschul- oder Fachhochschulabschluss und 23,4 % einen Hochschulabschluss. 45,1 % (N = 170) sind verheiratet und leben mit ihrem Partner oder ihrer Partnerin zusammen, 4,0 % (N = 15) sind geschieden, N = 59 (15,6 %) leben in einer Lebensgemeinschaft. Ledig ohne Partner waren N = 56 (14,9 %); ledig mit Partner N = 77 (20,4 %). Die meisten Teilnehmenden (N = 252, 67,2 %) haben Kinder.<sup>7</sup>

## Arbeitslosigkeitserfahrungen der Probanden

Schon in der 4. Welle im Frühjahr 1990 zeigte sich, dass die sich in Ostdeutschland ausbreitende Arbeitslosigkeit auch um diese Studie keinen Bogen machen würde: Die Struktur der Population veränderte sich aus sozialwissenschaftlicher Sicht grundlegend. Sie differenzierte sich in eine von Jahr zu Jahr stark anwachsende „Experimentalgruppe“ der Panelmitglieder mit Erfahrungen von Arbeitslosigkeit und eine kleiner werdende „Kontrollgruppe“ derer, die davon (noch) verschont blieben.

Von 1991 an erfassten wir die Arbeitslosigkeit im Rahmen des sozioökonomischen Status. 4 bis 11 % der Panelmitglieder trugen sich als „zur Zeit arbeitslos“ ein. Als klar war, dass Arbeitslosigkeit an Bedeutung gewinnen würde, fragten wir ab 1996 (12. Welle) zusätzlich differenzierter, wie häufig die Panelmitglieder seit der Wende arbeitslos waren. *Abbildung 1* informiert über den Längsschnitt 1996 bis 2007.

Die prozessorientierte und kumulative Art der Darstellung zeigt, dass sich in dieser identischen Population der Anteil der Personen,

<sup>7</sup> Zur Soziodemographie der TeilnehmerInnen in früheren Wellen vgl. ders. 2003 (Anm. 6), S 11 ff. und ders., *Zur Sächsischen Längsschnittstudie und zur Untersuchungspopulation*, in: H. Berth et al. (Anm. 5), S. 15 ff.

Abbildung 1: Arbeitslosigkeitserfahrungen der Panelmitglieder 1996 bis 2007\*



\* Hier und im Folgenden identische Population derer, die an der 21. Welle 2007 teilnahmen.

Quelle: Eigene Darstellung.

die in diesem Zeitraum mehrmals arbeitslos waren (und bei denen die durchweg negativen Folgen der Arbeitslosigkeit besonders deutlich sind), von 17 % im Jahr 1996 auf 40 % im Jahr 2007 mehr als verdoppelt hat. Dafür reduzierte sich der Anteil jener, die nicht arbeitslos waren, von 50 % im Jahr 1996 auf 29 % im Jahr 2007.

Außerdem mussten wir registrieren, dass sich dieses für Ostdeutsche bis zur Wende nie erfahrene gesellschaftliche Phänomen zeitgleich auch im sozialen Nahbereich der Panelmitglieder ausgebreitet hatte, mit allen zusätzlichen negativen Auswirkungen. So waren schon bis 2004 die Eltern (das heißt Vater und/oder Mutter) von 58 % der Panelmitglieder von Arbeitslosigkeit betroffen. Mit 21 % war dabei die Gruppe derer ziemlich groß, die Arbeitslosigkeit beider Elternteile erlebte. Für sehr viele unserer Panelmitglieder bestand das erste schockierende, nachhaltig prägende Ereignis nach dem Systemwechsel darin, dass ihre Väter und/oder Mütter „im besten Alter“ über Nacht, völlig unerwartet, arbeitslos wurden. Viele beschrieben damals in ihren zusätzlichen Notizen die dramatischen Szenen in nicht wenigen Elternhäusern.<sup>18</sup>

Hinzu kam, dass schon bis 2004 auch ein erheblicher Teil der Lebenspartnerinnen und -partner der Panelmitglieder, ihrer Geschwister sowie ihrer engen Freunde arbeitslos waren. Aus der individuellen Kopplung aller dieser einzelnen Angaben ging hervor, dass bis 2004 94 % dieser jungen Leute direkt

oder indirekt in dem erwähnten sozialen Nahbereich mit den Auswirkungen von Arbeitslosigkeit konfrontiert wurden. Diese „kollektive Betroffenheit“ im Osten wurde und wird in ihrem real bestehenden Ausmaß und ihren nachhaltigen Folgen völlig unterschätzt, wenn überhaupt wahrgenommen. In Panelstudien wie dieser sind solche Folgen jedoch noch heute nachweisbar.

Entsprechend der Zunahme der Häufigkeit der Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit hatte auch deren kumulierte Dauer zugenommen (Abbildung 2).

Die Panelmitglieder gaben seit der 12. Welle 1996 an, wie viele Monate sie insgesamt seit der Wende arbeitslos waren. Sie wurden gebeten, diese Angaben aufzubewahren, damit sie diese nicht bei jeder Befragung erneut berechnen müssten und wir uns auf zuverlässige Zahlen stützen konnten. Ablesbar ist, dass die durchschnittliche Gesamtdauer der Arbeitslosigkeit bei der Gruppe der Betroffenen von 4,0 Monaten 1996 auf 17,3 Monate 2007 angewachsen ist und sich damit mehr als vervierfacht hat. Bei den jungen Männern erhöhte sie sich von 3,2 auf 13,5 Monate, bei den jungen Frauen von 4,7 auf 20,7 Monate.

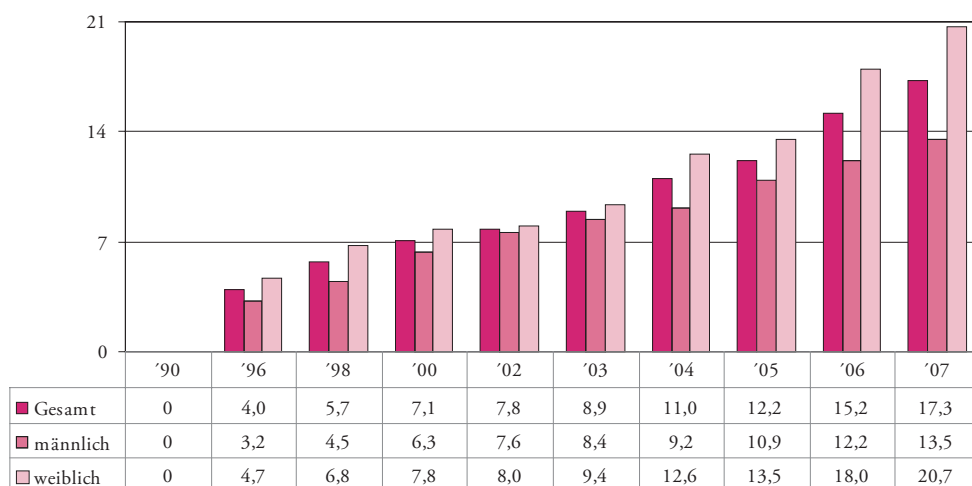
## Auswirkungen von Arbeitslosigkeit

Im Folgenden illustrieren wir exemplarisch einige Auswirkungen erlebter Arbeitslosigkeit auf das Denken und Verhalten unserer Panelmitglieder.<sup>19</sup>

<sup>18</sup> Ausführlicher vgl. P. Förster (Anm. 5), S. 215 ff.

<sup>19</sup> Vgl. ausführlicher H. Berth u. a. (Anm. 5) S. 107 ff.; Hendrik Berth/Peter Förster/Friedrich Balck/Elmar

Abbildung 2: Kumulierte Gesamtdauer der Arbeitslosigkeit in Monaten 1996 bis 2007 in der Gesamtgruppe und nach Geschlecht\*



\*Bezug: nur Panelmitglieder, die in diesem Zeitraum arbeitslos waren.

Anmerkung: Leichte Veränderungen der Durchschnittswerte gegenüber früheren Wellen ergeben sich daraus, dass jede aktuelle Auswertung eine Konkretisierung der Trends aller vorangegangenen Wellen erfordert.

Quelle: Eigene Darstellung.

**Zukunftszuversicht:** Seit den Shell-Studien ist bekannt, dass Einschätzungen der Jugendlichen über ihre Zukunft geradezu seismographischen Charakter haben.<sup>10</sup> Das trifft in besonderem Maße auf Jugendliche in den ostdeutschen Bundesländern zu. Daher richten wir zunächst einen Blick auf die seit 1987 vorliegenden Trends zur Zukunftszuversicht der Panelmitglieder, um die aktuellen Daten in einen größeren gesellschaftlichen Zusammenhang einzuordnen (Abbildung 3).

Diese über 20 Jahre laufenden Zeitreihen sind aus zwei Gründen sehr informativ. Erstens belegen sie für die Altersgruppe der 1973 in der DDR Geborenen, dass nach dem Zusammenbruch der DDR keineswegs ein positiver Trend eingesetzt hatte, sondern ein negativer. Das lässt sich in einer Panelstudie am „Wendepunkt“ 1989/1990 exakt nachweisen. Von den 213 Panelmitgliedern, die sowohl an der 3. Welle im Frühjahr 1989 als auch an der 4. Welle im Frühjahr 1990 beteiligt waren, hatten nach der Wende 44 % ihre Zukunftszuversicht signifikant in negativer Richtung

verändert (von den weiblichen Panelmitgliedern sogar 48 %), und nur 16 % in positiver Richtung. Auf der 5-Punkte-Skala veränderte sich der Mittelwert ebenfalls signifikant um 0,42 Punkte von 1,7 auf 2,1, wobei die Zuversicht von der verwendeten Messskala her mit ansteigenden Mittelwerten abnimmt. Darüber hinaus sticht ins Auge, dass die persönliche Zuversicht in ihrer Grundrichtung der gesellschaftlichen Zuversicht gefolgt ist: Je weniger zuversichtlich die Panelmitglieder die Zukunft der Gesellschaft beurteilten, desto weniger zuversichtlich bewerteten sie auch ihre persönliche Zukunft.

Bei der generellen Bewertung der Angaben nach der Wiedervereinigung muss bedacht werden, dass im Frühjahr 1989, am Ende der 10. Klasse, für 99 % (!) der damals 16-Jährigen klar war, wie es nach dem Abschluss der Schule weitergehen würde. Sie hatten ihre Arbeits- bzw. Ausbildungsverträge faktisch bereits in der Hand. Die Wende im Herbst 1989 und die folgenden Unsicherheiten und Umbrüche („Schöpferische Zerstörung“) stellten jedoch die beruflichen Pläne des größten Teiles von ihnen in Frage oder machten sie gar zunichte: 1998 gaben 38 % der Panelmitglieder rückblickend an, dass sie ihre beruflichen Pläne nach der Wende völlig verändern mussten, bei 35 % waren Korrekturen notwendig, und nur 27 % berichteten keine Veränderungen.

Brähler/Yve Stöbel-Richter, Was bedeutet Langzeitarbeitslosigkeit für junge Erwachsene? Ergebnisse der Sächsischen Längsschnittstudie, in: Verhaltenstherapie & Psychosoziale Praxis, 40 (2008) 1, S. 87–97.

<sup>10</sup> Vgl. Deutsche Shell (Hrsg.), Jugend 2000. 13. Shell Jugendstudie, Opladen 2000, S. 286.

Abbildung 3: Trends der sehr positiven bzw. positiven Ausprägung der gesellschaftlichen (G) und persönlichen (P) Zukunftszuversicht 1987 bis 2007\*



\* Frage: „Wie zuversichtlich sehen Sie die Zukunft . . . für die Entwicklung in der DDR/ab 1991: in Ostdeutschland? . . . für Sie persönlich?“; Antwortmöglichkeiten: 1 sehr zuversichtlich, 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht zuversichtlich (nonverbales Modell).

Quelle: Eigene Darstellung.

gen – mit signifikanten Folgen für die persönliche Zukunftszuversicht und viele weitere Merkmale.<sup>11</sup> Viele beschrieben damals ausführlich die Probleme, mit denen sie sich zu Beginn ihrer Berufskarriere völlig unerwartet herumschlagen mussten und die häufig auch Ängste auslösten. Dazu drei Beispiele:

„. . . hört man jetzt, dass wir vielleicht sogar drei Jahre lernen müssen und dann auch noch nach dem Lehrplan der BRD. Aber man kann doch das 1. Lehrjahr nicht einfach im Winde verwehen lassen. . . Man weiß nicht mehr, wem man glauben soll. Einer sagt hüh, der andere hott.“ (w)

„Durch die Wende wird die Lehre noch schwerer. Alles geht drunter und drüber, man weiß nicht mehr, woran man ist. Die größte Sorge macht mir, dass ich höchstwahrscheinlich nach der Lehre arbeitslos werde.“ (m)

„Wahrscheinlich muss ich umlernen, weil ich keinen Arbeitsplatz bekommen werde. Ich habe irgendwie schon Angst vor der Zukunft. Man weiß nicht, was wird. Ich fühle mich nicht mehr geborgen.“ (w)

Zu beachten ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass ein sehr großer Teil bei den letzten Befragungen vor der Wende zwar die politischen Verhältnisse in der DDR zunehmend

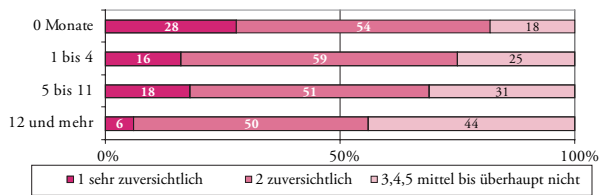
<sup>11</sup> Vgl. ausführlicher P. Förster (Anm. 5) S. 49 ff., S. 156 ff.

kritisch beurteilt hatte, die Sozialpolitik jedoch bis zum Ende mehrheitlich positiv. Oft wurde damals etwa von ihnen gelobt, „dass es in der DDR keine Arbeitslosigkeit gibt“. 1990 notierten viele derselben Jugendlichen: „Ich habe große Angst vor Arbeitslosigkeit!“

Exemplarisch für die jüngste Welle 2007 belegen wir, inwieweit der Faktor Arbeitslosigkeit Einfluss auf die persönlichen Zukunftsvorstellungen genommen hat. Um zu prüfen, ob überhaupt ein Kausaleffekt vorliegt, das heißt, ob die individuelle Zukunftszuversicht durch eine Zunahme der Dauer der Arbeitslosigkeit tatsächlich vermindert wird, wurden zuvor Regressionsanalysen gerechnet (hier nicht dargestellt). Es versteht sich, dass wir es hier nicht mit monokausalen, sondern multikausalen Abhängigkeiten zu tun haben. Die Zeit-Skala erlebter Arbeitslosigkeit (2007 von null bis 156 Monaten) wurde zu den in der folgenden *Abbildung 4* angeführten vier Untergruppen zusammengefasst. Auch die Skala der Zukunftszuversicht wurde auf drei Untergruppen (sehr zuversichtlich, zuversichtlich, mittel bis überhaupt nicht zuversichtlich) reduziert.

Mittels statistischer Tests wurde hier und in den folgenden Fällen nachgewiesen, dass sich die vier entsprechend der bisherigen Gesamtzeit der Arbeitslosigkeit gebildeten Untergruppen der abhängigen Variablen (hier „Persönliche Zukunftszuversicht“) signifikant unterscheiden.

**Abbildung 4: Ausprägung der persönlichen Zukunftszuversicht 2007, differenziert nach der kumulierten Dauer der Arbeitslosigkeit**



Quelle: Eigene Darstellung.

Von jenen 34-Jährigen, die im gesamten Zeitraum seit der Wende nicht von Arbeitslosigkeit betroffen waren („0 Monate“), äußerten sich 2007 28 % sehr zuversichtlich und weitere 54 % zuversichtlich über ihre persönlichen Zukunftsaussichten. Nur 18 % blicken ambivalent bis ganz ohne Zuversicht in ihre Zukunft. Bei jenen dagegen, die länger als ein Jahr („12 und mehr Monate“) betroffen waren, trifft das nur auf 6 % bzw. 50 % zu, fast die Hälfte sieht mit gemischten oder negativen Gefühlen in die Zukunft. Das sind signifikante und relevante Unterschiede, die für sich sprechen und auf den „Riss“ aufmerksam machen, den die Arbeitslosigkeit auch in diese junge Altersgruppe gerissen hat.

Abbildung 5 informiert über den Trend dieser differenzierten Sicht, allerdings aus Darstellungsgründen nur für die Extremgruppen und zeitlich begrenzt auf die Jahre 2000 bis 2007, da die vier gebildeten Untergruppen für die Zeit davor für zuverlässige statistische Vergleiche nicht groß genug sind. Wir blicken gewissermaßen mit einem Vergrößerungsglas auf einen Teil der oben dargestellten Zeitreihe.

Ersichtlich ist, dass zu allen Zeitpunkten die Panelmitglieder, die kumulativ betrachtet 12 Monate oder länger arbeitslos waren, beträchtlich weniger (signifikant) zukunfts zuversichtlich waren als jene, die bis 2007 noch von Arbeitslosigkeit verschont geblieben waren. Aufgrund der für 1996 und 1998 vorliegenden Daten ist es sehr wahrscheinlich, dass der Abbau der persönlichen Zukunftszuversicht als Folge erfahrener Arbeitslosigkeit bereits in den 1990er Jahren begann und sich danach bis heute auf hohem Niveau fortgesetzt hat.

Erlebte Arbeitslosigkeit hat in einem erstaunlich starken Maße auch den Rückgang der Zukunftszuversicht für den eigenen Nachwuchs bewirkt (Abbildung 6).

Über den gesamten Zeitraum hinweg unterschieden sich die Extremgruppen der bisherigen Gesamtdauer

der Arbeitslosigkeit signifikant in der Ausprägung der Zukunftszuversicht für die eigenen Kinder. Außerdem ist bei denen, die 12 Monate und länger arbeitslos waren, zwischen 2002 und 2006 ein signifikanter Rückgang der (ohnehin geringeren) Zukunftszuversicht für die Kinder eingetreten.

Die Dauer der erlebten Arbeitslosigkeit wirkt sich nicht nur auf die Zukunftszuversicht für die eigenen Kinder, sondern auch auf weitere Faktoren der Familiengründung aus.<sup>12</sup> Die Ergebnisse zeigen deutliche Verzögerungen in der Familiengründung bei Personen, die Erfahrungen mit der Arbeitslosigkeit hatten: Diejenigen, die mehrmalige Arbeitslosigkeitserfahrungen gemacht haben, sind seltener verheiratet (36,7 %) als diejenigen, welche die Erfahrung nicht machen mussten (50,9 %). Generell leben im Alter von 34 Jahren von denjenigen, die mehrmals arbeitslos waren, weniger Personen in einer Partnerschaft (76,9 %) im Gegensatz zu denjenigen, die nicht arbeitslos waren (82,7 %). Betrachtet man diese Angaben im Trend, so zeigt sich, dass Personen, die angeben, mehrmals arbeitslos gewesen zu sein, auch später heiraten als Personen, die nicht arbeitslos waren, und darüber hinaus die Dauer der Partnerschaft ebenfalls kürzer ist (11,14 Jahre bei Personen, die nicht arbeitslos waren zu 9,61 Jahren bei Personen, die 12 Monate und länger arbeitslos waren).

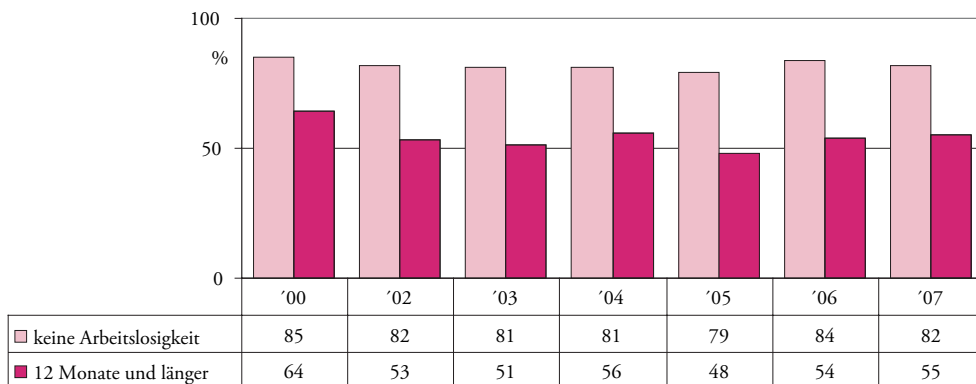
Neben der Bindungsqualität und -dauer wird auch die Entscheidung für oder gegen eine erste oder weitere Elternschaft beeinflusst. So ist die durchschnittliche Kinderzahl bei denjenigen, die mehrmals arbeitslos waren, deutlich niedriger als bei denjenigen, die nicht arbeitslos waren. Abbildung 7 zeigt hierzu den Verlauf über die vergangenen vier Jahre.

Schließlich sinkt auch die ideale Kinderzahl mit zunehmender Arbeitslosigkeitsdauer signifikant. Unsere Berechnungen ergaben, dass sich 2007 diejenigen, die mehrmals arbeitslos waren, durchschnittlich 1,56 Kinder wünschen im Gegensatz zu gewünschten 1,91 bei denjenigen, die nie arbeitslos waren.

Neben dem Aufschub der Familiengründung zeigt sich seit Jahren auch eine eklatante Zunahme von Existenzängsten. Wir zeigen zunächst die Verbreitung der Angst vor einer zunehmenden Verteuerung des Lebens (Abbildung 8).

<sup>12</sup> Vgl. ausführlich Yve Stöbel-Richter/Ute Kraus/Hendrik Berth, Transition to parenthood in the life course, in: Jennifer K. Quinn/Irwin G. Zambini (eds.), Family Relations: 21st Century Issues and Challenges, Hauppauge, NY, 2008.

**Abbildung 5: Persönliche Zukunftszuversicht differenziert nach der Betroffenheit von Arbeitslosigkeit 2000 bis 2007\***



\* Nur Extremgruppen „Keine Arbeitslosigkeit“ bzw. „12 Monate und länger“; Antwortmöglichkeiten wie bei Abbildung 3; die positiven Antwortmöglichkeiten „sehr zuversichtlich“ und „zuversichtlich“ wurden zusammengefasst.

Quelle: Eigene Darstellung.

**Abbildung 6: Ausprägung der Zukunftszuversicht für die (künftigen) eigenen Kinder, differenziert nach den Extremgruppen 2002 bis 2007\***

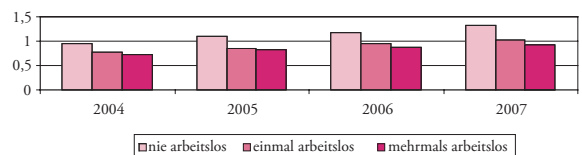


\* Fragetext: „Wie zuversichtlich sehen Sie die Zukunft für Ihre (künftigen) Kinder?“; Antwortmöglichkeiten wie bei Abbildung 3; die positiven Antwortmöglichkeiten 1 und 2 wurden zusammengefasst.

Quelle: Eigene Darstellung.

Das ist einer der aufregendsten und brisantesten Trends der Studie, dokumentiert er doch das bereits seit Jahren bestehende hohe Ausmaß der Verunsicherungen und der damit wachsenden Wut dieser jungen Ostdeutschen über die ständig steigenden Lebenshaltungskosten und die täglichen Ankündigungen neuer Erhöhungen. Die Daten zeigen, dass diese Angst um die Verteuerung des Lebens der überwiegenden Mehrheit der Panelmitglieder faktisch vom Systemwechsel an erhebliche Sorgen bereitet hat. Einen ersten Schock hatten viele der Jugendlichen (mit ihren Eltern) zuvor im Zusammenhang mit der Währungsunion erlitten.

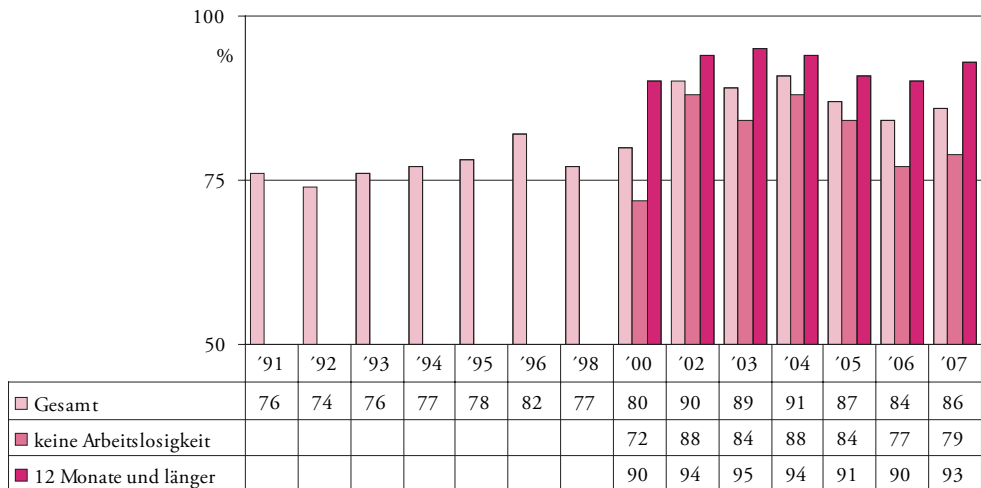
**Abbildung 7: Durchschnittliche realisierte Kinderzahl und Arbeitslosigkeit 2004 bis 2007**



Quelle: Eigene Darstellung.

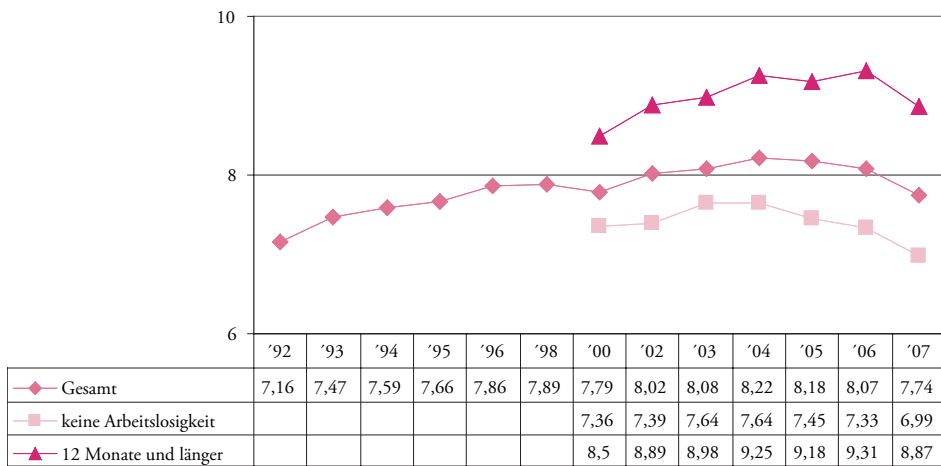
Die Differenzierung nach den beiden Extremgruppen ergibt, dass sich von den Panelmitgliedern, die zum jeweiligen Zeitpunkt insgesamt länger als 12 Monate arbeitslos

Abbildung 8: Angst vor zunehmender Verteuerung des Lebens 1991 bis 2007, ab 2000 nach der Dauer der Arbeitslosigkeit differenziert\*



\* Frage: „Inwieweit fühlen Sie sich persönlich bedroht durch die zunehmende Verteuerung des Lebens?“. 1 stark; 2 eher stark; 3 eher schwach; 4 schwach; dargestellt sind zusammengefasst die Antwortpositionen 1 und 2.  
Quelle: Eigene Darstellung.

Abbildung 9: Ausprägung des Indexes „Existenzängste“ 1992 bis 2007, ab 2000 nach Dauer der Arbeitslosigkeit differenziert



Quelle: Eigene Darstellung.

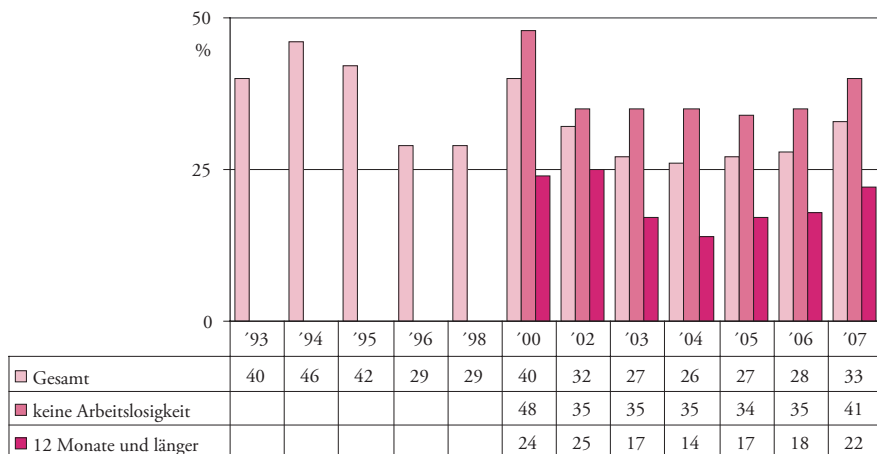
waren, signifikant oder tendenziell noch mehr von der Verteuerung bedroht fühlten als jene, die noch keine Arbeitslosigkeit verarbeiten mussten. Diese bei den 2007 34-Jährigen von Anfang an weit verbreitete Existenzangst ist ein Schlüssel dafür, ihre deutliche Kritik am jetzigen Gesellschaftssystem zu begreifen. Immer drängender wird gefragt, „ob die herrschenden Politiker ‚da oben‘ überhaupt wissen, wie das einfache Volk ‚da

unten‘ lebt“, und „wie lange das noch so weitergehen soll?“

Über die Angst vor Verteuerung des Lebens hinaus wurden zwei weitere Ängste erfasst: Die Angst vor (erneuter) eigener Arbeitslosigkeit und vor dem Eintreten einer sozialen Notlage. Diese drei Ängste bilden ein Syndrom von Existenzängsten, dessen Entwicklung in unserer Studie in Form eines In-



**Abbildung 10: Zufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung 1993 bis 2007, ab 2000 nach der Dauer der Arbeitslosigkeit differenziert\***



\* *Fragetext:* „Wie zufrieden sind Sie mit der jetzigen Wirtschaftsordnung?“: 1 sehr zufrieden; 2 zufrieden; 3 weniger zufrieden; 4 unzufrieden, dargestellt sind zusammengefasst die Antwortpositionen 1 und 2.

*Quelle:* Eigene Darstellung.

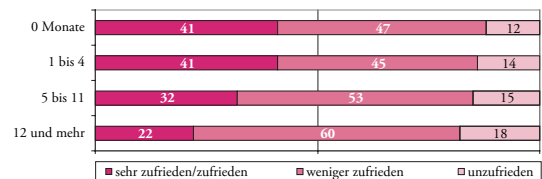
dexes seit 1992 dokumentiert wurde und der gut geeignet ist, die emotionalen Reaktionen dieser jungen Menschen auf die Transformationsprozesse abzubilden.<sup>13</sup> Für diesen Index wird jährlich eine Skala gebildet, die zwischen 4,0 Punkten (Minimum, Angst ist sehr schwach) und 12,0 Punkten (Maximum, Angst ist sehr stark) liegt (*Abbildung 9*).

Zwei Tendenzen sind erkennbar: *Erstens:* In der Gesamtgruppe (mittlere Linie) war zwischen 1992 und 2004/2005 ein signifikantes Anwachsen des Ausmaßes an Existenzängsten zu beobachten. *Zweitens:* Dieser Trend betraf in besonderem Maße jene Panelmitglieder, die zu den Erhebungszeitpunkten 12 Monate und länger arbeitslos waren (obere Linie). Die Indexwerte beider Extremgruppen unterscheiden sich durchweg signifikant. Ob sich der 2007 beobachtete leichte Rückgang durchsetzt, bleibt abzuwarten.

Politische Einstellungen: Geringe Zufriedenheit mit der Gesellschaftsordnung: Erlebte Arbeitslosigkeit hat sich bei den 2007 34-jährigen Panelmitgliedern unter anderem auch negativ auf die Identifikation mit der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung ausge-

<sup>13</sup> Hier nicht dargestellt, vgl. Peter Förster, Von der Enttäuschung vom Sozialismus der DDR zur Zukunftsangst in Ostdeutschland, in: H. Berth et al. (Anm. 5), S. 78 ff.

**Abbildung 11: Zufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung 2007, differenziert nach der kumulierten Dauer der Arbeitslosigkeit**



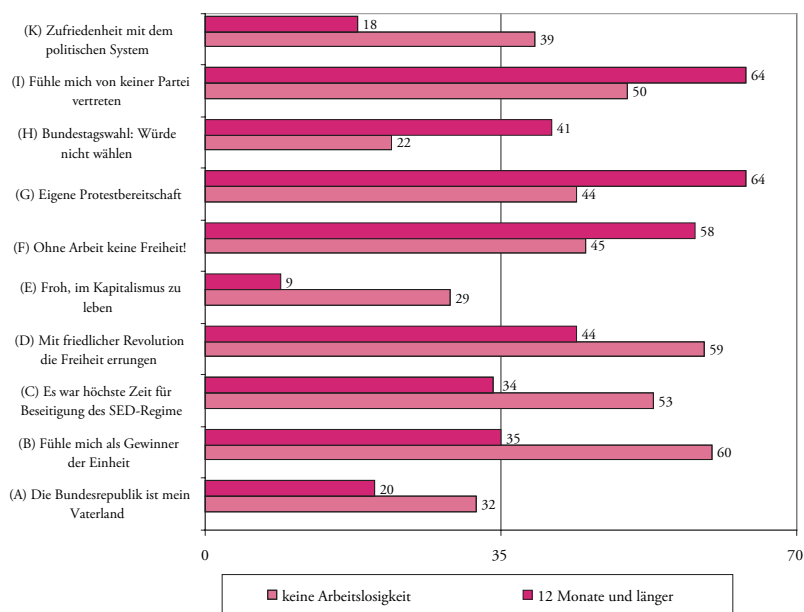
*Quelle:* Eigene Darstellung.

wirkt. Besonders eindrucksvoll zeigt sich das bei ihrer Zufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung (*Abbildung 10*).

Ablesbar ist, dass die Zufriedenheit (von interessanten Schwankungen abgesehen, auf die wir hier nicht eingehen können) in keinem Jahr seit 1993 die 50-Prozent-Marke erreichte und vor allem in den letzten Jahren bis 2006 deutlich zurückging. Bleiben wir noch kurz bei der Zufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung im Jahr 2007 (*Abbildung 11*).

Zwar fallen in diesem Fall die Unterschiede zwischen denen, die nicht bzw. nur wenige Monate arbeitslos waren, nicht ins Gewicht. Bei längerer Dauer dagegen sind die negativen Auswirkungen auf die Urteile über die Wirtschaftsordnung unübersehbar. Wir schließen für die Extremgruppen noch einige

**Abbildung 12: Politische Einstellungen 2007, differenziert nach den Extremgruppen erlebter Arbeitslosigkeit**



Quelle: Eigene Darstellung.

weitere Aspekte des politischen Bewusstseins an (*Abbildung 12*).

Dargestellt sind in *Abbildung 12* jeweils die zustimmenden Antworten zu den folgenden Fragen/Aussagen. In Klammern befinden sich die Prozentwerte der Gesamtgruppe:

A: Die Bundesrepublik Deutschland betrachte ich als mein Vaterland (25 %),

B: Ich fühle mich als Gewinner der deutschen Einheit (49 %),

C: Es war höchste Zeit mit der Beseitigung des SED-Regimes (44 %),

D: Mit der „friedlichen Revolution“ im Herbst 1989 haben die Ostdeutschen die Freiheit errungen (50 %),

E: Ich bin froh, heute in einem kapitalistischen Deutschland zu leben (16 %),

F: Freiheit nützt mir nichts, wenn ich keine Arbeit habe (53 %),

G: Würden Sie sich selbst an Protestaktionen (Demonstrationen, Streiks) beteiligen? (54 %),

H: Sonntagsfrage, Antwort: „Ich würde nicht wählen gehen“ (32 %),

I: Von welcher der folgenden Parteien fühlen Sie sich am besten vertreten? Antwort: „von keiner“ (56 %),

K: Wie zufrieden sind Sie mit dem politischen System in der Bundesrepublik Deutschland? (27 %).

Der durch Arbeitslosigkeit erzeugte „Riss“ durch die Population der 34-Jährigen im Osten zeigt sich besonders deutlich in den politischen Auffassungen derer, die schon längere Zeit davon betroffen waren. Charakteristisch dafür ist ihre geringe Identifikation mit der Bundesrepublik als ihr Vaterland (A) und das weit verbreitete Gefühl, zu den Verlierern der Einheit (B) zu gehören. Der bei den Panelmitgliedern seit Jahren generell abnehmende Trend der Bejahung der Wende (C) gilt für sie in besonderem Maße, ebenso der nur schwach verbreitete Glaube daran, dass die Ostdeutschen mit der „friedlichen Revolution“ die Freiheit errungen haben (D). Nur eine Minderheit von ihnen ist froh, jetzt in einem kapitalistischen Deutschland zu leben (E). Die Auffassung, dass es ohne Arbeit keine Freiheit geben könne (F), wird besonders von ihnen vertreten. Außerdem sind von ihnen viel mehr zu Protestaktionen bereit (G). Überdurchschnittlich viele von ihnen würden nicht an Bundestagswahlen teilnehmen (H). Über die Hälfte von ihnen nennt keine Partei, die „ihre Interessen am besten vertritt“ (I), nur eine Minderheit von 18 % ist mit dem politischen System zufrieden (K).

## Diskussion

Seit mittlerweile 21 Jahren wird durch uns eine große, identische Gruppe junger ostdeutscher Erwachsener regelmäßig jährlich zu ihren Einstellungen, Meinungen und Befürchtungen usw. befragt. Mit der Zäsur der Wende in der DDR und der deutschen Einheit 1989/90 konnten diese jungen Erwachsenen, wie keine andere Gruppe, auf ihrem Weg vom DDR- zum Bundesbürger begleitet werden. Als 1987 die Sächsische Längsschnittstudie begonnen wurde, konnte keiner der Beteiligten ahnen, dass sich diese Untersuchung im Zuge der deutschen Wiedervereinigung mehr und mehr zu einer Arbeitslosigkeitsstudie entwickeln würde. Die entsprechenden Ergebnisse sind bemerkenswert: Über 70 % der Teilnehmenden waren im Jahr 2007 mindestens einmal arbeitslos. Die mittlere Gesamtdauer der erlebten Arbeitslosigkeit liegt bei über einem Jahr. Frauen sind wesentlich stärker betroffen als Männer. Besonders intensiv wurden seit dem Jahr 2002 die psychischen Folgen von Arbeitslosigkeit untersucht.<sup>14</sup>

Bei den hier vorgestellten Analysen zur Arbeitslosigkeit haben wir es mit latenten, „unterschwellig“ psychosozialen Prozessen zu tun, die nur aus der Perspektive des Einzelindividuums und über längere Zeiträume hinweg erfasst werden können. Die durchweg zutage getretenen großen Differenzen zwischen Personen unterschiedlich lang erfahrener, kumulierter Arbeitslosigkeit markieren die vielschichtigen Verluste, die bei jungen Ostdeutschen seit der Wende auf der Seite des „menschlichen Faktors“ zu verzeichnen sind. Auch wenn die Probanden der Sächsischen Längsschnittstudie „nur“ repräsentativ für den DDR-Geburtsjahrgang 1973 sind, gehen wir davon aus, dass andere, ältere wie auch jüngere Jahrgänge in ganz ähnlichem Ausmaß die Folgen von Arbeitslosigkeit erleben. Und

<sup>14</sup> Vgl. Hendrik Berth/Peter Förster/Yve Stöbel-Richter/Friedrich Balck/Elmar Brähler, Arbeitslosigkeit und psychische Belastung. Ergebnisse einer Längsschnittstudie 1991 bis 2004, in: Zeitschrift für Medizinische Psychologie, 15 (2006) 3, S. 111–116; Hendrik Berth/Peter Förster/Friedrich Balck/Elmar Brähler/Yve Stöbel-Richter, Gesundheitsfolgen von Arbeitslosigkeit. Ergebnisse der Sächsischen Längsschnittstudie, in: psychosozial, 30 (2007) 3, S. 73–83; dies., Arbeitslosigkeitserfahrungen, Arbeitsplatzunsicherheit und der Bedarf an psychosozialer Versorgung, in: Das Gesundheitswesen, 70 (2008) 5, S. 289–294.

auch bei Westdeutschen, die nicht der Zäsur des Zusammenbruchs einer gesamten Volkswirtschaft ausgesetzt waren und deren ökonomisches Umfeld als deutlich besser einzuschätzen ist, kann davon ausgegangen werden, dass Arbeitslosigkeitserfahrungen zu ähnlich negativen Auswirkungen führen.

Wenngleich zurzeit von großen Erfolgen am Arbeitsmarkt die Rede ist und die Zahl der Arbeitslosen abnimmt – die Auswirkungen bisher erlebter Arbeitslosigkeit haben sich nicht in Luft aufgelöst, wie mitunter angenommen wird. Mittlerweile hat sich bei sehr vielen dieser jungen Ostdeutschen aufgrund kontinuierlich anwachsender Zeiten von Arbeitslosigkeit und damit einhergehender negativer Erfahrungen über viele Monate und Jahre hinweg sowie geringer Hoffnungen auf Veränderung ein Syndrom mehr oder weniger kritischer Urteile über das jetzige Gesellschaftssystem gebildet und verfestigt. Unseren Ergebnissen zufolge ist auszuschließen, dass sich diese über längere Zeiträume entstandene negative „Hypothek“ bei ihnen jemals wieder zurückbilden wird. Ähnliches konnte bereits auch in anderen Studien gezeigt werden.<sup>15</sup>

Darüber hinaus gibt es weiterhin Belege dafür, dass sich die erfahrene elterliche Arbeitslosigkeit auch auf die Kinder negativ auswirkt.<sup>16</sup> Längerfristig Arbeitslose haben, wie wir dargestellt haben, einen ausgeprägten Zukunftspessimismus für ihre Nachkommen entwickelt. Solche Einstellungen können sich auf die Kinder übertragen und im Sinne einer selbsterfüllenden Prophezeiung tatsächlich dazu führen, dass sich Arbeitslosigkeit „vererbt“ – mit wahrscheinlich verheerenden Folgen für die kommenden Generationen.

<sup>15</sup> Vgl. Richard E. Lucas/Andrew E. Clark/Yannis Georgellis/Ed Diener, Unemployment alters the set point for life satisfaction, in: Psychological Science, 15 (2004) 1, S. 8–13.

<sup>16</sup> Vgl. Maria Sleskova/Ferdinand Salonna/Andrea Madarasova Geckova/Iveta Nagyova/Roy E. Stewart/Jitse P. van Dijk/Johan W. Groothoff, Does parental unemployment affect adolescents' health? in: Journal of Adolescent Health, 38 (2006) 5, S. 527–535.

# Jenseits der Erwerbsarbeit liegen Antworten für eine Tätigkeitsgesellschaft

## Essay

### Das Bedürfnis zum Tätigsein folgt einem eigenen Antrieb

Umgekehrt formuliert gehen wir davon aus, dass das Bedürfnis zum Tätigsein *intrinsisch* – aus eigenem Antrieb heraus – motiviert ist, auch dann, wenn es *extrinsisch* – durch Geld, Ansehen oder Machtzuwachs – verstärkt bzw. instrumentalisiert, wenn nicht gar *ausgebeutet* werden kann.

Wenn dies die forschungsleitende Ausgangsthese einer *erweiterten Arbeitsforschung* ist, beinhaltet sie gleichzeitig eine konstruktiv gemeinte Kritik am Mainstream herkömmlicher arbeitswissenschaftlicher Studien: Da diese sich – ihre Praxisfelder berücksichtigend<sup>1</sup> – primär als Erwerbsarbeitsforschung charakterisieren lässt, entgehen ihr unter Umständen einige Motivfacetten des Tätigseins: Facetten, die nicht nur für die

Die Ausgrenzung vom Arbeitsprozess durch Arbeitslosigkeit verweist auf psychosoziale Folgen, welche – ausgenommen populistische Attacken gegen Arbeitslose – die Psychopathologie der Arbeitsgesellschaft kennzeichnen.

#### Theo Wehner

Dr. phil. habil., Dipl.-Psych., geb. 1949; Professor für Arbeits- und Organisationspsychologie und Leiter des Zentrums für Organisations- und Arbeitswissenschaft an der ETH Zürich, Kreuzplatz 5, CH-8032 Zürich.  
twehner@ethz.ch  
www.pda.ethz.ch  
www.zoa.ethz.ch

Um die Bedeutung der Arbeit für den Menschen besser zu verstehen, wird im Folgenden ein *salutogenetischer*<sup>1</sup> Zugang gewählt, womit sich das Begriffspaar wandelt: Erwerbsarbeit und *frei-gemeinnützige Tätigkeit*<sup>2</sup> stehen jetzt im Zentrum der Beschreibung.

### Freiwilligenarbeit als Tätigkeitsform

„Wenn ich das bezahlt bekäme, was ich hier tue, würd' ich es nicht mehr tun“. Diese und ähnlich lautende Aussagen in Interviews zur *Freiwilligenarbeit* haben bestätigt, was wir vermuteten, als wir damit begannen, das Tätigsein jenseits der Erwerbsarbeit zu erforschen:<sup>3</sup> Die Motive, Bedürfnisse und Erwartungen, aber auch das Ziel und der Nutzen frei-gemeinnützig tätiger Bürgerinnen und Bürger können durch die Bezahlung der Tätigkeit – sei es in der nicht organisierten Nachbarschaftshilfe oder als Trainerin im

<sup>1</sup> Der Ansatz der Salutogenese geht auf Aaron Antonovsky zurück; vgl. Aaron Antonovsky, *Salutogenese. Zur Entmystifizierung der Gesundheit*, Tübingen 1997.

<sup>2</sup> Frei-gemeinnützige Tätigkeit – so wie wir sie definieren – umfasst unbezahlte, organisierte und informelle, soziale Arbeit. Gemeint ist ein persönliches, gemeinnütziges Engagement, das mit einem Zeitaufwand verbunden ist, prinzipiell auch von einer anderen Person ausgeführt und potenziell auch bezahlt werden könnte. Ausgeschlossen ist damit die professionalisierte, bezahlte Arbeit, sei sie auch noch so schlecht bezahlt; ebenso ausgeschlossen ist die persönliche Beziehungspflege oder -arbeit, denn diese hat zwar sozialen Charakter, würde aber nicht bezahlt werden; nicht die Hausarbeit oder die Fürsorge innerhalb einer Familie, denn die Familie ist (noch) ein Element von Gemeinwesen und nicht selbst Gemeinwesen; auch nicht die gemeinnützige Arbeit von Sozialhilfeempfängern (Hartz IV) oder von Strafgefangenen, beiden Formen mangelt es an Freiwilligkeit; keine freigemeinnützige Arbeit sind Spenden oder das Errichten einer Stiftung, denn der persönliche Zeitaufwand kann als gering erachtet werden; hingegen fällt die ehrenamtliche Tätigkeit in einer Stiftung sehr wohl in die freigemeinnützige Arbeit.

<sup>3</sup> Vgl. zusammenfassend für die Forschungsgruppe, Stefan T. Güntert, *Freiwilligenarbeit als Tätigsein in Organisationen*, unveröff. Diss., Zürich 2008.

<sup>4</sup> Natürlich gibt es hier Ausnahmen; die Forschungen zur Hausarbeit bilden eine solche. Vgl. Marianne Resch/Eva Bamberg/Gisela Mohr, *Von der Erwerbsarbeitspsychologie zur Arbeitspsychologie*; in: Ivars Udris (Hrsg.), *Arbeitspsychologie für morgen*, Heidelberg 1997.

Weiterentwicklung der Arbeitsgesellschaft – hin zur Tätigkeitsgesellschaft oder gar zu einer Gesellschaft, in der die individuelle Existenz durch ein bedingungsloses Grundeinkommen und nicht durch Lohnarbeit gesichert ist –, sondern auch zum besseren Verständnis psychosozialer Folgen von Arbeitslosigkeit von Bedeutung sind.

Damit der Tenor des eingangs gewählten Zitats nicht singular bleibt oder der Eindruck entsteht, ein Hinweis auf ein intrinsisches Tätigkeitsbedürfnis schein nur in der Freiwilligenforschung auf, sei auf einen weiteren Befund verwiesen: In einer wiederholt durchgeführten europäischen Studie zur Bedeutung der Arbeit sollten sich die Befragten auf folgendes Gedankenexperiment einlassen: „Wenn Sie einen Riesengewinn in der Lotterie erzielt hätten und zur Existenzsicherung nicht mehr arbeiten müssten; was würden Sie tun“?<sup>15</sup> Während jeweils rund ein Sechstel entweder einfach *weiterarbeiten* oder gänzlich und sofort *aufhören* würden zu arbeiten, stellten sich zwei Drittel vor, *unter veränderten Bedingungen* weiterzuarbeiten. Mag sein, dass jene, die einfach weiterarbeiten würden, sich nun von den Fesseln befreit fühlen können, die sie selbst *gesprengt* haben und jene 16 Prozent, die bezüglich der Arbeitstätigkeit keine Veränderungen vornehmen möchten, sich keinen unnötigen Adrenalinschüben aussetzen wollen, so zeigt die verbleibende Zweidrittelmehrheit nicht nur jenes bereits erwähnte intrinsische Tätigkeitsmotiv, sondern verweist zugleich auf Kritik- und Gestaltungspotenzial bezüglich der momentanen Erwerbsarbeitsbedingungen.

Bis hierher können wir festhalten: Ein Großteil der Menschen ist, soweit existenziell abgesichert – was jene in dem Gedankenexperiment annehmen sollten und was für die Freiwilligen der Mittelschicht und damit für den größten Prozentsatz dieser Gruppe gilt – intrinsisch motiviert, zu arbeiten. Darüber hinaus würden viele – ohne Not – auch dann in der Erwerbsarbeit verbleiben, wenn sie die Bedingungen entsprechend ihren Bedürfnis-

<sup>15</sup> Erstmals wurde diese Frage in den 1950er Jahren gestellt. Damals gaben 85 Prozent an, weiter arbeiten zu wollen. Vgl. Nick C. Morse, Satisfaction in the white-collar job, Ann Arbor 1953. Die hier zitierte Studie wurde durch das DaimlerChrysler Forschungslabor durchgeführt und kann dort angefordert werden.

sen beeinflussen könnten. Im Laufe der vergangenen 20 Jahre – so unsere Nachfragen – variierten die zu verändernden Bedingungen, unter denen 66 Prozent bereit wären, auch dann weiterzuarbeiten, wenn sie dies nicht aus finanziellen Gründen müssten: Waren es in der Vergangenheit Bedürfnisse zu mehr Weiterbildung oder Abwechslung bezüglich der Aufgaben, so bestehen diese heute mehrheitlich darin, Zeitsouveränität zu erlangen und weniger quantitativen Arbeitsanforderungen ausgesetzt zu sein.

## Der Autonomieanspruch ist nicht käuflich

Warum eine mögliche Bezahlung die Motive frei-gemeinnütziger Tätigkeit in Frage stellt, liegt – so die Ausführungen der Interviewten – im jeweiligen *Autonomieanspruch*<sup>16</sup> begründet. Dabei geht es nicht darum, den Leistungsvergleich, professionelle Ansprüche oder Forderungen nach Qualität bzw. Kompetenzerweiterungen zu verweigern, sondern darum, in Eigenverantwortung den Anspruch und die Ausgestaltung des Engagements selbst zu bestimmen.

Dies zeigt sich auch in einer quantitativen Studie zum Stellenwert des Autonomieanspruchs bei frei-gemeinnützig Tätigen, im Gegensatz zu Erwerbstätigen: Die Arbeits- und Organisationspsychologie hat – in langer Tradition und großer Übereinstimmung zwischen verschiedenen Forschergruppen – *Humankriterien guter Arbeit* bestimmt und im Hinblick auf ihre Wirkungen erforscht. Wir legten die folgenden sieben Kriterien zur Bildung einer Rangreihe vor; selbstverständlich nach deren Definition und Diskussion zum persönlichen Erfahrungshintergrund.<sup>17</sup>

<sup>16</sup> Obwohl der Wortstamm des altgr. *Autonomia* auf *Selbstgesetzgebung* hinweist, bezeichnet er für das Individuum eher den Aspekt, seine Verhältnisse zu Anderen, zur Gruppe oder zu einer Organisation selbst zu regeln. Synonyme wären *Unabhängigkeit*, *Entscheidungsfreiheit*, *Selbstbestimmung*. Noch näher an der Alltagsverwendung ist autonomes Handeln dadurch gekennzeichnet, dass es das Einmischen anderer auszuschließen versucht und die Eigenverantwortung über die Fremdbestimmung stellt.

<sup>17</sup> Vgl. Theo Wehner/Harald Mieg/Stefan T. Güntert, Frei-gemeinnützige Arbeit, in: Susanne Mühlpfordt/Peter Richter (Hrsg.), Ehrenamt und Erwerbsarbeit, München 2006.

- *Sinnhaftigkeit* (Übereinstimmung gesellschaftlicher und individueller Interessen);
- *Zeitelastizität* (Freiräume für Interaktion, Kreativität und die Gestaltung der Anforderungen);
- *Lern- und Entwicklungsmöglichkeiten* (Erhalt und Entwicklung geistiger Flexibilität, beruflicher Qualifikation);
- *Autonomie* (Verantwortungsübernahme, Selbstwert- und Kompetenzerleben);
- *Soziale Interaktion* (gemeinsame Bewältigung von Schwierigkeiten und Belastungen);
- *Anforderungsvielfalt* (Einsatz vielseitiger Qualifikationen und Vermeidung einseitiger Beanspruchungen);
- *Ganzheitlichkeit der Aufgabe* (Erkennen der Bedeutung der eigenen Arbeit und Feedback aus der Durchführung).

Bei Freiwilligen steht *Sinnhaftigkeit* an erster und *Autonomie* an zweiter Stelle, gefolgt von *Lern- und Entwicklungsmöglichkeiten*, *sozialer Interaktion*, *Ganzheitlichkeit*, *Zeitelastizität* sowie *Anforderungsvielfalt*. Für Erwerbstätige sieht diese Rangreihe ganz anders aus: An erster Stelle steht hier die *soziale Interaktion*, danach kommen *Anforderungsvielfalt* sowie *Lern- und Entwicklungsmöglichkeit*. Es folgen *Sinnhaftigkeit*, *Ganzheitlichkeit* und *Zeitelastizität* auf den Plätzen vier, fünf, sechs und *Autonomie* erst auf dem siebten Rang; identisch übrigens mit der Rangfolge einer Gruppe von über 100 Betriebsräten!

## Sinngenerierung und Sinnprägnanz: Der Kern frei-gemeinnütziger Tätigkeit

Selbstbestimmung – so die Argumentation – ist zwar der priorisierte Anspruch an die frei-gemeinnützige Tätigkeit und wird im Bereich der Lohnarbeit von Erwerbstätigen und Betriebsräten auf den letzten Rangplatz verwiesen, *Sinnhaftigkeit*<sup>8</sup> jedoch belegt nicht nur in der berichteten Studie, sondern auch in Interviews und einer Analyse von Freiwilligeninitiativen den ersten Rangplatz: dort fanden wir Sinnprägnanz

<sup>8</sup> Sinn wird hier im doppelten Wortsinn des französischen *sense* gebraucht: *strukturvermittelnd, richtunggebend, nützlich* sowie gleichzeitig *herausfordernd und Spaß bereitend*. Ansonsten lehnen wir uns an Frankls Sinnbegriff – bei ihm gleich *Logos* – an: Der Mensch ist von seinem Wesen her durchdrungen von einem Streben nach Sinn. Ist der Wille zum Sinn frustriert, entsteht ein *existenzielles Vakuum*, mit Apathie und Leeregefühl. Existenzielle Erfüllung hängt vom Gelingen der Sinnfindung bzw. Sinngenerierung ab. Dabei ist Sinn nicht nur durch Erleben zu erhalten, sondern durch Tätigsein; bei Frankl sogar auch im *Wie* des Leidens; vgl. Viktor E. Frankl, *Der Wille zum Sinn*, München 1991.

als den Erfolgsfaktor der Initiativen;<sup>9</sup> dies gilt es abschließend zu bewerten.

Auch wenn ein marktorientiertes Unternehmen und deren Mitarbeitende Sinn herzustellen versuchen, gibt es einen qualitativen Unterschied zwischen einer Freiwilligeninitiative und einer Unternehmung, die mittels bezahlter Arbeitskräfte realisiert wird: Der Begründung einer Non-Profit-Organisation (NPO) und erst recht der individuellen Entscheidung für eine frei-gemeinnützige Tätigkeit geht ein sinnsuchender und -generierender Abgrenzungs- und Selektionsprozess voraus: Nicht der vielversprechende Businessplan oder die Lohnvorstellungen und mögliche Vertragssicherheiten sind entscheidend, sondern ein intensiver Diskurs darüber, was im gegebenen Kontext sinnvoll ist. Nur so können das eingangs gewählte Zitat und die Aussage einer freiwilligen Mitarbeiterin eines Netzwerks verstanden werden, die in der Diskussion über monetäre Anreize klar und unmissverständlich äußerte: „*das Geld – was ich möglicherweise bekommen würde oder könnte – würde ich wieder stiften, weil ich mich für die Arbeit entschieden habe und nicht für den Lohn*“.

Diese Aussagen verweisen auf eine *Ökonomie der Aufmerksamkeit*<sup>10</sup> im Gegensatz zur *Ökonomie des Geldes*: Leistungserbringung und Lohnverzicht, Engagement und hohe Identifikation können aus dem Bedürfnis resultieren, die eigene Aufmerksamkeit gegenüber soziokulturellen Aufgaben und Fragen zur sozialen Gerechtigkeit zum Ausdruck zu bringen und gleichzeitig die Aufmerksamkeit Dritter zu wünschen, zu lenken und erregen zu wollen: nicht, um deren Geld als Tauschobjekt oder als Entlastungsmoment zu fordern oder anzunehmen, sondern um gemeinwohlorientiertes Engagement auszulösen – entweder für die gleiche Sache zu einem anderen Zeitpunkt (Ausgleichsbeziehung) oder für eine andere Sache zum gleichen Zeitpunkt (Tauschbeziehung). Dabei darf man jedoch nicht den *Rätseln der Nächstenliebe*<sup>11</sup> anheim fallen, sondern muss vielmehr die Voraussetzungen für mehr zivilgesellschaftliches Engagement schaffen: durch ein bedingungsloses Grundeinkommen etwa! Dies jedoch ist eine andere Debatte und sie muss ein anderes Mal geführt werden.

<sup>9</sup> Vgl. Theo Wehner/Anja Ostendorp/Carsten Ostendorp, *Good practice? – Auf der Suche nach Erfolgsfaktoren in gemeinwohlorientierten Freiwilligeninitiativen*, in: *ARBEIT*, Zeitschrift für Arbeitsforschung, Arbeitsgestaltung und Arbeitspolitik, 11 (2002), 1, S. 1–27.

<sup>10</sup> Vgl. Georg Franck, *Ökonomie der Aufmerksamkeit*, München 1998.

<sup>11</sup> Vgl. Morton Hunt, *Das Rätsel der Nächstenliebe. Der Mensch zwischen Egoismus und Altruismus*. Frankfurt/M.–New York 1992.

# APuZ

Nächste Ausgabe 42/2008 · 13. Oktober 2008

## Politisches Theater

*Peter von Becker*

Der Kaiser ist nackt

*Eberhard Görner*

Maria von Bismarck und Wolfgang Engel im Interview

*Franziska Schößler*

Politisches Theater nach 1945

*Geoffrey V. Davis*

Das Imperium schreibt zurück: Postkoloniales Drama

*Wolfgang Bergmann*

Theater im Fernsehen

*Doris Kolesch*

Politik als Theater

*Günther Maihold*

Prominenten-Diplomatie

Herausgegeben von  
der Bundeszentrale  
für politische Bildung  
Adenauerallee 86  
53113 Bonn.



### Redaktion

Dr. Katharina Belwe  
(verantwortlich für diese Ausgabe)  
Dr. Hans-Georg Golz  
Johannes Piepenbrink  
Telefon: (0 18 88) 5 15-0  
oder (02 28) 9 95 15-0

### Internet

[www.bpb.de/apuz](http://www.bpb.de/apuz)  
[apuz@bpb.de](mailto:apuz@bpb.de)

### Druck

Frankfurter Societäts-  
Druckerei GmbH  
Frankenallee 71–81  
60327 Frankfurt am Main.

### Vertrieb und Leserservice

- Nachbestellungen der Zeitschrift  
*Aus Politik und Zeitgeschichte*
- Abonnementsbestellungen der  
Wochenzeitung einschließlich  
APuZ zum Preis von Euro 19,15  
halbjährlich, Jahresvorzugspreis  
Euro 34,90 einschließlich  
Mehrwertsteuer; Kündigung  
drei Wochen vor Ablauf  
des Berechnungszeitraumes

Vertriebsabteilung der  
Wochenzeitung **Das Parlament**  
Frankenallee 71–81  
60327 Frankfurt am Main.  
Telefon (0 69) 75 01-42 53  
Telefax (0 69) 75 01-45 02  
[parlament@fsd.de](mailto:parlament@fsd.de)

Die Veröffentlichungen  
in *Aus Politik und Zeitgeschichte*  
stellen keine Meinungsäußerung  
der Herausgeberin dar; sie dienen  
der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke dürfen  
Kopien in Klassensatzstärke herge-  
stellt werden.

ISSN 0479-611 X

*Uwe Blien*

**3–6 Arbeitslosigkeit als zentrale Dimension sozialer Ungleichheit**

Wer ist von Arbeitslosigkeit betroffen, wie entsteht sie und wie weitreichend sind ihre Folgen? Es werden Erklärungsansätze diskutiert, die Einsichten in Struktur und Dynamik der modernen Wirtschaft und Gesellschaft ermöglichen.

*Markus Promberger*

**7–15 Arbeit, Arbeitslosigkeit und soziale Integration**

Erwerbsarbeit ist mehr als nur wirtschaftliche Teilhabe. Arbeitslosigkeit wirkt sich trotz finanzieller Hilfe für die Betroffenen negativ aus. Es wird für eine Erweiterung des Verständnisses von aktivierender Arbeitsmarktpolitik plädiert.

*Olaf Behrend*

**16–21 Aktivieren als Form sozialer Kontrolle**

Der Autor zeigt, dass der Umgang mit Arbeitslosen in den Arbeitsverwaltungen eine neue Form sozialer Kontrolle darstellt. Diese wird als „postpolitische Aktivierung zu normativen Konsensen“ rekonstruiert.

*Michael Frese*

**22–25 Arbeitslosigkeit: Psychologische Perspektive**

Die psychosozialen Folgen von Arbeitslosigkeit sind durch die Psychologie gut erforscht. Dessen ungeachtet finden diese Ergebnisse in der Politik nur geringe Beachtung.

*Gisela Mohr · Peter Richter*

**25–32 Psychosoziale Folgen von Erwerbslosigkeit und Intervention**

Erwerbslosigkeit begünstigt Depressivität, Ängste, Selbstwertverlust und psychosomatische Beschwerden. Kompetenztrainings und Maßnahmen der emotionalen Stabilisierung helfen beim Wiedereinstieg ins Erwerbsleben.

*Peter Förster · Elmar Brähler · Yve Stöbel-Richter · Hendrik Berth*

**33–43 Die „Wunde Arbeitslosigkeit“: Junge Ostdeutsche, Jg. 1973**

Anhand von Daten der Sächsischen Längsschnittstudie werden die dramatischen, negativen Auswirkungen erlebter Arbeitslosigkeit u. a. auf Lebenssituation, Einstellungen, Zukunftszuversicht und Politikzufriedenheit dargestellt.

*Theo Wehner*

**44–46 Jenseits der Erwerbsarbeit**

Nur durch eine erweiterte Arbeitsforschung können die Tätigkeitsgesellschaft des 21. Jahrhunderts gestaltet und die Auswirkungen von Erwerbsarbeit und Arbeitslosigkeit verstanden werden.